



Landtag von Baden-Württemberg

57. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 23. Januar 2013 • Haus des Landtags

Beginn: 9:02 Uhr

Schluss: 12:43 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3367	3. a) Zustimmung des Landtags zur Berufung von Herrn Andreas Stoch MdL zum Minister für Kultus, Jugend und Sport	
Absetzung von Tagesordnungspunkt 5	3405	b) Vereidigung des Ministers für Kultus, Jugend und Sport	3395
Begrüßung des Marschalls der Woiwodschaft Lodz, Herrn Witold Stepień, und seiner Delegation	3382	Ministerpräsident Winfried Kretschmann	3395
1. Aktuelle Debatte – Bessere Integration durch erleichterte Einbürgerung – beantragt von der Fraktion der SPD	3367	Minister Andreas Stoch	3395
Abg. Rosa Grünstein SPD	3367	4. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Konversion in Baden-Württemberg – Drucksache 15/1962	3395
Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU	3369, 3374	Abg. Karl Klein CDU	3395
Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE	3370, 3375	Abg. Wilhelm Halder GRÜNE	3397
Abg. Andreas Glück FDP/DVP	3371, 3376	Abg. Alfred Winkler SPD	3398
Ministerin Bilkay Öney	3372	Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	3399
2. Aktuelle Debatte – Der Länderfinanzausgleich – andere verbrennen unser Geld am Nürburgring und am Berliner Flughafen und Grünrot schaut zu – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	3377	Minister Alexander Bonde	3400
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	3377, 3387	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	3405
Abg. Klaus Herrmann CDU	3378, 3394	5. a) Große Anfrage der Fraktion der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Innovationspolitik des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/2071	
Abg. Muhterem Aras GRÜNE	3379	b) Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft – Drucksache 15/2163	abgesetzt (3405)
Abg. Klaus Maier SPD	3381	Nächste Sitzung	3405
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	3382		
Abg. Peter Hauk CDU	3386		
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	3389		
Abg. Claus Schmiedel SPD	3391		
Minister Dr. Nils Schmid	3392		

Protokoll

über die 57. Sitzung vom 23. Januar 2013

Beginn: 9:02 Uhr

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 57. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Heiler, Herr Abg. Lusche und Herr Abg. Schwehr.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vielfältig vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 30. Oktober 2012 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Kulturwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 15/2594

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

2. Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 27. November 2012 – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 – Drucksache 15/2782

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

3. Mitteilung der Landesregierung vom 9. Januar 2013 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 15/2853

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft und federführend an den Ausschuss für Europa und Internationales

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Debatte – Bessere Integration durch erleichterte Einbürgerung – beantragt von der Fraktion der SPD

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für diese Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort erhält Frau Abg. Rosa Grünstein für die SPD-Fraktion.

Abg. Rosa Grünstein SPD: „Willkommen in Deutschland, willkommen in Baden-Württemberg“ hätte man auch als Titel für unsere heutige Aktuelle Debatte wählen können. Aber der Titel „Bessere Integration durch erleichterte Einbürgerung“ ist etwas genauer. Was bedeutet der Titel? Er bedeutet, dass sich die Menschen, die in einem anderen Land als dem unseren geboren sind, hier heimischer fühlen und mit Sicherheit besser integrieren können, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Damit das geschieht, müssen wir nicht nur unsere grauen Büroräume lüften, sondern auch unsere Herzen etwas weiter öffnen.

Ungefähr eine Million Menschen, die eine andere Nationalität haben, leben bereits seit mehr als acht Jahren in unserem Land; Kinder und andere, deren Wartezeit nicht nachgewiesen werden muss, sind darin nicht einbezogen. Das heißt, dass für etwa jeden zehnten Menschen in Baden-Württemberg eine Einbürgerung infrage käme.

Als vor über 50 Jahren die ersten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in unser Land kamen, dachte noch niemand an eine Einbürgerung. Es wurde – meist auch seitens der Gastarbeiter selbst – angenommen, dass diese nur vorübergehend hier seien und bald wieder nach Hause zurückkehren würden. Aber wir alle haben uns getäuscht. Viele der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund gehören mittlerweile der dritten Generation der seinerzeit zugewanderten Menschen an, und teilweise kommen noch immer Menschen aus aller Herren Länder zu uns. Die Gründe mögen verschiedenartig sein. Die Probleme sind bei allen ziemlich gleich.

Selbstverständlich werden die Menschen mit Migrationshintergrund, die sich hier angenommen fühlen, eher bemüht sein, sich zu integrieren. Wir können feststellen, dass diejenigen Menschen mit Migrationshintergrund, die einen deutschen Pass besitzen, genauso leben wie die anderen deutschen Bürgerinnen und Bürger. Sie bauen Häuser, sie bilden sich weiter, sie studieren, sie machen sich selbstständig. Sie sind ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft. Oft wird in diesen Familien auch zu Hause Deutsch gesprochen, weil die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischen Wurzeln wissen, dass die Sprache der Schlüssel zur Teilhabe in diesem Land ist.

Dass die Zahl der Einbürgerungen im Jahr 2011 gegenüber den Vorjahren sprunghaft angestiegen ist, nämlich um 11 % auf mehr als 14 000, und im Jahr 2012 wohl ungefähr 16 000 Menschen, also 2 000 Menschen mehr als im Jahr 2011, eingebürgert wurden, liegt sicherlich nicht zuletzt an der veränderten Politik, die nach dem Regierungswechsel durch unsere Integrationsministerin eingetreten ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Rosa Grünstein)

Es ist unserer Ministerin gelungen, in sehr kurzer Zeit viel für eine gute Integration auf den Weg zu bringen. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen und auch mit den entsprechenden Konsulaten werden soziale Netzwerke geknüpft. In vielen Ländern ist das bei uns übliche Ehrenamt gar nicht bekannt; das gibt es dort kaum. Daher ist es wichtig, dass wir diese Menschen auch bei uns in das Ehrenamt bringen. Das macht ihnen Spaß und erleichtert ihnen auch die Einbürgerung.

Wir brauchen Nachwuchs. Das wissen wir doch alle. Wir brauchen den Nachwuchs überall: bei der Feuerwehr, bei der Polizei, im Krankenhaus, bei Lehrerinnen und Lehrern und auch bei der Justiz.

Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen – da haben Sie sicher recht, wenn Sie das sagen – sind Bundesrecht. Aber zur Erinnerung: Wesentliche Schritte auf Bundesebene zur Vereinfachung der Einbürgerung erfolgten damals unter der rot-grünen Koalition. Ich habe damals auch überhaupt nicht verstehen können, warum die schwarz-gelben Regierungen alles getan haben, um auf den untergesetzlichen Ebenen neue Hürden aufzubauen.

Die negative Krönung bei uns im Land hatte sich der eigentlich von mir doch sehr geschätzte damalige Innenminister, Kollege Rech, erlaubt. In seiner Amtszeit gab es diesen absolut irrwitzigen Gesinnungstest. Dieser wurde unter der Integrationsministerin Bilkay Öney Gott sei Dank sofort wieder aus dem Verkehr gezogen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Manchmal kann es auch sprachliche Verunglimpfungen geben, z. B. bei einem „Gesinnungstest“!)

Wir alle erinnern uns noch mit Schauern an die Hetzkampagne des Herrn Koch, der den Menschen mit der unerträglichen Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft Angst einjagen wollte. Auch die Herren Schäuble und Stoiber führten 1998 eine schäbige Kampagne gegen den „Doppelpass“. Was wird denn jetzt Ihr Herr McAllister dazu sagen? Welchen seiner beiden Pässe wäre er bereit abzugeben, wenn er denn müsste?

Ich habe diese Situation auch in meiner eigenen Familie. Meine Tochter ist in den USA geboren, und sie hat zwei Pässe. Das finden wir alle eigentlich ganz wunderbar.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Es ist doch mehr als verständlich, wenn Menschen den Pass des Landes, in dem sie geboren sind und in das aus ihrer familiären Geschichte heraus noch Wurzeln bestehen, behalten wollen. Das heißt doch aber nicht, dass sie sich in unserem Land, in dem sie jetzt leben, nicht integrieren wollten mit allem, was dazugehört. Warum um alles in der Welt wollen wir den jungen Menschen im Alter von 23 Jahren aufzwingen, sich entscheiden zu müssen, welchen Pass sie behalten und welchen sie abgeben wollen?

Erlauben Sie mir, hier ein Beispiel zu nennen. Wir haben vor einiger Zeit ein Schreiben von einer jungen türkischen Frau bekommen. Sie ist hier in diesem Land aufgewachsen. Sie hat hier Abitur gemacht. Sie studiert. Sie ist Türkin. Sie spricht

perfekt Deutsch, sie spricht aber auch perfekt Türkisch. Selbstverständlich spricht sie als gebildete junge Frau auch perfekt Englisch und Französisch. Sie studiert an einer renommierten Universität in unserem Land Unternehmensjura. Sie wird also Juristin mit wirtschaftswissenschaftlicher Spezialqualifikation.

Diese junge Frau muss sich jetzt entscheiden, welche Staatsbürgerschaft sie aufgibt, weil die sogenannte Optionspflicht zur Anwendung kommt. Sie weiß aber noch gar nicht, wohin ihre berufliche Karriere gehen wird. Vielleicht wird sie Staatsanwältin mit einer Spezialisierung auf Wirtschaftsrecht bei Justizminister Stichelberger, vielleicht arbeitet sie bei einer Bank in Frankfurt, vielleicht aber auch beim türkischen Honorarkonsul in Stuttgart oder einem exportorientierten Unternehmen in Istanbul. Was sollen wir dieser jungen Frau denn raten?

Mit den derzeit geltenden Regelungen verhindern wir eine bessere Integration vieler Migrantinnen und Migranten und legen den jungen Menschen, die neben der deutschen Staatsbürgerschaft auch noch eine andere besitzen, viele Steine in den Weg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, bitte verhindern Sie doch nicht ein weltoffenes und modernes Deutschland. Verschließen Sie unseren Kindern nicht ihre Zukunftschancen, und lassen Sie eine bessere Integration von Migrantinnen und Migranten zu.

Schauen Sie einfach einmal nach, was ihr CDU-Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich auf der Website seines Ministeriums stehen hat. Da steht:

Mehrstaatigkeit ist jedenfalls auch heute schon keine Seltenheit mehr; ...

Weiter können Sie lesen, dass durch Mehrstaatigkeit keine besonderen Probleme entstanden seien.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es, Herr Lasotta!)

Was passiert jetzt in Baden-Württemberg? Es gibt Erleichterungen bei den Sprachnachweisen für die Einbürgerung älterer Menschen, auch bei Anspruchseinbürgerungen bei der Anrechnung von Studien- und Ausbildungszeiten auf den rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt, ebenso eine Verkürzung der Einbürgerungsverfahren. Was sonst noch im Programm ist, werden nachher sicherlich der Kollege Lede Abal und die Ministerin erläutern.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen: Wenn einer eine Reise tut, dann kann er etwas erzählen. Das sagt der Volksmund. Wir haben eine gemeinsame Informationsreise unternommen. Wir sind uns, denke ich, alle darüber einig, dass wir dort viele Erkenntnisse gewonnen haben, die für unsere Arbeit gleichermaßen wichtig und wegweisend sind.

Sie und wir haben alle zusammen eine gemeinsame Große Anfrage formuliert, in der viele Punkte, die ich hier angeführt habe, bereits enthalten sind. Allein deshalb verstehe ich die

(Rosa Grünstein)

oft doch sehr seltsamen Angriffe des Herrn Kollegen Dr. Lasotta

(Zuruf von der CDU: Was?)

auf unsere Ministerin und ihre Arbeit überhaupt nicht.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sollten einmal genau überlegen, wie Sie den Kollegen Lasotta besser integrieren können.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Bravo! Diese Integration ist wichtig!
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war jetzt aber sehr platt, Frau Grünstein! – Weitere Zurufe)

Wir brauchen eine Willkommenskultur, zu der auch mehr und bessere Ausbildung,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

eine differenzierte Sprachförderung und eine verbesserte Zusammenarbeit von Kammern, Verbänden und staatlichen Stellen wie der Arbeitsvermittlung gehören.

Wir haben doch in Kanada gesehen, wie gut es ist, wenn eine Willkommenskultur auch eine feierliche Einbürgerungszeremonie beinhaltet,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das machen wir auch!
Siehe Mannheim!)

wie sie ab und zu schon jetzt in Freiburg praktiziert wird. Wir haben gesehen, wie gut es ist, wenn es – wie bei uns in Mannheim – eine zentrale Anlaufstelle gibt, zu der alle Asylbewerberinnen und -bewerber, alle Migrantinnen und Migranten mit allen Problemen hingehen können und wo ihnen geholfen wird.

Helfen Sie mit, statt dauernd nur heiße Luft, die wirklich niemandem hilft, in den Raum zu werfen. Lassen Sie uns die Menschen, die zu uns kommen, willkommen heißen und bei uns integrieren.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Lasotta.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Voll integriert! – Zuruf von der CDU)

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, dass ich Ihr Problem bin. Vielmehr ist es die magere Leistungsbilanz des Integrationsministeriums, das mit wenig Kompetenzen ausgestattet ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen müssen Sie jetzt auf Debatten über das bundespolitische Thema „Doppelte Staatsbürgerschaft“ ausweichen und hier im Landtag von Baden-Württemberg darüber reden. Das ist ein wichtiges Thema – Einbürgerung ist selbstverständlich ein wichtiger Bestandteil der Integration –, aber wir hätten viel lieber über die wirklichen landespolitischen Themen, bei denen wir Gestaltungsfreiheit haben, diskutiert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wo ist denn der Entwurf des Landesenerkennungsgesetzes, das – wie angekündigt – 2012 in den Landtag eingebracht werden sollte?

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aha! So!)

Wo sind Ihre Initiativen für die kommunale Integrationsförderung? Wie ist es mit den Problemen in unseren Städten und Gemeinden, in Mannheim, in Pforzheim, in anderen Städten, die bessere Integration leisten wollen?

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Fehlanzeige!)

Wenn Sie Stuttgart anschauen, sehen Sie: In dieser Stadt haben wir seit vielen Jahren gute Einbürgerungszahlen, weil sich die Kommune darum bemüht hat – im Übrigen unter einem CDU-Oberbürgermeister

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und nicht erst, seitdem es hier einen Wechsel gegeben hat. Wo sind die Koordinationsleistungen des Integrationsministeriums in den Bereichen Sprache, Bildung, Wissenschaft? Da werden keine Initiativen auf den Weg gebracht.

Nein, Sie thematisieren bundespolitische Debatten und kommen mit diesen alten Geschichten

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ausweichmanöver!)

oder auch Verunglimpfungen wie dem Wort „Gesinnungstest“. Es handelte sich um einen Gesprächsleitfaden. Dieser wird nicht mehr genutzt; stattdessen setzt man auf Einzelgespräche. Das ist keine große Leistung, die hier vollbracht wurde.

(Beifall bei der CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben es nicht geschafft, Herr Lasotta!)

Im Übrigen, Frau Grünstein: Wirtschaftsjuristinnen können nicht Staatsanwältinnen werden. Aber ungeachtet dessen hat diese Frau doch alle Chancen dieser Welt. Sie ist hier willkommen, sie hat hier eine gute Ausbildung bekommen. Wir achten und schätzen ihre Lebensleistung. Diese Frau wird unabhängig davon, welche Staatsangehörigkeit sie hat, ihren Weg machen – egal, ob hier oder in einem anderen Staat der Welt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist doch das, was wir den jungen Menschen bei uns mitgeben können. Das ist das Entscheidende für die Integration. Die Einbürgerung steht in der Mitte des Integrationsprozesses, nicht am Anfang.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Aber auch nicht am Ende!)

(Dr. Bernhard Lasotta)

Deswegen wollen wir Einbürgerungen fördern und unterstützen. Wir sind froh über jeden, der sich zu unserem Staat bekennt, der die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben will. Aber dies ist eben auch verbunden mit einem Bekenntnis zu unserer Werte- und Verantwortungsgemeinschaft. Deswegen kann man das nicht ins Belieben stellen.

Die doppelte Staatsbürgerschaft ist eine Forderung, die Sie nicht generell erheben können, weil Sie sie aus der Historie, der Geschichte unseres Landes betrachten müssen. Ursprünglich war die Staatsbürgerschaft mit der Abstammung verknüpft,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Abstammung, nicht Geburt!)

und im Jahr 2000 haben wir eine gute Änderung gefunden, indem auch das Geburtsortprinzip gilt. Aber das ist an Kriterien geknüpft.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: An die Abstammung, nicht an die Geburt!)

– Eben. Aber seit 2000 haben wir eine geänderte Regelung. Sie wurde im Übrigen unter einer rot-grünen Bundesregierung beschlossen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dankenswerterweise!)

– Ja. – Auch die Optionspflicht wurde damals von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Jetzt gibt es entsprechende Ausnahmen. Wir haben auch Mehrstaatigkeit in unserem Land, z. B. für die Staatsbürger Europas und der Schweiz, mit denen wir in einem staatsbürgerlichen und europäischen Rahmen verbunden sind. Dort ist die doppelte Staatsbürgerschaft regelhaft. Aber ich finde es richtig, dass der Prozess, solange es Staaten wie beispielsweise die Türkei gibt, die diese Abkommen, die vom Europarat vorgelegt wurden, bisher nicht ratifiziert haben, die noch nicht so weit ist, dass das regelhaft auf alle ausgeweitet werden kann – – Das ist die klare Botschaft auch der CDU hier. Wir wollen Einbürgerung, wir wollen das unterstützen, aber wir wollen keine Beliebigkeit bei der Vergabe von Staatsangehörigkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich glaube auch nicht, dass man das in das Belieben kurzfristiger politischer Mehrheiten stellen sollte, sondern da muss es einen gesellschaftlichen Konsens geben. Sie wissen, zu welchen gesellschaftlichen Konflikten das insbesondere auch im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Hessen 1999 geführt hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer hat denn die Bevölkerung aufgehetzt? Das waren doch Sie, die CDU in Hessen!)

– Entschuldigung, ich komme zwar aus Bad Wimpfen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die CDU in Hessen, nicht die CDU hier!)

– Moment, Herr Schmiedel. Wir sind in Bad Wimpfen staatsrechtlich noch hessisch. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen. Aber ich bin baden-württembergischer Landtagsabgeordneter, und ich spreche für die baden-württembergische CDU, für die baden-württembergische CDU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie können nicht immer ein Feindbild aufbauen und versuchen, die Leute in irgendeine Ecke zu drängen. Das versuchen Sie, um sie von der mageren Leistungsbilanz des Integrationsministeriums abzulenken. Selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Da können Sie auch persönliche Angriffe fahren. Das ist überhaupt kein Thema. Das prallt an mir ab, weil ich weiß, dass ich ein toleranter Mensch bin. Aber ich habe auch klare Prinzipien.

Deswegen sage ich: Lassen Sie uns eine vernünftige Diskussion über das Thema Mehrstaatigkeit führen. Lassen Sie uns nicht einfach nur mit Schlagworten kommen und sagen: Das fordern wir jetzt einmal generell, weil es en vogue ist.

(Beifall bei der CDU)

Nein, das ist ein historischer und politischer Prozess, der letzten Endes zur Vergabe von Staatsangehörigkeiten führt. Dazu möchte ich gern in der zweiten Runde noch mehr sagen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lasotta, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie die Unterschriftenkampagne aus dem Jahr 1999 angesprochen haben. Ich kann mich noch gut erinnern, als seinerzeit der frühere Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Oettinger, zum Auftakt der Unterschriftensammlung in Baden-Württemberg in Tübingen war. Damals kamen Menschen an den Stand, die ganz erhebliche Vorbehalte gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger hatten und fragten: „Wo kann ich hier gegen Ausländer unterschreiben?“ Als Herr Oettinger mit dieser Frage konfrontiert wurde, hat er sich schnell stillschweigend vom Acker gemacht. Das war die Debatte, die damals gelaufen ist, und die haben wir noch sehr gut in Erinnerung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben im Koalitionsvertrag die Zwischenüberschrift „Einbürgerung erleichtern“, und dieses Ziel haben sich Grüne und SPD gesetzt. Das setzen wir auch Schritt für Schritt um. Wir tun das hier auf Landesebene im Rahmen des Möglichen, beispielsweise durch eine Einbürgerungskampagne, aber wir gehen auch den gesamtstaatlichen Weg auf der Ebene des Bundesrats.

(Daniel Andreas Lede Abal)

Deutschland hat sich in vielen Jahren der Zuwanderung verändert. Auch Baden-Württemberg hat sich verändert. Deshalb war es in der Vergangenheit notwendig, das Staatsangehörigkeitsrecht zu verändern und anzupassen. Es ist jetzt an der Zeit, weitere Verbesserungen anzugehen und das endlich in Angriff zu nehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In Deutschland leben rund 7,5 Millionen Ausländerinnen und Ausländer, davon ungefähr 1,3 Millionen in Baden-Württemberg. Viele von ihnen leben seit vielen Jahren in Baden-Württemberg, viele länger als acht Jahre, sodass sie damit eine wesentliche Voraussetzung für eine Einbürgerung erfüllen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Trotzdem lässt sich folgende Beobachtung machen: Obwohl in Baden-Württemberg, wie Sie auch selbst immer wieder betonen und wie wir es auch gern zugestehen, ein gutes Integrationsklima herrscht und im Vergleich zu anderen Bundesländern viele ausländische Menschen – viele seit vielen Jahren – hier leben, liegen unsere Einbürgerungszahlen und Einbürgerungsquoten unter denen anderer Bundesländer. Uns würde schon interessieren, warum dies der Fall ist.

Wir halten es daher für unbedingt notwendig, die Hürden abzubauen, die eine Einbürgerung erschweren, und den Menschen endlich eine Einbürgerung zu erleichtern. Zu den vereinfachten Voraussetzungen, die wir an dieser Stelle fordern, gehört z. B. eine Verkürzung der erforderlichen Aufenthaltsdauer. Derzeit liegt die erforderliche Aufenthaltsdauer bei acht Jahren, und wir fordern von der Bundesregierung, dass sie hier endlich den Weg geht, den auch andere Parteien fordern und den auch die FDP-Bundestagsfraktion fordert, nämlich eine Reduzierung auf fünf Jahre anzugehen.

Wir fordern beispielsweise auch eine Überarbeitung der Gebühren. Die Gebühren für eine Einbürgerung sind außerordentlich hoch und können sich für Familien sehr schnell in einem vierstelligen Bereich bewegen, weil es nicht nur um die Gebühren geht, die hier in Deutschland erhoben werden, sondern auch viele abgebende Staaten Gebühren erheben, wenn sie aus der Staatsbürgerschaft entlassen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

– Ja, aber es ist einfach die Frage, wie wir hier in Deutschland Gebühren reduzieren können und den Menschen entgegenkommen können.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Wir haben von der Landesregierung verlangt – das hat die Landesregierung auch gemacht –, dass sie die Verwaltungsabläufe überprüft und angeht sowie den Zustimmungsvorbehalt bei den RPs abschafft, der in der Vergangenheit im Übrigen auch zu Untätigkeitsklagen betroffener Personen geführt hat. Wir haben erreicht, dass Schulzeiten und andere Ausbildungszeiten endlich angerechnet werden, und wir haben, wie bereits erwähnt, den Gesprächsleitfaden abgeschafft.

Ich komme an dieser Stelle noch einmal zur Frage der Mehrstaatigkeit. Ich kann einfach nicht nachvollziehen, warum Sie am bisherigen Prinzip festhalten; denn es ist keine Ausnahme

mehr. Sie behaupten immer, es sei eine Ausnahme. Wir müssen nur einmal die Einbürgerungszahlen der letzten Jahre für Baden-Württemberg anschauen, dann stellen wir fest: Es ist keine Ausnahme. Die Hinnahme der Mehrstaatigkeit erfolgte im Jahr 2002 in 31 % der Fälle und im Jahr 2003 in 24 % der Fälle. Das Ganze gipfelte darin, dass im Jahr 2009 in 49,9 % aller Fälle bei der Einbürgerung eine Hinnahme von Mehrstaatigkeit erfolgte. Da frage ich: Sind diese 49,9 % Ausnahmefälle, bei denen die Mehrstaatigkeit hingenommen werden muss? Das, was Sie hier machen, ist Beliebigkeit, wenn Sie in der Hälfte der Fälle bereits Mehrstaatigkeit gewähren und sie den anderen vorenthalten. Daran müssen wir endlich arbeiten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: „Beliebigkeit“ hat er gesagt!)

Ich möchte auch noch etwas zu diesem Loyalitätskonflikt sagen, der perfiderweise allen Menschen mit Integrationshintergrund unterstellt wird, indem gesagt wird, sie könnten sich nicht entscheiden, wo sie leben wollen. Dieser Vorwurf wird auch von Ihrer Partei erhoben. Ich beziehe das jetzt nicht auf Sie persönlich, Herr Lasotta, aber er wird erhoben. Hier in diesem Landtag gibt es Abgeordnete, die zwei Staatsangehörigkeiten haben. Hat irgendjemand einmal ein Loyalitätsbekenntnis von denen gefordert? Ich meine damit im Übrigen nicht mich. Ich hätte zwar einen Anspruch darauf, aber ich habe ihn nicht geltend gemacht. Ich frage Sie: Worin bestehen diese Loyalitätskonflikte?

Wir hätten gern, dass endlich einmal eine Abkehr von diesem alten, überkommenen Denken erfolgt, damit wir auf die Lebenssituation der Menschen eingehen und dem Umstand Rechnung tragen können, dass diese Menschen auch andere Bindungen haben, familiäre und emotionale Bindungen an ihre Herkunftsländer. Wir schaden niemandem, wenn wir das akzeptieren und den Menschen die doppelte Staatsangehörigkeit ermöglichen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer ein Haus bauen will, braucht mehr als nur ein Werkzeug; er braucht eine große Werkzeugkiste, und er braucht vor allem eines: Zeit. Gleiches gilt bei der Integration. Die Aussicht auf eine frühe Einbürgerung kann allenfalls ein Instrument einer breiten Werkzeugpalette sein.

Was braucht man sonst noch, um Integration betreiben zu können? Zunächst einmal gibt es eine grundlegende Forderung, über die hoffentlich Konsens besteht: Die Debatte über Integration sollte nicht vom Rand her, sondern in der politischen Mitte geführt werden. So wie wir in vielen anderen Bereichen Konsens haben, haben wir auch in diesem Punkt Konsens. Wo wir keinen Konsens haben – darauf kommen wir nachher noch zu sprechen –, ist die doppelte Staatsbürgerschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein anderes wichtiges Werkzeug sind die Orientierungs- und Sprachkurse für Migranten. Da ist schon bemerkenswert, dass im Vergleich

(Andreas Glück)

zum Jahr 2009, also im Vergleich zur Großen Koalition, die Mittel für Orientierungs- und Sprachkurse drastisch erhöht wurden. Offensichtlich macht es doch einen Unterschied, ob die FDP mit an der Regierung ist oder nicht. Um immerhin 44 Millionen € auf 218 Millionen € wurde bundesweit aufgestockt. Das ist die FDP-Handschrift, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ein weiterer ganz, ganz wichtiger Punkt ist die Integration durch Arbeit. Nirgendwo kann Integration besser geschehen als am Arbeitsplatz, im Verein und in der Schule. Migranten müssen auch im öffentlichen Dienst vertreten sein; natürlich ist auch darauf ein Augenmerk zu legen. Migrantenkinder müssen Kitas besuchen. Da ist Baden-Württemberg nach wie vor vorbildlich, weil bei uns mehr Kinder von Migranten in die Kitas gehen als irgendwo anders in der Bundesrepublik Deutschland. Auch den Fachkräftemangel durch transparente Zuwanderungskriterien zu beheben und hierbei eine klare Linie zu fahren ist eine Möglichkeit. In Baden-Württemberg haben wir einen ausgeprägten Fachkräftemangel. Die Integrationsministerin ist gefragt, hier anzusetzen, möglicherweise sogar in Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein bisschen mehr muss man da schon sehen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen aber nicht nur an Migranten arbeiten, sondern die Integrationsministerin muss eine Ministerin aller Menschen sein, die in Baden-Württemberg leben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie muss sich für eine höhere Bereitschaft für Integration einsetzen.

Die Aussicht auf eine beschleunigte Einbürgerung kann allenfalls ein Instrument sein, um Menschen zu motivieren. Sie haben es vorhin bereits gesagt: Wir setzen uns auch auf Bundesebene dafür ein, dass bei ausgezeichneten Integrationsleistungen eine Einbürgerung bereits nach vier Jahren möglich ist. Aber von vornherein, einfach so, frühzeitig einen deutschen Pass auszugeben und dann zu sagen: „Jetzt ist ja alles wunderbar!“, das ist einfach nicht richtig. Es ist doch ein Schuss nach hinten, wenn möglichst schnell ein deutscher Pass ausgegeben wird, gleichzeitig jedoch wenig Integrationsarbeit geleistet wird und die Migranten sich selbst überlassen bleiben.

Zum Thema „Doppelte Staatsbürgerschaft“: Eine neue Staatsbürgerschaft weist doch irgendwie auch die Richtung, in die sich ein Mensch orientieren möchte. Man kann sich aber nicht gleichzeitig in mehrere Richtungen bewegen; zumindest geht das nicht auf Dauer. Deswegen ein ganz klares Nein zu einer generellen Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Herr Lede Abal, um zu dem, was Sie vorhin gesagt haben, noch etwas klarzustellen: Wir wollen und wir brauchen – speziell bei uns in Baden-Württemberg – Zuwanderung. Das ist für mich keine Frage. Aber jetzt so vorzugehen, wie Sie es vorhin getan haben, und zu behaupten, dass dies aufgrund der Haltung der Bundesregierung nicht klappt, ist unangemessen. Diese Aussage stimmt nicht. Auch Sie sagen in Ihrem nächs-

ten Satz doch selbst: „Wir haben 2011 einen deutlichen Anstieg der Migrantenzahlen gehabt.“ Das passt doch soweit.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das habe ich gar nicht gesagt!)

– Dann war es Frau Grünstein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das liegt an uns und nicht an der Bundesregierung!)

Frau Grünstein, zu Ihnen möchte ich auch noch etwas sagen. Sie haben vorhin gesagt, Migranten ließen sich besser integrieren, wenn sie einen deutschen Pass hätten. Damit zäumen Sie aber das Pferd von hinten auf. Es muss doch zuerst integriert werden, bevor eingebürgert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! Sehr richtig! Man muss zuerst das Autofahren lernen, und dann kann man den Führerschein machen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Übrigen muss ich mich wundern, dass die SPD diese Debatte beantragt hat. Es gibt so viele Aufgaben im Integrationsministerium, die zu lösen wären. So ist u. a. seit Langem die Novellierung des Flüchtlingsgesetzes angekündigt. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist jetzt noch nicht einmal in der Anhörung. Die Haushaltsmittel hierfür stehen bereit. Das Ministerium hinkt hinterher.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Den Gesetzentwurf gibt es noch nicht, obwohl Sie die Mittel hierzu hätten.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Ein großes Ministerium! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was heißt hier Ministerium? Das ist eine Abteilung!)

Kommen Sie da einmal zu Potte. Wenn Sie alle landespolitischen Aufgaben erledigt haben, wenn Sie tatsächlich eine Integrationsministerin für alle in Baden-Württemberg lebenden Menschen sind, und wenn Sie dann noch Kapazitäten haben, dann dürfen Sie sich auch bei bundespolitischen Themen einmischen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die FDP entscheidet nicht, was eine Ministerin tut oder lässt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort der Frau Ministerin für Integration Öney.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Glück, Sie hatten sechs Jahrzehnte Zeit, um alles in diesem Land besser zu machen und ein humanes Flüchtlingsaufnahmegesetz zu gestalten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Bernhard Lasotta: So alt ist Herr Glück noch gar nicht! Das ist ein ganz junger Kerl! – Unruhe)

(Ministerin Bilkay Öney)

Nach sechs Jahrzehnten sind wir mit einem kleinen Haus und mit wenig Personal endlich dabei, all die Dinge umzusetzen, die Sie leider sehr vernachlässigt haben.

Ich würde gern wieder auf das Thema der Aktuellen Debatte zurückkommen. Ich kann ja verstehen, dass Sie gern auf andere Themen ausweichen; das ist Ihre Taktik. Ich kann Ihre Taktik verstehen. Aber das Thema heute ist ein anderes, und daher würde ich nun gern zum Thema „Bessere Integration durch erleichterte Einbürgerung“ sprechen.

(Unruhe)

Dass es dabei unmittelbare Zusammenhänge gibt, belegen Studien. Nehmen Sie etwa die Schulstatistik, oder nehmen Sie die Erwerbslosenstatistik. Wenn Sie diese Statistiken anschauen, fällt Ihnen sicherlich etwas auf. Es fällt nämlich auf, dass Eingebürgerte in der Schule, aber auch im Erwerbsleben sehr viel erfolgreicher sind als andere. Aktuelle Studien belegen, dass die Einbürgerung eine unmittelbare Katalysatorfunktion für das Einkommensniveau und für den wirtschaftlichen Status der Migranten hat.

Die OECD-Studie des renommierten Wirtschaftswissenschaftlers Max Steinhardt belegt, dass unmittelbar nach der Einbürgerung bei Nicht-EU-Bürgern eine signifikante Verbesserung der Einkommenssituation eintritt. Das gilt auch für die Folgezeit. Der Studie zufolge hat die Einbürgerung unzweifelhaft eine integrationsfördernde Wirkung. Genau deshalb wird Deutschland empfohlen, die Einbürgerungshürden zu senken und für die Einbürgerung zu werben. Genau das tun wir. Wir senken die Hürden, und wir werben für den deutschen Pass. Etwas anderes machen wir nicht.

Genau deshalb habe ich gleich am Anfang meiner Amtszeit den sogenannten Gesprächsleitfaden abgeschafft. Dieser hätte nämlich nur bei wahrheitsgemäßer Beantwortung Sinn gemacht. So, wie er eingesetzt wurde, machte er keinen Sinn. Das war auch die Einschätzung der Verfassungsschutzbehörde. Sicherheitspolitisch hatte er keine Relevanz. Die Sicherheitsabfrage erfolgt natürlich weiterhin. Wenn es Anhaltspunkte für Extremismus gibt, dann erfolgt auch keine Einbürgerung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich schaue gerade in die Richtung des innenpolitischen Sprechers. Wir hatten auch schon Fälle, in denen die Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Auch solche Fälle gab es. Sie sehen, wir sind durchaus wachsam, und das wird auch so bleiben.

Was wir im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten anders machen, ist, dass wir nun auch Studienzeiten in Deutschland auf die Aufenthaltszeit bzw. die Frist, die eingehalten werden muss, anrechnen. Der deutsche Pass wird den Personen nicht hinterhergeworfen, sondern sie müssen gewisse Fristen einhalten, bevor sie eingebürgert werden. Wir werden nun also auch Studienzeiten auf diese Einbürgerungsfrist anrechnen. Denn es sind gerade die Hochqualifizierten, die wir hier im Land brauchen, die wir gern einbürgern wollen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Alles in Ordnung! Geschenkt! – Abg. Peter Hauk CDU: Im Winter schneit's! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Was motzen Sie denn herum? – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat die Ministerin.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Genau. – Wir kommen auch denen entgegen, die als sogenannte erste Gastarbeitergeneration keine Möglichkeit hatten, die deutsche Schriftsprache in der Schule zu lernen. Bei den über 65-Jährigen verzichten wir in Zukunft auf den schriftlichen Sprachtest. Der andere Test erfolgt weiterhin.

Um die Verfahren zu beschleunigen, wollen wir in Zukunft auf den Zustimmungsvorbehalt der Regierungspräsidien verzichten. Sie wissen, dass die Verfahren unterschiedlich lange dauern. Das werden wir nachher wahrscheinlich auch im Integrationsausschuss hören. Es gibt da eine Sicherheitsabfrage und verschiedene andere Dinge. Die Verfahren dauern lange, sie dauern auch manchmal zu lange. Auch das ist ein Hemmnis.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Hemmnis, ein gravierendes Hemmnis für viele ist, dass wir von den Menschen verlangen, ihren alten Pass, also den Pass des Ursprungslands, abzugeben. Die CDU argumentiert mit einseitigen Loyalitäten, die FDP verlangt ein Bekenntnis. Abgesehen davon, dass das populistische Worthülsen sind, frage ich mich, warum dieses Bekenntnis nicht auch David McAllister abverlangt wurde oder Christian Freiherr von Stetten, CDU-Abgeordneter im Bundestag.

(Zuruf des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

Roland Theis, CDU-Generalsekretär im Saarland, oder Jorgo Chatzimarkakis, FDP-Abgeordneter im Europäischen Parlament. Soviel ich weiß, hat Ernst August von Hannover zwei Pässe – wahrscheinlich hat er sogar drei Pässe –, und Otto von Habsburg hatte bis zu seinem Tod vier Pässe. Da hat niemand nach Loyalität und nach einem Bekenntnis gefragt. Deswegen frage ich mich, warum Sie das nur von einer Gruppe verlangen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nach Ihrer Logik, Herr Lasotta, bin ich eindeutig loyaler als David McAllister; denn ich habe nur einen Pass, er hat zwei, und Sie sagen, man kann nur einem Land gegenüber loyal sein. Sie sehen, Ihre Argumente sind nicht wirklich gut; Sie müssen das noch einmal überdenken.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Übrigens: Ein Bekenntnis verlange ich von allen Bürgern dieses Landes, nicht nur von den Migranten. Wir akzeptieren Mehrstaatigkeit in vielen Fällen: bei EU-Bürgern, bei Schweizern und bei Kindern, die in binationalen Ehen auf die Welt kommen. Von anderen jungen Menschen verlangen wir, dass sie sich mit ihrem 18., spätestens aber mit ihrem 23. Lebensjahr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden, und das, obwohl sie hier auf die Welt gekommen sind, hier aufgewachsen sind, mit der Geburt den deutschen Pass erworben haben und nichts tun, was den Entzug des Passes rechtfertigen würde. Wir schaffen damit nicht nur Bürger erster und zweiter Klasse, wir schaffen vor allem Rechtsunsicherheit.

Der renommierte Rechtsexperte Kay Hailbronner kritisiert das; er spricht ebenfalls von Rechtsunsicherheit und von „Bür-

(Ministerin Bilkay Öney)

gern auf Zeit“. Deshalb folgt die Bertelsmann Stiftung seinen Empfehlungen und fordert, die sogenannte Optionspflicht wieder abzuschaffen. Sie wissen, Professor Hailbronner oder auch die Bertelsmann Stiftung sind wahrlich keine Linken. Aber sie nehmen das Thema Integration ernst, genauso wie der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration; auch er fordert genau wie wir die Abschaffung der sogenannten Optionspflicht.

Für viele Migranten ist diese Ungerechtigkeit nicht hinnehmbar. Viele wollen oder können ihren alten Pass gar nicht abgeben. Neben emotionalen und rationalen Gründen gibt es eine Reihe anderer Gründe, die die Aufgabe der ursprünglichen Staatsangehörigkeit unmöglich oder unzumutbar machen. Manche Länder entlassen ihre Staatsangehörigen aus Prinzip nicht aus der Staatsangehörigkeit, beispielsweise der Iran; manche entlassen sie erst, wenn der Wehrdienst abgeleistet wurde – und das, obwohl jemand den Wehrdienst vielleicht gar nicht ableisten möchte oder es auch gar nicht kann.

Manchmal ist die Aufgabe der Staatsangehörigkeit mit zu hohen Kosten verbunden, oder sie dauert einfach viel zu lange.

In all diesen Fällen wollen wir den Menschen entgegenkommen und Mehrstaatigkeit zulassen. Die Menschen, die sich mit unserem Land, unserer Verfassung und unserer Rechtsordnung identifizieren, sollen sich einbürgern lassen können, ohne dass wir ihnen Steine in den Weg legen. Das heißt, jeder, der mindestens acht Jahre dauerhaft in Deutschland gelebt hat, unbescholten ist und ein eigenes Einkommen nachweisen kann, ist berechtigt, einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das ist doch geltendes Recht!)

– Genau. Es geht um geltendes Recht. Es geht nicht um die Verkürzung irgendwelcher Fristen, sondern um Spielräume, die wir auf Länderebene umsetzen. Das machen nicht alle Länder. Deswegen ist das auch ein landespolitisches Thema.

Den Zusammenhang zwischen Integration und Einbürgerung habe ich eingangs dargestellt. Nach jetziger Rechtslage könnten sich sehr viel mehr Migranten einbürgern lassen, wenn es die Hürden nicht gäbe. Wir versuchen, das zu ändern.

Wir wollen das auch deshalb ändern, weil wir nicht wollen, dass Baden-Württemberg weiterhin eines der Bundesländer mit der niedrigsten Einbürgerungsquote ist. Die Quote beträgt bei uns 1,09 %. Hinter uns liegen nur noch Thüringen, Sachsen und Bayern. Aber wir können mehr. Bei einer anderen Rechnung, nämlich beim Ländervergleich bezogen auf Ausländer mit mindestens zehn Jahren Aufenthalt in Deutschland, liegen wir sogar ganz hinten.

Unser Einbürgerungspotenzial schöpfen wir also kaum aus. Das will ich ändern, gerade weil die Einbürgerung unmittelbar positive Effekte auf die Integration, den Schulerfolg, das Einkommensniveau usw. hat.

Es geht uns aber vor allem auch um mehr Teilhabe. Deshalb werben wir für die Einbürgerung. Im Sommer haben wir einen Wettbewerb für eine Einbürgerungskampagne initiiert, an der wir übrigens auch die Oppositionsfractionen beteiligt ha-

ben. Ich danke hier an dieser Stelle noch einmal Frau Schütz, die in der Jury war, aber auch Ihnen, Herr Glück. Es war schön, dass Sie daran mitgewirkt haben.

Ich würde mich freuen, wenn wir alle zusammen daran arbeiten könnten, die Integration in Baden-Württemberg voranzubringen. Dadurch können wir alle nur gewinnen, und dann können wir auch sagen: „Wir können alles. Auch Integration.“

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren –

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU meldet sich.)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Lasotta das Wort.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: So viel Zeit muss sein. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es verkürzt die Debatte, wenn man sie mit der Aussage führt, die Einbürgerung sei das Entscheidende für die Integration. Die Einbürgerung ist wichtig, weil sie ein Signal gibt, dass gleiche Rechte und gleiche Pflichten für jeden vorhanden sind – selbstverständlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen das. Wir wollen, dass sich Leute, die die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen, hier einbürgern lassen. Das ist völlig klar. Aber die Debatte auf die Aussage zu verkürzen, die Einbürgerung sei das Entscheidende, hielte ich für falsch.

Es sind ganz viele Punkte, die im Integrationsprozess wichtig sind: die Sprache, die Elternbildung, die schulische und die berufliche Weiterentwicklung. Deswegen kann eine Einbürgerung ein Schub und ein Bekenntnis sein und dazu beitragen, dass man sich gleichwertig fühlt. Auch das ist selbstverständlich wichtig. Aber es ist eben nicht alles.

Deswegen noch einmal: Lassen Sie uns den historischen Prozess betrachten. Es ist ja gut, wenn Sie die Spielräume, die das Bundesrecht uns gibt, ausnutzen. Das ist völlig klar. Eine doppelte Staatsbürgerschaft liegt doch im Interesse der Menschen, wenn ein anderer Staat sie nicht aus ihrer eigenen Staatsbürgerschaft entlässt. Das ist völlig klar.

Dass es im Bereich des europäischen Rechts mit den Richtlinien, die umgesetzt wurden, eben einen anderen Integrationsprozess gegeben hat und deswegen bei Schweizern und Bürgern von Staaten, die der EU angehören, regelhaft die Mehrstaatigkeit hingenommen wird, ist doch auch eine große Errungenschaft unserer Gesellschaft und unseres Staatswesens. Das ist völlig klar.

Aber dann lassen Sie uns doch nicht einfach plakativ sagen: „Jetzt müssen alle die doppelte Staatsbürgerschaft bekommen“, sondern lassen Sie uns an dem Prozess arbeiten, dass die Staaten Übereinkommen finden, wie das Ganze im gegenseitigen Einvernehmen geregelt wird.

Solange z. B. die Türkei das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit von 1997 nicht ratifiziert, kann

(Dr. Bernhard Lasotta)

man eben keine regelhafte doppelte Staatsbürgerschaft von Deutschland und der Türkei einführen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ich halte es auch nicht für schlimm, 23-Jährige aufzufordern: „Bekannt euch, ob ihr die deutsche Staatsbürgerschaft haben wollt oder nicht.“

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: In diesem Alter hat man früher geheiratet!)

Wo liegt denn da das Problem? Wir freuen uns darüber, und sie sind willkommen, wenn sie sagen: „Jawohl, wir optieren dafür.“ Die ersten Zahlen, die uns hierzu vorliegen – seit letztem Jahr laufen ja die entsprechenden Auswertungen –, zeigen, dass der Großteil dieser Menschen sich für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden hat; nur 2 % haben sich dagegen entschieden. Das ist doch ein Riesenerfolg in der Integration in Deutschland.

Deswegen: Lassen Sie uns eher schauen, wie wir die Integrationsprozesse für die Menschen in Baden-Württemberg weiter voranbringen, wie wir die Kommunen bei der Integrationsarbeit unterstützen, wie wir das Thema Integrationsvereinbarung in den Kommunen voranbringen. Letzteres wird erreicht, indem klare Verträge geschlossen werden, in denen festgehalten ist: „Was ist deine Erwartung? Du willst eine Arbeitsstelle haben. Du willst irgendwann die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen. Du brauchst Wohnraum.“ Das muss mit den Beteiligten organisiert werden. Auf der anderen Seite kann man den Integrationswilligen dann sagen: „Du bekommst einen Sprachkurs, du bekommst einen Integrationskurs. Wir unterstützen dich in der Kinderbetreuung.“ Das sind doch die wichtigsten Themen für die Menschen vor Ort. Wenn dies gewährleistet ist, fühlen sie sich integriert und angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Öney, Ihre Aussage, Eingebürgerte seien erfolgreicher, stimmt natürlich, weil sich diese Menschen zuvor schon auf den Integrationsweg gemacht haben, sich angestrengt haben

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da ist die Frage: Was ist die Henne, was ist das Ei?)

und gesagt haben: „Ich will in diesem Land etwas erreichen. Ich will mich einbringen. Ich will für meine Familie, für die Gesellschaft eintreten. Ich will versuchen, hier eine Arbeitsstelle zu bekommen, zu arbeiten, fleißig zu sein und mich in diese Gesellschaft einzubringen.“ Deswegen sind Eingebürgerte erfolgreicher.

Lassen Sie uns auf dem Weg vorangehen, zu schauen, was wir als Baden-Württemberger tun können, um diese Menschen zu unterstützen. Ich denke, man sollte aufhören, die alten Platten bezüglich der Bundespolitik abzuspielen. Vielmehr sollten wir uns um die Menschen in diesem Land kümmern. Da sind viele schon viel weiter als wir in der Politik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lasotta, Sie haben gerade angesprochen, dass man vieles in der Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene machen müsste. Ich kann Ihnen sagen: Die Kommunen machen hier bereits vieles. Unser Anliegen ist, dass das Land die Kommunen dabei unterstützt.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ja!)

Deshalb macht die Landesregierung ja auch die Einbürgerungskampagne.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Geben Sie den Kommunen mehr Geld!)

Ich kann Ihnen auch sagen, dass sich die Leute an uns wenden, eben weil sie eine Verbesserung bei der Einbürgerung wollen, weil sie Erleichterungen bei der Einbürgerung wollen. Das ist nicht etwas, wovon wir einfach davonlaufen und was wir einfach an die Bundesebene verweisen. Vielmehr wollen wir das hier in Baden-Württemberg aufgreifen. Wir werden das auch auf die Ebene des Bundesrats weitertragen.

Ich möchte noch auf einen anderen Aspekt zu sprechen kommen, nämlich auf die Frage der Fachkräfte. Es ist auch im Integrationsausschuss oft die Rede davon, dass wir hoch qualifizierte Personen anwerben und nach Deutschland, nach Baden-Württemberg holen wollen, weil wir sie in der Zukunft verstärkt für unsere Betriebe brauchen, weil sie hier arbeiten sollen, weil wir ihre Leistung und ihre Kenntnisse brauchen. Ich sage Ihnen: So, wie Sie an die Frage der Staatsbürgerschaft und der Einbürgerung herangehen, tragen Sie nicht dazu bei, dass Deutschland ein attraktives Einwanderungsland wird.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Die Zahlen steigen doch! Das haben Sie doch vorher selbst gesagt! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Die Zuwanderungszahlen steigen!)

– Herr Glück, ich sage es noch einmal: Ich habe es nicht gesagt, aber Sie dürfen es gern weiter verbreiten.

Ich möchte noch einmal das Beispiel der jungen Türkin aufgreifen, die sich an Frau Grünstein gewandt hat. Sie haben das kommentiert mit dem Satz: „Sie wird ihren Weg machen.“ Da frage ich Sie: Sind Sie sich da so sicher?

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ja! Wenn Frau Grünstein sie unterstützt, klappt das!)

– Wenn Frau Grünstein sie unterstützt, vielleicht. Aber die Frage ist, warum wir solche Dinge wie anonymisierte Bewerbungsverfahren nötig haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das denken Sie, dass das nötig sei!)

Dort müssen wir helfen. Wir müssen auch ein attraktives Angebot machen, damit diese Personen bei uns im Land bleiben und sich auch weiterhin mit Deutschland identifizieren – auch wenn sie ins Ausland gehen.

(Daniel Andreas Lede Abal)

Da sind wir bei einem anderen Thema, nämlich dem internationalen Arbeitsmarkt. Für viele Menschen, gerade für diejenigen, die eine doppelte Staatsangehörigkeit haben, ist es attraktiv, international, in verschiedenen Ländern, tätig zu sein. Es ist deshalb auch eine Frage – –

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das ist auch für Leute mit nur einem Pass attraktiv!)

– Eben. Aber warum wollen Sie den Menschen, die diese Möglichkeit haben, Steine in den Weg legen, indem Sie diesen einen Pass abnehmen? An uns wenden sich Personen, die sagen: „Wir arbeiten für deutsche Unternehmen im Ausland“, die einen Migrationshintergrund haben und auf ihre erste Staatsbürgerschaft nicht verzichten wollen. Diese Menschen leben hier, sie wollen auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie weisen eine hohe Identifikation mit ihrem Land auf. Aber wenn sie ihre erste Staatsangehörigkeit beibehalten, haben sie massive Probleme bei Reisen, bei Visaanträgen und, und, und.

Es ist zu fragen, wie wir diesen Menschen helfen. Ich glaube nicht, dass wir ihnen helfen, indem wir sie vor die Wahl im Sinne eines Entweder-oder stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dass das von Ihnen erwünschte Optionsmodell kein guter Weg ist, habe ich Ihnen vorhin schon aufgezeigt. Es ist auch deshalb kein guter Weg, weil die doppelte Staatsangehörigkeit im Prinzip schon der Regelfall ist. Ich habe Ihnen die Zahlen vorhin genannt. Sie können das weiterhin abtun und sich an die Illusion klammern, dies sei eine Ausnahme. Aber es hat sich gezeigt, dass in den vergangenen zehn Jahren in mindestens 25 % der Einbürgerungsverfahren doppelte Staatsangehörigkeit hingenommen wurde.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das stimmt doch gar nicht! Das ist auf den Bund bezogen!)

Ich glaube nicht, dass man hierbei sagen kann, dass es sich um Ausnahmen handle.

Alles, was Sie damit erreichen, wenn Sie an diesem Optionsmodell festhalten, ist, dass Sie die Menschen dazu treiben, weitere Ausnahmen zu suchen, Umgehungswege zu suchen, um sich doch noch in den Besitz einer doppelten Staatsangehörigkeit zu bringen.

So war es in der Vergangenheit. Die Menschen der sogenannten Gastarbeitergeneration haben das gemacht. Jahrelang war es gang und gäbe, dass z. B. türkische Staatsangehörige, die einen deutschen Pass beantragt haben, zunächst ihre türkische Staatsangehörigkeit abgeben und diese später wieder erworben haben. Das ist einfach die Realität. Sie werden sie nicht dadurch abschaffen, dass Sie so tun, als gäbe es sie nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was für ein Glück!)

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Sckerl ist ein großer Dichter.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin, Sie haben vorhin gesagt, die vorherige Landesregierung hätte im Bereich Integration nichts gemacht. Jetzt einmal ganz ehrlich: Sie wissen, dass das anders ist. Ich entgegne Ihnen: Sie haben nichts extra gemacht, und dafür sind Sie zu teuer.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! Richtig!)

Ich möchte hier noch einmal die Frage stellen – gerade wurde wieder betont, wir würden uns an der Optionspflicht festklammern –: Wer hat die Optionspflicht überhaupt eingeführt? Das waren doch Sie von Rot-Grün, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Und warum? Und warum? – Zuruf des Abg. Florian Wahl SPD)

Frau Ministerin, Sie sagten vorhin, Sie würden die Hürden für die Einbürgerung senken. Nein, das tun Sie nicht. Das ist eine bundespolitische Aufgabe. Ich fordere Sie hiermit auf: Gehen Sie den Fachkräftemangel an. Es darf nicht sein, dass Länder in Europa eine Jugendarbeitslosenquote von 40 % haben, während man bei uns händeringend Fachkräfte sucht und noch freie Ausbildungsplätze hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wäre ein Thema!)

Gehen Sie das aktiv an! Arbeiten Sie eng mit den Industrie- und Handelskammern zusammen, arbeiten Sie mit den Handwerkskammern zusammen, arbeiten Sie mit dem Wirtschaftsministerium zusammen. Das wäre eine Aufgabe. Schaffen Sie eine Willkommenskultur,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und zwar nicht nur dadurch, dass motivierte Landräte – Herr Landrat Pauli beispielsweise macht das schon seit vielen Jahren – Einbürgerungsfeiern abhalten; sorgen sie vielmehr dafür, dass so etwas überall stattfindet. Gehen Sie weg von Ihrer reinen Ankündigungspolitik. Solche Vorhaben wie das Flüchtlingsaufnahmegesetz und das Anerkennungsgesetz müssen jetzt endlich auf den Tisch.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Hausaufgaben müssen gemacht werden!)

Schaffen Sie bitte im ganzen Land die Bereitschaft, Menschen zu integrieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Frau Ministerin, wenn Sie diese Probleme, die ich gerade genannt habe, angehen und sich nicht nur irgendwie auf bundespolitischem Parkett bewegen, dann sagen wir Ihnen unsere Unterstützung zu, weil die Themen wirklich wichtig sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist diese Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Debatte – Der Länderfinanzausgleich – andere verbrennen unser Geld am Nürburgring und am Berliner Flughafen und Grün-Rot schaut zu – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

(Unruhe)

Für diese Aktuelle Debatte hat das Präsidium eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen sowie für die Redner in der zweiten Runde steht jeweils eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung. Ich darf bitten, dass sich auch die Landesregierung an den vorgegebenen Zeitrahmen hält.

Schließlich darf ich noch einmal auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion der FDP/DVP, die diese Aktuelle Debatte beantragt hat, erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 2,7 Milliarden € muss der baden-württembergische Steuerzahler aktuell für den Länderfinanzausgleich aufwenden. Gleichzeitig werden im neuen Doppelhaushalt 3,3 Milliarden € neue Schulden gemacht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wo ist der Finanzminister? Das interessiert ihn nicht!)

Das kann man keinem Steuerzahler in Baden-Württemberg vermitteln, meine Damen und Herren.

Man kann dem Steuerzahler in Baden-Württemberg mit Sicherheit auch nicht vermitteln, dass nur noch drei Bundesländer in diesen Länderfinanzausgleich einzahlen und dass mittlerweile 13 Bundesländer von diesen drei Ländern alimentiert werden. Das ist ein perverses System, meine Damen und Herren, und das muss dringend verändert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Im Jahr 2010 ist das Land Nordrhein-Westfalen als Zahlerland ausgefallen. Im Jahr 2012 ist jetzt auch die Hansestadt Hamburg als Zahlerland ausgefallen. Offensichtlich wirkt sich die Wahl linker Landesregierungen nicht besonders vorteilhaft auf die Entwicklung von Bundesländern aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir hoffen sehr, dass nicht auch das Land Baden-Württemberg in absehbarer Zeit zum Nehmerland herabgewirtschaftet wird, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Den Finanzminister interessiert das ja gar nicht!)

Im Moment ist es jedenfalls noch so, dass der baden-württembergische Steuerzahler bezahlt, und Kurt Beck verbrennt das

Geld am Nürburgring und Klaus Wowereit am Berliner Flughafen. Das ist die Realität, und das muss geändert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Im Jahr 2011 erhielt jeder Berliner – jeder einzelne, auch der „Flughafenversager“ Wowereit – 875 € aus dem Länderfinanzausgleich. Im Jahr 2012 waren es dann schon 945 € für jeden einzelnen Berliner. Meine Damen und Herren, wo soll das noch hinführen? Wo soll die Entwicklung dieses Länderfinanzausgleichs noch hinführen?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das „Handelsblatt“ schrieb am 17. Januar 2013 – Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung darf ich das zitieren –: „Die Kluft zwischen armen und reichen Bundesländern wird immer größer.“ Das ist die objektive Feststellung. Das macht doch deutlich, meine Damen und Herren, dass das Ziel des Länderfinanzausgleichs, nämlich die Angleichung der Lebensverhältnisse, nicht erreicht wird, sondern dass das Gegenteil erreicht wird. Weil dieses System so anreizfeindlich ist, wird die Kluft immer größer.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, dieses System muss geändert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das hatte in der Vergangenheit offensichtlich auch die SPD-Fraktion, zumindest zwischendurch einmal, erkannt. Wir haben in diesem Haus am 1. März 2011 den Antrag Drucksache 14/7638 behandelt, mit dem im Fall des Scheiterns von Verhandlungen die Landesregierung aufgefordert wurde, unverzüglich den Klageweg zu beschreiten. Nicht nur die damaligen Regierungsfaktionen von CDU und FDP/DVP haben dem zugestimmt, sondern auch die SPD-Fraktion. Für die SPD-Fraktion sprach damals Herr Abg. Drexler, der bemerkenswerterweise – so ist es im Protokoll nachzulesen – formuliert hat:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mal kurz aufstehen!)

Wir wollen, dass es nicht mehr nur nach den Einnahmen geht, sodass diejenigen, die sparen, im Grunde genommen gar nichts davon haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! – Abg. Claus Schmiedel SPD und Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist doch richtig!)

Es muss eine deutliche Veränderung gegenüber 2001 geben, und insofern stimmen wir ... zu.

Es ging um diesen Antrag.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Guter Mann!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das war eine großartige Rede.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war eine großartige Rede, wie immer.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Danke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber warum tun Sie dann nichts? Warum geschieht dann nichts, meine Damen und Herren, wenn das so großartig war?

Der Ministerpräsident erklärte am 12. Februar 2012 im „Handelsblatt“, er wolle den Länderfinanzausgleich abschaffen, er plädiere für die Abschaffung des umstrittenen Länderfinanzausgleichs und wolle das alles in ein System überführen, in dem der Bund den Ausgleich leiste.

Am 5. Mai 2012 drohte Kretschmann in der „Wirtschaftswoche“ auch mit einer Klage gegen den Länderfinanzausgleich:

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Mit einer Klage in Karlsruhe droht ... Kretschmann für den Fall, dass eine Reform des Länderfinanzausgleichs am Widerstand der Nehmerländer scheitert.

Aber jetzt plötzlich wollen Sie offensichtlich von dieser Klage nichts mehr wissen. Sie haben sich eines Ihrer zahlreichen Gefälligkeitsgutachten besorgt,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: „Gefälligkeitsgutachten“!)

um ein Alibi dafür zu haben, nichts unternehmen zu müssen. Da wird vor einem Eigentor gewarnt, weil möglicherweise die Kommunen mit einbezogen würden.

Es steht jetzt fest, dass die Länder Bayern und Hessen klagen. Die werden ohnehin klagen, meine Damen und Herren. Wenn Sie dieses Eigentor befürchten, dann können Sie es nicht verhindern. Dann ist es doch besser, hier Ihre Solidarität zu zeigen und dem Bundesverfassungsgericht zu signalisieren: „Auch wir in Baden-Württemberg sind an einer Veränderung interessiert“,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

als das Signal zu setzen: „Wir wollen keine Veränderung“, meine Damen und Herren. Werden Sie endlich aktiv.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Herr Ministerpräsident, Sie erzählen immer von Veränderungen und von Verhandlungen. Sie haben auch hier im Landtag vor ungefähr einem Jahr schon erklärt, Sie würden Verhandlungen führen – von Kamingsgesprächen war damals die Rede –, und Sie haben damals auch der Opposition angeboten, ihr hierüber zu berichten. Ich stelle fest: Bisher ist null passiert, Herr Ministerpräsident, Sie haben nichts unternommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und nichts berichtet!)

Etwa um die Weihnachtszeit, Herr Ministerpräsident, hat Ihre Ehefrau der „Bild“-Zeitung erzählt, Sie seien ein Sonntagsfahrer, der das Gaspedal nicht finde.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Ich nehme an, sie hat den Länderfinanzausgleich gemeint, Herr Ministerpräsident, als sie das geäußert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Werden Sie endlich aktiv, unternehmen Sie etwas. Vorschläge liegen auf dem Tisch,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es wird immer schlimmer!)

beispielsweise auch der Vorschlag der drei FDP-Landtagsfraktionen aus Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, der von Professor Kube und dem Wirtschaftsweisen Professor Feld ausgearbeitet wurde. Da geht es um mehr Eigenständigkeit. Da geht es beispielsweise um eine Veränderung dahin gehend, dass die Länder zur Ergänzung der Einkommensteuer ein eigenes Hebesatzrecht bekommen sollen.

Herr Finanzminister Schmid, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie sich so etwas auch schon einmal vorstellen können. Warum unternehmen Sie dann nichts? Wo ist Ihr Vorschlag? Wann wird verhandelt? Vor allem stellt sich auch die Frage: Wie soll man denn überhaupt irgendwo Druck aufbauen, wenn man die Klagemöglichkeit, so wie Sie, kategorisch ausschließt? Meine Damen und Herren, in der Frage des Länderfinanzausgleichs versagt die grün-rote Landesregierung auf allen Ebenen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zum Schaden des Landes!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Herrmann das Wort.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum wiederholten Mal diskutieren wir jetzt im Landtag von Baden-Württemberg über den Länderfinanzausgleich. In einem Punkt sind wir uns alle einig: Wir brauchen ein neues Finanzausgleichssystem, und zwar vor dem Jahr 2019, dem Jahr, in dem das bisherige Länderfinanzausgleichssystem ausläuft. Unterschiedlicher Meinung sind wir über den Weg, wie ein neues System erreicht werden kann.

Für die CDU Baden-Württemberg sind drei Eckpunkte wichtig:

Der erste Punkt: Wir wollen, dass Anreize geschaffen werden, die Finanzkraft der Länder zu stärken. Wenn ein Land seine Einnahmen steigert, dann sollen diese nicht durch den Länderfinanzausgleich aufgefressen werden.

Ein zweiter Punkt: Mehreinnahmen dürfen nicht zu einem Verlust im Haushalt führen. Vor ein paar Jahren hatte Rheinland-Pfalz 1 Million € Mehreinnahmen; es hatte aber schließlich ein paar Zehntausend Euro weniger im Haushalt, weil es mehr in den Länderfinanzausgleich abführen musste.

(Klaus Herrmann)

Der dritte Punkt: Die Reihenfolge der Länder hinsichtlich der Finanzkraft darf nicht völlig auf den Kopf gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn ein Empfängerland in der Reihenfolge der Länder hinsichtlich der Steuerkraft pro Kopf vor dem Länderfinanzausgleich ganz hinten steht und nach dem Länderfinanzausgleich plötzlich ganz vorn steht, dann ist das nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben auch immer gesagt: Man sollte erst verhandeln und erst dann, wenn Verhandlungen nicht zu einem Erfolg führen, den Klageweg beschreiten.

Nun haben wir heute eine Aktuelle Debatte mit einem Titel, der vielleicht etwas irreführend ist. Denn richtig ist, dass der Länderfinanzausgleich eine reine Steuerertragsverteilung ist und mit den Ausgaben der Länder zunächst nichts zu tun hat.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Trotzdem ist das Thema aktuell und richtig. Denn durch die komplizierten Mechanismen – der Kollege Rülke hat es ausgeführt – gibt es jetzt nur noch drei Geberländer und 13 Nehmerländer. Ein Land, nämlich Bayern, zahlt etwa die Hälfte der gesamten Ausgleichsmittel in den Finanzausgleich ein, und allein das Bundesland Berlin bekommt etwa 40 % der Finanzausgleichsmittel.

Wir haben im Landtag vor zwei Jahren einvernehmlich beschlossen, dass dann, wenn die Verhandlungen nicht erfolgreich sind, der Klageweg zu beschreiten ist. Vorschläge für Verhandlungen gibt es genügend. Die finanzpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen und der CSU-Landtagsfraktion haben im letzten Herbst eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die im Kern beinhaltet, dass Berlin vom Bund Bundeshauptstadthilfen erhalten soll. Das soll durch den Wegfall der Verpflichtung des Bundes für den Solidarpakt II finanziert werden. Dann soll dieser Betrag der Finanzkraft Berlins zugerechnet werden. Durch die Entlastung der anderen Länder kann man diesen Betrag für eine Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs nutzen. So wurde es auch vor zehn Jahren gemacht, als der Bund Geld in das System gegeben hat, um eine Neuregelung zu erreichen. Es gibt auch zahlreiche andere Vorschläge.

Was ist aber bisher geschehen? Sie, Herr Ministerpräsident, haben in einer Regierungsbefragung im Juli letzten Jahres gesagt, Sie hätten verschiedene Vorstöße unternommen, um zu einer Verhandlungslösung zu kommen. Sie wollten zusammen mit Hessen erst einmal abwarten. Ihre Ansicht ist: Verhandeln wir doch bitte jetzt, sonst verlieren wir Jahre. Sie sagen: „Wenn man klagt, muss man auch Aussicht auf Erfolg haben.“ Aber Sie haben auch gesagt: „Wir führen eine Prüfung durch, und wir schließen eine Klage nicht aus.“

Meine Damen und Herren von der Regierung, wie lange wollen Sie denn noch verhandeln? Sie sind jetzt zwei Jahre an der Regierung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber großzügig bemessen! Aber Rechnen war noch nie Ihre Stärke!)

Wir zahlen 2,7 Milliarden € an andere Länder, und in Zeiten größter Steuereinnahmen machen Sie mit dem gerade verabschiedeten Doppelhaushalt 3,3 Milliarden € Schulden. Verschieben Sie eine mögliche gerechte Gestaltung des Länderfinanzausgleichs nicht weiterhin.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nach unserer Auffassung sind jetzt der Worte genug gewechselt. Die Verhandlungen sind offenbar ergebnislos. Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, schließen Sie sich der Klage von Bayern und von Hessen an.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn drei Geberländer gemeinsam auftreten,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

ist die Chance größer, dass wir vor dem Bundesverfassungsgericht – wie auch bei der letzten Klage – Erfolg haben, und dann ist die Chance größer, dass wir ein gerechteres Länderfinanzausgleichssystem bekommen.

Schauen Sie den anderen Ländern, die handeln – Bayern und Hessen –, nicht weiter tatenlos zu. Vertreten Sie die Interessen der Menschen hier in Baden-Württemberg, und schließen Sie sich der Klage an.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Titel dieser Aktuellen Debatte, die von der FDP/DVP beantragt wurde, fragt man sich: Was hat das mit der Realität zu tun?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eine ganze Menge! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr viel!)

Er zeigt vor allem zweierlei. Erstens haben Sie, Herr Rülke, nicht verstanden, was in unserer Verfassung in Bezug auf den Finanzausgleich steht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber Sie!)

Sie haben es nicht verstanden, oder Sie tun so, als hätten Sie es nicht verstanden.

Zweitens schüren Sie eine reine Neiddebatte. Herr Kollege Herrmann hat am Anfang seiner Rede sehr sachlich dargestellt, dass die Ausgabenpolitik nichts, aber auch gar nichts mit dem Länderfinanzausgleich zu tun hat,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber das Geld bekommen sie trotzdem! Das Geld haben sie!)

weil es sich um einen reinen Einnahmeausgleich handelt.

(Muhnterem Aras)

Was wollen Sie damit bezwecken? Sie versuchen, sich hier als der große Spärer und Interessenvertreter unseres Landes aufzuspielen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weil wir die Interessen des Landes vertreten und nicht die Berlins!)

und lenken den Blick auf zwei gescheiterte Großprojekte in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Rülke, Sie müssen gar nicht in andere Bundesländer reisen. Bleiben Sie in unserem Land,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja was denn?)

und schauen Sie einmal auf Ihre eigene Regierungszeit zurück.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau!)

Dann werden wir einmal sehen, was herauskommt.

Stichwort „Rückkauf der EnBW-Anteile“: Wer hat dazu beigetragen,

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt kommt diese Platte! Länderfinanzausgleich!)

dass diesem Land ein Schaden von über 800 Millionen € entstanden ist? Die FDP/DVP.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lauter Behauptungen! – Zuruf von der CDU: Erzählen Sie doch keinen Quatsch!)

Die FDP/DVP war maßgeblich daran beteiligt, dass der Alleingang von Mappus durchgehen konnte. Sie haben das durchgewunken.

Zum Thema Bekenntnis – beim Tagesordnungspunkt 1 ging es darum, dass sich Migranten zu diesem Land bekennen sollen –: Wo ist denn Ihr Bekenntnis zur Verfassung und zu unseren Organen? Ihr Fraktionskollege Goll war damals Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident. Was hat er im Untersuchungsausschuss ausgeführt? Ihm waren die rechtlichen Zweifel klar bewusst, aber er hat als Jurist und als Justizminister geschwiegen, weil er dachte, es sei zu spät, im Kabinett zu diesem Zeitpunkt noch grundsätzliche Debatten zu führen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hat das mit dem Länderfinanzausgleich zu tun?)

Das ist verantwortungslos und ist kein Bekenntnis zur Verfassung dieses Landes.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Tagesordnung lesen!)

– Es geht um das Verbrennen von Geld. Lieber Kollege Rülke, Sie haben das Thema gewählt. Das ist das, was geschehen ist: Wir haben 800 Millionen € zu viel bezahlt, weil man die Bewertung und Sonstiges nicht gemacht hat. Das ist Beihilfe

zur Geldverbrennung. Das ist wirklich eine Beihilfe zur Geldverbrennung.

(Beifall bei den Grünen)

Sie saßen mit Herrn Mappus in einem Boot und hatten eine Verantwortung, der Sie nicht gerecht geworden sind.

Ich sage Ihnen noch einmal – mit Bezeichnungen wie „Geldverbrennung“ und diesem Vokabular sollte man vorsichtiger umgehen –: Wenn Sie schon so sprechen, dann bleiben Sie beim Thema Geldverbrennung bei Ihrer eigenen Fraktion und kehren Sie vor der Haustür der eigenen Fraktion.

(Beifall bei den Grünen)

Nun zum Länderfinanzausgleich: Es ist ausgeführt worden, dass der Länderfinanzausgleich ein reiner Einnahmeausgleich ist. Das heißt, ob in Berlin der Flughafen gebaut wird, ob dort die Kitas kostenlos besucht werden können oder alle kostenlos mit dem ÖPNV fahren können, hat gar nichts damit zu tun.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Leider!)

Wir müssen genau die gleichen Beträge zahlen, egal, ob der Berliner Flughafen gebaut wird oder nicht, ob alle kostenlos fahren können oder nicht. An unserer Zahlungsverpflichtung ändert das rein gar nichts. Ich erwarte von einem Abgeordneten, der schon seit Jahren diesem Haus angehört, dass so viel Verfassungskennntnis vorhanden ist. Wenn nicht, wäre es peinlich. Denn Sie führen damit nur populistische Neiddebatten, die uns nicht weiterbringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Richtig ist: Auch wir wollen dieses System verändern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dann machen Sie es doch!)

Herr Kollege Herrmann hat ja – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was unternehmen Sie? Nichts! Null! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt hört ihr doch einmal zu!)

– Erst einmal zuhören! – Dieser Finanzausgleich wurde im Jahr 2001 von allen Ländern gemeinsam einstimmig verabschiedet.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie waren doch mit dabei. Haben Sie damals dagegen gestimmt? Das jetzige System des Finanzausgleichs gilt zunächst bis zum Jahr 2019. Jetzt geht es darum, zu versuchen, in diesem Zeitraum bis zum Jahr 2019 eine vernünftige Regelung zu finden,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was unternehmen Sie denn?)

indem wir ein Konzept – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was unternehmen Sie denn?)

– Es wäre schön, wenn Sie zuhören würden und ich ausreden dürfte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie erzählen ja immer nur von der Vergangenheit! – Gegenrufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Frau Abg. Aras, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wir haben ein Interesse daran, dass wir von einem rein einnahmeorientierten Ausgleich wegkommen. Auch wir möchten Anreize schaffen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wann?)

Das ist unser Ziel. Jetzt geht es darum, im Zeitraum bis 2019 zu verhandeln. Wir müssen jetzt vehement damit beginnen, zu solchen Verhandlungen zu kommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ah ja!)

Wir müssen die anderen Länder dafür gewinnen, und zwar die Länder beider Seiten, also die Nehmerländer wie auch die Geberländer. Dann ist die Chance größer, dass wir im Wege der Verhandlungen weiterkommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wann fangen Sie an?)

Wir müssen diese Zeit nutzen, um gemeinsam ein gutes Konzept zu entwickeln,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

das das gesamte innerstaatliche Finanzsystem neu regelt und mehr Anreize und mehr Gerechtigkeit schafft. Um all diese Punkte geht es.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und wann geht es los?)

Dafür laufen bereits Verhandlungen und Gespräche. Die Regierungsseite wird sicher sagen, wie weit sie ist. Aber auch Sie wissen: Bei den Verhandlungen geht es um einen sehr komplexen Sachverhalt, und eine Regelung ist nicht sofort möglich. Man braucht mindestens vier oder fünf Jahre. Wenn man wirklich die Landesinteressen ernst nimmt und sich zur Verfassung dieses Landes bekennt, dann muss man auch ein Interesse daran haben, Verhandlungen seriös und konstruktiv zu führen und weg von Bierzelten und Wahlkampfzeiten zu kommen. Dafür ist das Thema zu wichtig. Wir haben Verantwortung für Baden-Württemberg, wir sind baden-württembergische Abgeordnete. Aber das Grundgesetz gilt natürlich auch hier, und darin ist der Finanzausgleich geregelt. Es gilt, da und dort eine vernünftige Regelung zu finden.

Noch eine letzte Bemerkung zur Klage. Es ist sehr nett, Herr Herrmann, wenn Sie meinen, das Bundesverfassungsgericht würde sich beeindruckt lassen, wenn auf einmal drei „starke Jungs“ auftreten. Welches Verständnis haben Sie denn vom Bundesverfassungsgericht? Sie wissen doch genau, nach welchen Kriterien, wie objektiv und genau dort Urteile gefällt werden – zum Glück –, dass das nichts mit Muskelkraft zu tun hat und nichts damit zu tun hat, wie viele sich zusammentun. In welcher Welt leben Sie denn? Sie wissen, dass eine Klage auch Risiken birgt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie wissen, dass die Kommunen in Baden-Württemberg eine stärkere Finanzkraft haben als die Kommunen in Bayern und Hessen. Sie wissen auch genau, dass es durchaus sein kann, dass wir, wenn man die Finanzkraft der Kommunen stärker

berücksichtigen würde, als dies jetzt der Fall ist, mehr bezahlen würden als heute. Dann hätten wir nicht einmal die Chance gehabt, zu verhandeln. Deshalb: Lieber vorher konstruktiv und richtig verhandeln, damit wir das Beste für unser Land herausholen. Wenn gar nichts geht: Spätestens nach dem Jahr 2019 entfällt der jetzt geltende Länderfinanzausgleich sowieso, und dann muss man ohnedies eine neue Regelung treffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg zahlte im Jahr 2012 2,6 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich, Bayern zahlte 3,9 Milliarden €, Hessen zahlte 1,9 Milliarden €, und Berlin bekommt 3,3 Milliarden €. Das ist eine tolle Story

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

für populistische, von der FDP/DVP beantragte Aktuelle Debatten sowie den Landtagswahlkampf in Bayern und in Hessen.

Wir sollten einmal festhalten: Die derzeitige Regelung des Länderfinanzausgleichs wurde im Land von Schwarz-Gelb unter Ministerpräsident Teufel ausgehandelt und als Erfolg verkauft. Jetzt wollen die, die für das derzeitige System verantwortlich zeichnen, gegen ihr eigenes Gesetz klagen. Das ist schon bemerkenswert.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau! Das ist per-vers!)

Trotzdem, meine Damen und Herren: Zweifellos ist der Länderfinanzausgleich reformbedürftig. Er bietet keine ausreichenden Anreize zur Stärkung der eigenen Steuereinnahmen. Herr Herrmann, wir sind mit Ihnen einig: Der Solidaritätsgedanke unter den Ländern wird überstrapaziert, und im Fall Berlin wird der Länderfinanzausgleich immer mehr zu einem Bedarfsausgleich für die Bundeshauptstadt.

Ich meine aber, der richtige Schritt, um diese Probleme und diese Missverhältnisse in den Finanzbeziehungen zu beseitigen, sind Verhandlungen. Es ist auch etwas geschehen, Herr Rülke. Die Ministerpräsidenten haben sich auf einer Konferenz in Thüringen auf einen gemeinsamen Vorstoß zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geeinigt. Olaf Scholz, der Erste Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, ist Verhandlungsführer. Er hat den Auftrag, einen Fahrplan für Gespräche vorzulegen und eine Liste von Themen aufzustellen. Der Ministerpräsident wird nachher von kompetenter Seite sicherlich einiges dazu erklären.

Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich ist riskant. Ich gebe da meiner Kollegin, Frau Aras, recht. Namhafte Rechtsprofessoren halten die Erfolgsaussichten für relativ gering – ich beziehe mich auf Professor Ulrich Häde – oder warnen sogar vor einer Klage, wie etwa der Wirtschaftsweisen Professor Feld.

(Klaus Maier)

Das erste große Risiko liegt bei der Berücksichtigung der kommunalen Finanzkraft. Wird die kommunale Finanzkraft stärker einbezogen als bisher – nach der letzten Klage wurde dieser Anteil schon von 50 % auf 64 % erhöht –, bedeutet das für Baden-Württemberg ein großes Risiko und Zusatzzahlungen von großem Ausmaß.

Der Länderfinanzausgleich ist nur ein Teil unseres Finanzausgleichsystems. Er funktioniert horizontal zwischen den Ländern. Man kann genau ablesen, welches Land zahlt und welches Land etwas bekommt, und macht daraus natürlich ein großes Politikum. Bei der Umsatzsteuer wurde es aber ganz still. Sie wird vertikal verteilt. Viel mehr Milliarden Euro gehen hier zum Bund und vom Bund wieder zurück zu den Ländern.

Wenn man sich die Sache einmal genau anschaut, sieht man, dass die Umsatzsteuer eine extrem hohe Verteilungswirkung hat. Wenn man die gesamten Finanzausgleichsströme in den Blick nimmt, sind Baden-Württemberg, Bayern und Hessen dabei, aber mit relativ großen Strömen ist auch Nordrhein-Westfalen dabei, ebenso wie Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Man muss also aufpassen, dass, wenn all diese Finanzströme gegeneinander aufgerechnet werden, Baden-Württemberg bei einer Klage nicht den Kürzeren zieht.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Es ist auch nicht ausgemacht, dass man mit einer Klage schneller ans Ziel kommt. Das letzte Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich stammt aus dem Jahr 1999. Es gab kleine Änderungen zugunsten und zuungunsten der Geberländer. Das Gericht legte damals einen Zeitrahmen bis 2004 fest, innerhalb dessen seine Anforderungen in Gesetzesform zu gießen waren. 2005, also sechs Jahre später, war dann die Föderalismuskommission II so weit und hat die neuen Regelungen, die heute gelten, beschlossen.

Wenn wir jetzt eine Klage einreichen würden, sähe ich keinen zeitlichen Vorteil. Das Bundesverfassungsgericht wird kein Diktat machen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Woher wissen Sie das?)

Es wird die Regelungen nur im Rahmen von Leitplanken festlegen. Man würde also nach wie vor verhandeln müssen. Ich glaube, es wäre falsch, diejenigen, die wir für diese Verhandlungen brauchen, vor den Kopf zu stoßen und hier mit einer Klage und mit unzähligen Debatten schlechte Stimmung zu machen.

Zum Schluss möchte ich auch noch einmal unterstreichen: Es handelt sich beim Länderfinanzausgleich um einen Einnahmeausgleich. Die unterschiedliche Steuerkraft innerhalb der Bundesrepublik soll damit ausgeglichen werden. Einen Zusammenhang mit dem Nürburgring oder dem Berliner Flughafen herzustellen, wie es im Titel der Aktuellen Debatte wieder einmal gemacht wird, ist völlig daneben. Das ist populistisch und zeugt von Unkenntnis dieser schwierigen Materie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Willkommensgruß dem Marschall der Woiwodschaft Lodz, Herrn Witold Stepień, der mit einer Delegation dem Land Baden-Württemberg vom 22. bis zum 25. Januar einen Besuch abstattet.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wie Sie wissen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, hat der Ausschuss für Europa und Internationales beschlossen, eine Partnerschaft mit einer Region Polens anzustreben. Auf Einladung der Landesregierung sind nun unsere Partner aus der Region Lodz in Baden-Württemberg, um weitere Gespräche zu führen.

Dem Anliegen, Menschen aus Lodz und aus Baden-Württemberg einander näherzubringen, trägt der Landtag mit einer Ausstellung Rechnung, die in der Mittagspause in der Eingangshalle des Landtagsgebäudes eröffnet wird. Hierzu sind Sie alle eingeladen.

Sehr geehrter Herr Marschall Stepień, ich wünsche Ihnen und den Mitgliedern Ihrer Delegation weiterhin einen angenehmen Aufenthalt in unserem Bundesland und vor allem interessante und erfolgreiche Begegnungen und Gespräche Ihrer Delegation mit der Landesregierung.

Noch einmal herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe das System des Länderfinanzausgleichs im vergangenen Jahr als bescheuert bezeichnet. Das war vielleicht nicht gerade eine feine Wortwahl,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber zutreffend! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die war richtig!)

aber in der Sache fühle ich mich durch die veröffentlichten Zahlen zum Länderfinanzausgleich bestätigt. Das gegenwärtige System setzt falsche Impulse, und das komplizierte Ineinandergreifen dieser kaum noch zu verstehenden Mechanismen treibt wirklich nicht mehr nachvollziehbare Blüten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Unsere Finanzkraft ist gestiegen. Wir haben 11 % mehr Steuern eingenommen. Darauf sind wir stolz, und wir sind froh darüber. Aber das geht nicht nur uns so. Berlin, das mit Abstand größte Nehmerland, hat ebenfalls einen Zuwachs – um 7,9 % – zu verzeichnen,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Hessen, der drittgrößte Zahler, dagegen nur um 2,2 %, und dennoch bekommt Berlin 280 Millionen € mehr als im Vorjahr.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bescheuert!)

Hamburg, meine Damen und Herren, ist mit Abstand das finanzstärkste Land der Bundesrepublik. Pro Kopf erwirtschaften die Hamburger und Hamburgerinnen 2 134 € an Steuereinnahmen. Bei uns sind es 1 223 €. Hamburg liegt bei den

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Umsatzsteuereinnahmen bei 149 % des Bundesdurchschnitts, wir liegen bei 121 %.

(Zuruf des Abg. Konrad Epple CDU)

Der Unterschied ist nur: Wir haben 2012 fast 2,7 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt – das sind über 900 Millionen € mehr als im Jahr davor –, Hamburg hat erstmals etwas aus dem Länderfinanzausgleich bekommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bescheuert!)

Das reiche und finanzstarke Hamburg ist zum Nehmerland geworden. Da kann etwas nicht stimmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich stelle – das will ich hier ganz deutlich sagen; das gilt für die gesamte Landesregierung – das System des solidarischen Ausgleichs unterschiedlicher Wirtschaftsstärke und damit unterschiedlicher Einnahmestärke nicht grundsätzlich infrage.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir verteilen die Steuern, die wir – der Bund und die Länder – einnehmen, auf unterschiedlichen Ebenen. Auch den Ausgleich der Finanzkraft mit dem Länderfinanzausgleich stelle ich nicht grundsätzlich infrage. Die finanzstarken Länder müssen mit den finanzschwachen solidarisch sein. Es darf aber nicht sein, dass immer weniger Länder immer mehr bezahlen, und dies auch noch für so starke Länder wie Hamburg. Das heißt, das System der Zahlerländer muss irgendwo auch eine Grenze definieren, an der Schluss ist. Deswegen haben auch die Geberländer einen Vorschlag eingebracht, das Ganze zu deckeln. Ich denke, es muss irgendwann einmal auch einen gewissen Schutz für die Zahler geben. Das heißt, der Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Form ist ungerecht und verteilt falsch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht schwätzen, machen!)

Nur, meine Damen und Herren von der Opposition: Die Landesregierung Baden-Württembergs kann das nicht allein ändern.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das wissen wir doch! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb können wir nur mit Bayern und Hessen zusammen vorgehen! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Das haben Sie offensichtlich nicht begriffen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Sie haben beim Haushalt 100 Millionen € weniger für den Länderfinanzausgleich beantragt. Wie soll ich das interpretieren? Ist das jetzt ein Akt des zivilen Ungehorsams der CDU, oder wie stellen Sie sich das eigentlich vor?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Klaus Herrmann CDU)

Meine Damen und Herren, man sollte, wenn Sie so etwas machen, nicht glauben, dass Sie einmal 58 Jahre regiert haben.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Rülke, ich sage es Ihnen jetzt zum dritten Mal: Der Länderfinanzausgleich ist ein Einnahmeausgleich.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und das ist ein Fehler!)

Was die anderen Länder mit den Geldern machen, ob sie dafür Kindergartengebühren abschaffen, Nürburgring bauen oder keine Flughäfen zustande bringen, ändert daran gar nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist ein Riesenfehler!)

Das ist einfach eine Tatsache. Das liegt in der Haushaltsautonomie der Länder. Weil dieser Ausgleich ein reiner Einnahmeausgleich ist, halte ich ihn für falsch und müssen wir ihn ändern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau! Das ist falsch!)

Aber es gibt keinen Knopf, den ich drücken kann, damit es sich dann ändert.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wenn es einen solchen Knopf gäbe, wäre zu fragen, warum Sie ihn nicht gedrückt haben.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Den Länderfinanzausgleich haben doch Sie verhandelt und nicht wir. Warum haben Sie den Knopf nicht gedrückt? Der Länderfinanzausgleich ist doch nicht erst seit dem Zeitpunkt ungerecht, zu dem wir an die Regierung gekommen sind.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Warum haben Sie nicht geklagt, sondern –

(Abg. Winfried Mack CDU: Keine Polemik!)

– Das ist überhaupt keine Polemik. Das sind nackte Tatsachen, Herr Mack.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist nicht unser Länderfinanzausgleich.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist absolut billig! Sagen Sie einmal etwas zur Strategie!)

Nicht wir, sondern Sie haben ihn verhandelt. Das ist eine Tatsache und keine billige Polemik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Erzählen Sie irgendwann, was Sie vorhaben!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Meine Damen und Herren, ich habe einen solchen Knopf nicht. Ich frage auch: Warum haben Sie denn nicht geklagt?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir wollen einmal wissen, was Sie machen! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie werden gute Gründe gehabt haben, dass Sie nicht geklagt haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Dass Sie solche Vereinbarungen unter Vertrauensschutz stellen, was die Gutachten betrifft – wir haben nämlich keines in Auftrag gegeben, sondern Sie –, und ich hier nicht einmal sagen darf, was in dem Begleitschreiben steht, das ist Ihre Politik. Aber Sie hatten gute Gründe. Das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Tun Sie doch nicht so aufgeregt! Moralisieren Sie nicht so!)

Auf so etwas werde ich mich nicht mehr einlassen. Mit dieser Geheimhaltungspolitik machen wir jedenfalls Schluss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, das merkt man! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje! Anspruch und Wirklichkeit gehen weit auseinander! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Ich kann Ihnen jedenfalls so viel sagen – darauf werde ich nachher noch einmal zurückkommen –: Die Risiken einer Klage sind erheblich. Deswegen bin ich mir mit den Kollegen Bouffier und Seehofer einig. Wenn Sie die Presse gelesen haben, wissen Sie, dass ich gestern eigentlich vorhatte, mich mit ihnen zu treffen. Das Treffen ist wegen der Witterungsverhältnisse nicht zustande gekommen. Sie können also wirklich beruhigt sein. Ich bin da mit den Kollegen Seehofer und Bouffier ständig im Gespräch.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Mehr Gas geben!)

Ich bin mit ihnen darüber einig, dass wir das Ganze ändern müssen. Aber ich kann das nicht erzwingen.

Als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg ist es meine Aufgabe, die Interessen dieses Landes zu vertreten, das heißt, zu einem gerechten und transparenten Verteilungssystem zu kommen. Das ist meine Aufgabe, und diese habe ich wahrgenommen.

Das geht am besten, wenn sich alle an den Verhandlungstisch setzen. Diese Verhandlungen werden angesichts der unterschiedlichen Interessenlagen nicht einfach. Deswegen bin ich der Meinung, dass es richtig ist, jetzt zu verhandeln und nicht irgendwann. Denn 2019 läuft das jetzige System des Länderfinanzausgleichs ohnehin aus, und bis dahin muss etwas Neues verhandelt sein.

Deswegen habe ich bereits im Herbst 2011 im Kreise meiner Ministerpräsidentenkollegen die Initiative ergriffen und für frühzeitige Verhandlungen geworben. Ich war mir mit den Kollegen aus Bayern und Hessen einig, dass wir im Prinzip

ein großes Rad drehen sollten. Das heißt, wir sollten nicht nur den Länderfinanzausgleich im engeren Sinn, sondern die Finanzbeziehungen insgesamt auf den Prüfstand stellen und neu regeln.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben uns im Oktober 2012 in Weimar auf einen Fahrplan für einen Verhandlungsweg verständigt. Der erste Schritt erfolgt im Sommer dieses Jahres. Bis dahin wird die Finanzministerkonferenz eine Bestandsaufnahme vorlegen und die entscheidenden finanzbezogenen Fragestellungen formulieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: So bringen Sie die Legislaturperiode auch noch herum!)

Ende 2013 soll das Meinungsbild der Finanzminister beraten und das Gespräch mit dem Bund gesucht werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zweite Sitzung im Juni 2016!)

Das ist das im Kreis der Länder vereinbarte Verfahren.

Warum sollte ich diesen Prozess, den ich selbst angestoßen habe, nun plötzlich beenden? Warum soll ich eine Vereinbarung brechen, die ich selbst herbeigeführt habe und die ich für sinnvoll halte? Warum? Verhandeln müssen wir nämlich sowieso. Das müssen Sie einfach einmal realisieren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Abg. Peter Hauk CDU: Nicht zwingend! Das weiß man nicht!)

Auch wenn wir klagen würden und mit der Klage Erfolg hätten, würde das Bundesverfassungsgericht, wie beim letzten Mal auch, den Verhandlungsauftrag an die Länder zurückgeben. Also müssen wir ohnehin auf jeden Fall verhandeln.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber dann mit besserer Position!)

Aber das Bundesverfassungsgericht, Herr Kollege Herrmann, kann doch immer nur den Länderfinanzausgleich im engeren Sinn korrigieren. Das Bundesverfassungsgericht kann keine neuen Ausgleichssysteme in den Bund-Länder-Beziehungen generieren. Das kann nur der Gesetzgeber selbst.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU: Ja! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Stimmt alles! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das könnte Ihre Position in den Verhandlungen stärken, Herr Kollege!)

Wenn wir insgesamt die vertikalen und horizontalen Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu ordnen wollen – dem stimmen Sie offensichtlich zu –, dann können wir das immer nur selbst. Da muss die Politik zeigen, dass sie die Gestaltungskraft hat, das auch zu tun. Da bin ich nun wirklich seit über einem Jahr dran. Ich weiß gar nicht, was Sie mir da vorzuwerfen haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Zeitspiel!)

– Nein. Das ist einfach Unsinn. Das geht nun einmal wegen der unterschiedlichen Interessenlagen nicht schnell. Da sto-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

ßen sich die Interessen hart im Raum. Ich weiß, dass man viele Jahre brauchen wird, um da etwas Vernünftiges zu verhandeln.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jeder Tag kostet Geld!)

Nehmen wir einmal an, wir würden vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Glauben Sie, dass eine Klage die Kompromissbereitschaft der anderen Länder steigert?

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Das glauben Sie doch wohl nicht im Ernst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Doch!)

Wenn man verhandeln will, kann man nicht einfach klagen. Es war auch klar, dass einige Ministerpräsidenten – ganz egal, aus welchem Lager sie kommen – gesagt haben, dass sie die Verhandlungen sofort einstellen, wenn geklagt wird. Es spricht ja auch etwas dafür. Dann wartet man halt ab, was das Bundesverfassungsgericht sagt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Eben!)

Also behindert die Klage schnelle Verhandlungserfolge.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann ist doch Ihr Fahrplan hinfällig!)

Deswegen kann ich nur sagen, dass ich ein solches Klageverfahren für absolut verfrüht halte.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Vielmehr verfahren wir so, dass die Vorarbeiten von der Finanzministerkonferenz gemacht werden, und dann ist, glaube ich, nach der Bundestagswahl der richtige Zeitpunkt, um das wirklich zu beraten und in echte Verhandlungen zu gehen, eine entsprechende Kommission – bisher hatten wir schon zwei – ins Leben zu rufen, um das dann durchzuverhandeln. Das ist der richtige und vernünftige Weg, und den gehen wir auch.

Das, was Sie wollen, kann ich nicht machen. Ich habe keinen Knopf, um das zu erzwingen. Sie hatten ihn auch nicht; darum haben Sie es auch nicht gemacht. So einfach ist die Welt.

Jetzt gehe ich einmal auf die Klagerisiken ein. Sie erwecken den Eindruck, als führe eine Klage automatisch zu einem Klageerfolg. Woher wissen Sie das eigentlich? Was spricht denn dafür?

(Abg. Peter Hauk CDU: Wer sagt denn das? Aber es ist alles besser, als nichts zu tun! – Zuruf des Abg. Heribert Rech CDU)

Bislang wird die Finanzkraft der Kommunen nur zu 64 % im Länderfinanzausgleich berücksichtigt. Das ist einer der Schwachpunkte des Maßstäbengesetzes, der, wie wir wissen, bei einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts unweigerlich eine gewichtige Rolle spielen wird. Wir wissen, wie schlecht der Zustand vieler Kommunen ist, wenn auch Gott sei Dank nicht in unserem Land, sondern in anderen Ländern.

Das wird das Bundesverfassungsgericht mit Sicherheit berücksichtigen.

Wenn das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil die Finanzkraft der Kommunen stärker mit einbezieht, dann kann der Schuss für uns nach hinten losgehen. Das müssen einfach alle wissen. Wir müssen da verantwortungsvoll abwägen. Auch das spricht dafür, dass man verhandelt, bevor man klagt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Winfried Mack und Konrad Epple CDU)

Wir befinden uns mit den anderen Geberländern im Gespräch. Es sind schwierige Fragen zu klären. Eine Frage lautet: Wer kann in den Verhandlungen eine Brückenfunktion einnehmen? Gut verhandeln kann man nur in einem guten Verhandlungsklima. Damit muss man sehr verantwortlich umgehen, da wir eine sehr differenzierte Interessenlage haben. Deswegen schließen wir eine Klage in der Tat nicht aus.

Selbstverständlich müssen wir nach der Bundestagswahl, wenn die Vorarbeiten gemacht sind, wenn klar ist, worüber verhandelt wird und was alles in das System der Ausgleichsbeziehungen einbezogen und was nicht einbezogen werden soll – darüber gibt es massive Differenzen –, darüber entscheiden.

Mir ist bewusst: Wenn Bayern und Hessen klagen, dann bestehen die Risiken, die ich genannt habe. Aber die Frage, ob wir selbst klagen, ob wir einer Klage beitreten oder ob wir eine qualifizierte Stellungnahme abgeben können – für das Bundesverfassungsgericht hat das in der Sache selbstverständlich dieselbe Wirkung, da es nach materiellen Gesichtspunkten und nicht nach der Anzahl der Kläger entscheidet –, gehört zu den Entscheidungsmöglichkeiten, die wir alle besprechen können. Sie können sicher sein, dass ich zusammen mit dem Finanzminister die Interessen des Landes Baden-Württemberg wahrnehme und alles dafür tue, dass wir zu einem neuen Ausgleichssystem kommen.

Was allerdings fehlt, sind Ihre Vorschläge; Vorschläge habe ich von Ihnen nicht gehört. Ich habe einen Vorschlag von Herrn Kollegen Herrmann gehört, der sehr überlegenswert ist, nämlich die Hauptstadtaufgaben von Berlin besonders zu berücksichtigen. Das ist sicher notwendig. Das beispielsweise ist ein guter Vorschlag.

Ich habe andere Vorschläge gemacht, z. B. die Überlegung eingebracht, ob wir nicht von einem horizontalen zu einem rein vertikalen Finanzausgleichssystem kommen sollten, wie es in anderen Staaten besteht. Bei einer Reise nach Kanada, die der Finanzausschuss vor einigen Jahren gemacht hat, haben wir das eruiert. Eine solche Umstellung wäre eine Möglichkeit. Die Grünen-Fraktionsvorsitzendenkonferenz hat auch einen Vorschlag eingebracht. Nur von Ihnen, der Opposition, fehlen die Vorschläge.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann haben Sie vorhin nicht zugehört!)

Mit Ausnahme der Kollegen Seehofer und Bouffier sehe ich nicht, dass Sie Vorschläge eingebracht haben, wie Sie sich den Ausgleich vorstellen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann haben Sie vorhin nicht zugehört!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Man muss ein umfassendes Konzept vorlegen, das verhandlungsfähig ist. Das vermisse ich. Alles andere führt bestenfalls dazu, dass es vielleicht gewisse Korrekturen am jetzigen Ausgleichssystem gibt. Aber es wird damit nicht transparenter, nicht besser und nicht anreizfreundlicher. Man kann so nur die schlechten Punkte etwas korrigieren. Das ist uns zu wenig.

Darum beschreiten wir den Verhandlungsweg. Wir halten erst einmal ganz entschieden an ihm fest. Nur dann, wenn sich herausstellt, dass sich die Nehmerländer nach den Vorarbeiten tatsächlich weigern, in ernsthafte Verhandlungen zu gehen, werden wir eine Klage in Erwägung ziehen – aber erst nach einer gründlichen Abwägung der Risiken.

Ich hoffe, ich habe einiges zur Klärung beitragen können.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzendem Hauk das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, Sie sind jetzt nahezu zwei Jahre im Amt. Die sozialdemokratische Fraktion hat in der vorherigen Legislaturperiode noch angekündigt und dafür gestimmt, dass, sollten Verhandlungen und Gespräche nicht zu Erfolgen führen, geklagt wird. Ich glaube, nach zwei Jahren ohne Ergebnis, ja sogar, ohne ernsthaft Verhandlungen aufgenommen zu haben, ist es jetzt an der Zeit, Zeichen zu setzen. Wann, wenn nicht jetzt?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, passiert denn jetzt – nach Kamingesprächen und immerhin Vereinbarungen über einen Fahrplan – tatsächlich etwas? Gibt es denn von der Landesregierung einen Entwurf für eine Konzeption? Haben Sie denn schon Vorschläge gemacht? Haben Sie sich einmal überlegt, wie das Bundeshauptstadtproblem – Berlin ist objektiv ein Problem; das ist überhaupt kein Thema – im Zweifelsfall auch mit Einbeziehung des Bundes zu lösen wäre?

Es gibt einen Vorschlag aller finanzpolitischen Sprecher der Union in den Landesparlamenten. Darüber kann man diskutieren. Ich kenne bisher nur einen Vorschlag, den die grüne Fraktion eingebracht hat. Dieser Vorschlag sieht so aus, dass wir am Ende deutlich mehr zahlen, und zu einer Veränderung des ungerechten Systems, das Sie richtig analysiert haben, passiert gar nichts. Meine Damen und Herren, das ist doch keine Konzeption. Das ist eine Konzeptionslosigkeit dieser Regierung.

Meine Damen und Herren, die Regierung und Sie wurden gewählt, um zu handeln. Sie dürfen gern die Opposition um Rat fragen. Ich sichere Ihnen zu, Sie erhalten von uns auch konkrete Vorschläge.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wir haben das ja bei den Haushaltsberatungen gesehen!)

Das ist überhaupt kein Thema.

Beziehen Sie doch den Bund mit ein. Das ist ja nicht nur eine Frage der Länder, sondern auch eine Frage des Bundes. Wie waren denn die Gespräche mit dem Bund bisher in dieser Frage?

Berlin ist ein Thema. 40 % des Ausgleichs fließen allein in das Bundesland Berlin. Das hat auch etwas damit zu tun, dass die Bundeshauptstadt Hauptstadtaufgaben zu erledigen hat, die ungenügend – nicht überhaupt nicht, aber nur ungenügend – vom Bund wahrgenommen werden.

Sie haben das alles richtig analysiert. Sie sagten dann, eine Klage sei riskant. Natürlich, eine Klage ist immer riskant. Da weiß man nie, was am Ende herauskommt, weil ja nicht Sie entscheiden und nicht wir entscheiden. Aber wahr ist doch: Wer wiederholt Klagen führt – ich erinnere an das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag –, hat im Zweifelsfall auch wiederholt Erfolg. Das Bundesverfassungsgericht hat schon einmal zum Länderfinanzausgleich klar geurteilt und klare Maßstäbe gesetzt; das ist das eine. Aber es gab dabei auch Ergebnisse. Dass das Bundesverfassungsgericht es damals den Ländern überantwortet hat, das Maßstäbengesetz auszuhandeln, war unter Umständen ein Fehler, in der Retrospektive betrachtet. Ich vermag nicht zu erkennen, warum das Bundesverfassungsgericht im Zweifelsfall nicht auch in der Ausrichtung enger urteilen und Maßstäbe selbst vorgeben soll. Diese Möglichkeit besteht genauso.

Es gibt also nicht nur, Herr Ministerpräsident, ein Risiko einer Klage. Es gibt auch die Chance einer Klage,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und wir erwarten, dass Sie die Chance ergreifen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, geklagt wird sowieso. Unabhängig davon, ob wir uns anschließen oder nicht: Die Klage wird geführt werden. Glauben Sie, es hilft der Position der Geberländer, deren Zahl jetzt auf drei abgeschmolzen ist, wenn eines der Geberländer ausschert, unter Umständen auch mit Modifikationen nicht die Klageerhebung betreibt? Dort hätten Sie die Möglichkeit, Ihre Vorstellungen mit einzubringen. Glauben Sie, es hilft den drei Geberländern, wenn Baden-Württemberg ausschert, wenn geklagt wird? Wenn sich Baden-Württemberg beteiligt, haben wir die Chance, zumindest die Klageerhebung und das, was in der Klageschrift steht, zu beeinflussen.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine Frage der Solidarität der Geberländer. Vielmehr ist es auch die Frage, ob sich die baden-württembergische Regierung mit ihren Steuerzahlern solidarisch erklärt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Denn unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten nach zwei Jahren grün-roter Regierung zu Recht, dass an dieser Baustelle etwas passiert. Deshalb haben wir nicht nur ein Ausgabenproblem – das heißt, Sie haben ein Ausgabenproblem, weil Sie es nicht schaffen, mit den zur Verfügung stehenden Steuereinnahmen zurechtzukommen –,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was?)

(Peter Hauk)

sondern wir haben auch ein Einnahmeproblem, und zwar in der Frage des Länderfinanzausgleichs. An dieser Baustelle müssen Sie deutlich und energischer arbeiten, auch Ihr Finanzminister. In allererster Linie ist er gefordert. Man kann nur sagen: Konzeptionslosigkeit, keine Konzepte – absolute Fehl-anzeige.

(Zuruf von den Grünen: Ja, ja!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum durchbrechen wir dieses System nicht generell und wählen nicht einmal einen ganz anderen Ansatz, einen Ansatz, den wir auf europäischer Ebene haben? Ich meine den Ansatz, Hilfen an Sanktionen zu knüpfen, nicht an konkrete Sanktionen – Stichworte Nürburgring und Berliner Flughafen –, aber beispielsweise an Sanktionen der Haushaltskonsolidierung. Warum tun wir das nicht? Das wäre ein ganz anderer systemischer Ansatz. Er widerspricht dem Grundgedanken des Grundgesetzes nicht.

Wenn es um Europa geht, sind Sie sehr wohl bereit, weitere und zusätzliche Forderungen zu stellen, und zwar zu Recht. Da sind wir uns alle einig: Wir geben nicht, ohne dass sich an den Baustellen in diesen Ländern in der Frage der Haushaltskonsolidierung etwas verändert, damit die Hilfe nicht zur bodenlosen Hilfe wird, damit die Hilfe letztendlich wirklich eine Hilfe zur Selbsthilfe wird.

Gerade jüngst haben Sie, wie ich meine, zu Recht gefordert, die Diskussion über eine Transaktionssteuer auf Zypern zu erweitern, und die Zyprioten aufgefordert, sich an dem Verbund der europäischen Nationen, die eine Transaktionssteuer einführen wollen – ich glaube, es sind elf Staaten – zu beteiligen und dort nicht auszuscheren. Dies geschah vollkommen zu Recht. Dort sind Sie bereit, Sanktionierungen vorzunehmen – hier sind Sie dazu nicht bereit, unter Umständen mit diesem Instrument zu arbeiten.

Was in Europa richtig ist und über alle Parteien als richtig anerkannt wird, meine Damen und Herren, das kann in Deutschland nicht falsch sein. Denn wahr ist: Wir haben doch auch hier griechische Verhältnisse. Wir haben doch auch hier Länder,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die nicht mit Geld umgehen können!)

die in der Frage der Haushaltskonsolidierung – –

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Aber es ist wahr. – Wir haben hier Länder, die schlichtweg nicht einen Konsolidierungspfad beschreiten wollen. Wir müssten doch ein Interesse daran haben, dass die Schuldenbremse nicht nur in Europa, sondern in allererster Linie auch in Deutschland funktioniert, und wir müssten zumindest in diesem Bereich einen Anreiz setzen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir fordern Sie deshalb auf, umgehend ein Konzept vorzulegen, eine Verhandlungsgrundlage zu schaffen und nicht nur von Verhandlungen zu sprechen. Ein Konzept vorzulegen ist Ihre Aufgabe, die Aufgabe der Re-

gierung, und nicht die Aufgabe der Opposition. Sie haben es hier vorzulegen. Wir erwarten die zügige Vorlage eines Konzepts, über das man diskutieren kann, über das man streiten kann, das zumindest eine Verhandlungsgrundlage ist. Wenn dieses Konzept vorliegt – das sollte zügig erfolgen; in Ihrer nahezu zwei Jahre andauernden Regierungszeit haben Sie Zeit dazu gehabt –, erwarten wir, dass darüber gesprochen wird, dass darüber mit den Ländern gesprochen wird, dass darüber mit dem Bund gesprochen wird.

Man kann im Prinzip auch parallel zu einer Klage Verhandlungen führen. Denn jeder weiß – Sie haben es erwähnt –: 2019 läuft das bisherige System des Länderfinanzausgleichs aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Klage ist nicht die Ultima Ratio, aber die Klage setzt Druck. Es glaube doch keiner – ob Schwarz, ob Gelb, ob Grün, ob Rot regiert –, dass auch nur eines der Nehmerländer, der Empfängerländer im Finanzausgleich freiwillig auf Millionen oder zum Teil Milliarden verzichten würde.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja! Genau!)

Es glaube doch keiner, dass dies so kommt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nur wer an Märchen glaubt!)

Weil das so ist, brauchen wir den Druck der Klage beim Bundesverfassungsgericht.

Die SPD war schon viel weiter. Die SPD hat in den letzten zwei Jahren ihrer Regierungszeit einen Rückschritt erlebt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die fällt öfter zurück!)

Die SPD und Sie, Herr Finanzminister, haben uns im Mai 2010 aufgefordert und entsprechend angemahnt, dass wir bis zum November 2010 eine Klageschrift vorlegen müssten. Es hieß, wenn dies geschehe, hätten wir, die damalige Regierung aus CDU und FDP/DVP, Sie, die Sozialdemokraten, an der Seite. Sie haben entsprechende Entschließungsanträge mit uns gemeinsam verabschiedet, waren mit an Bord. Wo bleiben Sie heute, wo bleibt die auf Baden-Württemberg bezogen einst so stolze SPD in dieser Regierung? Sie finden doch in Wahrheit schon gar nicht mehr statt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der FDP/DVP-Fraktion, Herrn Abg. Dr. Rülke, das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich unterstütze ausdrücklich Ihre Analyse des Länderfinanzausgleichs und kann mich ausdrücklich auch der Wortwahl anschließen. Ja, dieses System ist bescheuert. Das Bescheuerte daran ist, dass diejenigen, die unsolid wirtschaften,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

diejenigen, die Geld verbrennen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

keine Sanktionen zu befürchten haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das hat auch Kollege Hauk gesagt. Denn wenn unsoliden Wirtschaften sanktioniert wird, dann passieren solche Dinge wie am Nürburgring oder in Berlin zumindest mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Gerade Sie müssen das sagen!)

Natürlich weiß ich auch, dass sich derzeit der Länderfinanzausgleich auf solche Fehlentwicklungen nicht auswirkt. Aber genau das ist doch der Fehler, meine Damen und Herren, und genau das muss geändert werden.

Es ist ein Fehler, dass jeder wirtschaften kann, wie er will, und sich das beim Länderfinanzausgleich nicht bemerkbar macht. Genau das müssen wir ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Insofern unterstütze ich Ihre Position, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen: „Wir stellen ein Ausgleichssystem nicht grundsätzlich infrage.“ Auch wir bekennen uns dazu, dass wir vergleichbare Lebensverhältnisse haben müssen und dass wir ein gewisses Maß an Solidarität unter den Bundesländern üben müssen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Aber das kann eben nicht dazu führen, dass, wie es das „Handelsblatt“ beschrieben hat – ich habe es vorhin zitiert –, die Verhältnisse immer weiter auseinanderklaffen, weil das System so anreizfeindlich ist. Wir brauchen Anreize in diesem System. Dazu gibt es auch konkrete Vorschläge. Ich habe das vorhin ausgeführt, aber da haben Sie offensichtlich wieder einmal weggehört, Herr Ministerpräsident.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie jetzt auch!)

Ich habe ausdrücklich gesagt: Es liegen Vorschläge auf dem Tisch. Ich bin auch gern bereit, Ihnen das Gutachten von Professor Feld zugänglich zu machen. Zudem habe ich vorhin deutlich gesagt: Der Finanzminister hat schon einmal in eine ähnliche Richtung gedacht, zumindest einmal öffentlich, indem er den Vorschlag eingebracht hat, dass die Bürgerinnen und Bürger eines Landes über einen Zuschlag auf die Einkommensteuer sehen, wie sich eine bestimmte Politik, eine bestimmte Haushaltsführung in diesem Land auswirkt, und dass die Bürgerinnen und Bürger daraufhin an der Wahlurne deutlich machen können, was sie von dem individuellen Einkommensteuersatz in diesem Land und vielleicht auch von der Haushaltspolitik in diesem Land halten. Das habe ich vorhin deutlich gemacht, aber Sie, Herr Ministerpräsident, sind Ihrer Strategie treu geblieben: Immer dann, wenn die Opposition

Vorschläge macht, halten Sie sich die Ohren zu, um hinterher jammern zu können, die Opposition mache ja gar keine Vorschläge und greife Sie armen Menschen immer nur an. Herr Ministerpräsident, das ist Ihre Strategie.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Widerspruch der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wie gesagt, Sie können dieses Gutachten gern haben, und ich würde dann erwarten, dass die Regierung auch einmal konstruktiv mit Oppositionsvorschlägen umgeht und nicht immer nur so tut, als gäbe es diese Vorschläge nicht, meine Damen und Herren.

Sie haben davon gesprochen, im Herbst 2011 hätten Sie eine Initiative ergriffen. Das ist jetzt anderthalb Jahre her. In diesen anderthalb Jahren ist relativ wenig passiert. Im Herbst 2011 gab es eine Initiative, und im Mai 2012 haben Sie dann zum ersten Mal mit einer Klage gedroht. Jetzt erklären Sie uns, im Sommer 2013 werde angefangen zu verhandeln. Herr Ministerpräsident,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schnecke!)

beim Fußball hätten Sie eine gelbe Karte wegen Spielverzögerung bekommen

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und Sie wären schon lange vom Platz gestellt worden!)

wegen dieser Strategie, die Sie hier eingeschlagen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Übrigen, Herr Ministerpräsident, ist das, was Sie ausgeführt haben, auch nicht ganz stimmig. Sie haben erklärt, die Ministerpräsidenten hätten sich darauf geeinigt, im Sommer 2013 würden die Verhandlungen beginnen. Gleichzeitig haben Sie erklärt: Wenn jemand klagt, dann steigen die Nehmerländer aus den Verhandlungen aus.

Jetzt steht fest, dass im Februar dieses Jahres geklagt wird. Bayern und Hessen werden im Februar dieses Jahres klagen. Nach der Logik, die Sie diesem Haus hier vorgetragen haben, müssten dann andere Länder aus den Verhandlungen aussteigen. Also kommt das, was Sie angekündigt haben, doch überhaupt nicht erst zustande, Herr Ministerpräsident. Oder haben wir das falsch verstanden?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von den Grünen: Ja!)

Immerhin erklären Sie, Sie schließen eine Klage nicht aus. Da sind wir ja schon ein Stück weiter. Das klingt schon wieder anders, als es in der vergangenen Woche klang, als Sie und der Finanzminister im Grunde als unerschütterliche Weisheit verkündet haben, die Klage mache keinen Sinn, bei der Klage gehe der Schuss nach hinten los. Auch hierzu müssen Sie uns Ihre Position erklären. Sie haben vorhin deutlich gemacht, eine Klage garantiere keinen Erfolg. Da haben Sie völlig recht. Aber eine Klage garantiert auch keinen Misserfolg. Wenn Sie auf dem Verhandlungsweg ohnehin nicht weiterkommen – das ist die Logik dessen, was Sie erklärt haben: wenn geklagt werde, stiegen die anderen aus –, dann haben Sie doch keine andere Möglichkeit mehr, als diesen Versuch zu unternehmen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Deshalb fordern wir Sie, Herr Ministerpräsident, dazu auf, spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem jemand aus den Verhandlungen aussteigt, oder dann, wenn die Verhandlungen gar nicht erst beginnen, den Klageweg zu beschreiten und sich Hessen und Bayern anzuschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Im Übrigen, Herr Ministerpräsident, haben Sie vorhin gesagt, die Kommunen würden vom Bundesverfassungsgericht mit Sicherheit berücksichtigt. Woher wissen Sie das? Woher wissen Sie, dass die Kommunen bei einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit Sicherheit berücksichtigt werden? In der Vergangenheit war das nicht der Fall. Den Status quo, den wir heute haben, hat das Bundesverfassungsgericht festgelegt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ein Quatsch!)

Zumindest der Zielkorridor wurde vom Bundesverfassungsgericht festgelegt, innerhalb dessen es 1999/2001 ein Verhandlungsergebnis gegeben hat. Woher wissen Sie, dass das Bundesverfassungsgericht dann festlegen wird, die Kommunen müssten stärker mit einbezogen werden? Das ist eine reine Alibibehauptung, um weiter auf Zeit spielen zu können und um der Bevölkerung weiterhin erklären zu können, warum Sie weder klagen noch verhandeln.

(Zuruf: Überhaupt nicht!)

Herr Ministerpräsident, wir wünschen uns also einen klaren Fahrplan. Wir wollen von Ihnen wissen: Kommt es auch dann zu diesen Verhandlungen, wenn im Februar Bayern und Hessen Klage einreichen, oder stimmt das, was Sie vorhin hier behauptet haben, nämlich dass manche Länder aus den Verhandlungen aussteigen, wenn geklagt wird?

Wenn manche Länder aus den Verhandlungen aussteigen, dann bleibt nur noch die Klage, und dann erwarten wir, dass Sie spätestens zu diesem Zeitpunkt Hessen und Bayern vor dem Bundesverfassungsgericht unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es ist ja jetzt schon deutlich geworden, dass der Titel der von der FDP/DVP beantragten Aktuelle Debatte recht abstrus ist; denn er vermischt den Länderfinanzausgleich, also einen Ausgleich der Einnahmen, mit der Ausgabenpolitik anderer Länder. Das macht gar keinen Sinn. Das ist deutlich geworden.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wenn die FDP/DVP das schon tut, dann hätten wir erwartet, dass sie recherchiert hätte. Herr Rülke, Sie haben gerade über den Nürburgring gesprochen. Wir haben einmal recherchiert, wie das damals war. Dabei sind wir auf einen Herrn Ernst Eggers gestoßen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD und Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aha!)

Für alle, die sich bei der FDP nicht so gut auskennen, kann ich sagen: Herr Eggers war lange Jahre Vorstandsmitglied der FDP in Rheinland-Pfalz. Er war lange Jahre Staatssekretär für Wirtschaft in Rheinland-Pfalz,

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

und er war lange Jahre Aufsichtsratsvorsitzender der Nürburgring GmbH.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Oha!)

Herr Rülke, Ihr FDP-Parteikollege Eggers war die treibende Kraft, um die Formel 1 an den Nürburgring zurückzuholen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ah! Gar nicht Herr Brüderle?)

Die FDP war es. Da war nichts von weniger Staat oder Ähnlichem zu hören, sondern Ihr FDP-Kollege in Rheinland-Pfalz hat sich für die Formel 1 am Nürburgring starkgemacht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So eine Sauerei!)

30 Millionen € hat er für eine neue Boxenanlage am Nürburgring lockergemacht, weil er unbedingt wollte, dass die Formel 1 dorthin zurückkehrt. Er hat dann gesagt: „Mit diesem neuen Gebäude haben wir eine gute Ausgangsposition.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt wissen wir, wie es wirklich war in Rheinland-Pfalz!)

Er hat also locker einmal 30 Millionen € für eine gute Ausgangsposition ausgegeben. Das war nicht die einzige Fehlinvestition am Nürburgring, und es war nicht die einzige Fehlinvestition der FDP, meine Damen und Herren. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein kleiner Tipp unter Freunden: Wenn Sie das nächste Mal einen Titel für eine Aktuelle Debatte auswählen, dann recherchieren Sie ein bisschen oder fragen Sie vorher uns; wir können Ihnen gute Ratschläge geben.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zum Thema Länderfinanzausgleich: Es ist deutlich geworden, dass alle Fraktionen dieses Hauses der Ansicht sind, dass wir eine Änderung des Länderfinanzausgleichssystems brauchen, dass das jetzige System ungerecht ist, dass es absurde Blüten treibt und dass es – weil die Zahl der Geberländer jetzt schon auf drei reduziert ist – so nicht länger haltbar ist.

Der Ministerpräsident hat ausgeführt, wie die aktuelle Situation ist. Er hat sehr nachvollziehbar aufgeführt, was diese Landesregierung tut und weiterhin zu tun gedenkt. Sie haben in Ihrem Redebeitrag nach dem des Ministerpräsidenten so gesprochen, als hätte er hier gar nichts gesagt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Er hat nichts Substanzielles gesagt!)

Er hat aber dargelegt, dass die grün-rote Landesregierung den Verhandlungsweg bevorzugt. Er hat dargelegt, warum sie es tut, weil nämlich die drei Geberländer nicht allein zu entschei-

(Edith Sitzmann)

den haben, sondern alle Länder miteinander ein neues System auf den Weg bringen müssen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das wissen wir alles!)

Er hat deutlich gemacht, dass wir, wenn es um eine Klage geht, natürlich Chancen, aber auch Risiken abschätzen müssen. Sie haben in der Vergangenheit auch keine Klage eingereicht. Das, was Ihr ehemaliger Ministerpräsident Mappus gemacht hat, war reines Wahlkampfgetöse. Er hat eine Klage angedroht; eingereicht haben Sie sie nicht. Ich sehe keinen Grund, warum sich Baden-Württemberg dem Wahlkampf in anderen Bundesländern, nämlich in Bayern und in Hessen, anschließen sollte. Wir sollten das tun, was für das Land am besten ist, und nicht das, was die Wahlkämpfer in anderen Bundesländern gerade tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir brauchen keine Politik für Stammtische und Bierzelte, wir brauchen eine faire Lösung für Baden-Württemberg. Sie haben hier gefordert, das Land solle handeln, und Sie haben gesagt, Klagen wäre Handeln. Das Gegenteil ist der Fall: Nicht Klagen ist Handeln, sondern Verhandeln ist Handeln. Das tut diese Regierung, und dazu stehen wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir sind uns einig, dass die derzeitige Situation keine Win-win-Situation, sondern eher eine Lose-lose-Situation ist, dass wir sie deshalb nicht länger hinnehmen können. Es muss Anreize für die Länder geben – für alle Länder –, ihre Einnahmesituation deutlich zu verbessern. Wir müssen darauf schauen, was die besonderen Aufgaben der einzelnen Länder sind und wie die wirtschaftliche Situation und die Einkommensentwicklung in den einzelnen Ländern sind. Der Ministerpräsident hat das am Beispiel von Hamburg und Baden-Württemberg dargestellt. Wir müssen mehrere Indikatoren berücksichtigen, weil klar ist: München hat keine Hafencosten, und Hamburg hat keine Bergwacht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Völlig neue Erkenntnis!)

Deshalb muss man unterschiedliche Bundesländer mit ihren unterschiedlichen Anforderungen differenziert betrachten, wenn es um ein neues System geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir wissen – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mack?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Gern.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Kollegin Sitzmann, der Ministerpräsident hat vorhin ausgeführt, die Landtagsfraktionen der Grünen in einigen Ländern – neben Baden-Württemberg sind es Bayern, Hessen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen – hätten ein Konzept. Am 4. Mai hatten Sie ein Konzept von Frau

Behnke vorgestellt, die Sie 20 Tage später als Richterin am Staatsgerichtshof Baden-Württemberg vorgeschlagen haben. Nach diesem Gutachten sollte Baden-Württemberg 700 Millionen € mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlen.

Der Ministerpräsident hat daraufhin gesagt, dieses Gutachten sei „Quatsch“. Frau Behnke hat dann erklärt, dabei handle es sich um „Work in Progress“; man würde an diesem Gutachten noch weiterarbeiten. Wie weit sind Sie denn nun damit?

Präsident Guido Wolf: Bitte, Frau Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Kollege Mack, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie dies ansprechen. Denn es zeigt, dass die Grünen in verschiedenen Ländern sich schon seit längerer Zeit mit der Frage beschäftigen, wie ein Länderfinanzausgleich bzw. ein Finanzausgleichssystem zwischen den Ländern insgesamt gerechter und leistungsorientierter gestaltet werden kann.

Dazu haben wir das von Ihnen genannte wissenschaftliche Gutachten in Auftrag gegeben, das im vergangenen Mai zur Diskussion gestellt worden war. Inhalt dieses Gutachtens war eine Simulationsberechnung. Es wurde berechnet, welche Ergebnisse sich zeigen, wenn man diese oder jene Faktoren einsetzt. Klar war aber immer, dass es sich um eine Simulationsberechnung handelt.

Wenn man aufgrund der jetzt vorhandenen Grundlagen zu dem Ergebnis käme, dass Baden-Württemberg mehr zahlen müsste, dann – das ist klar – müsste man die Indikatoren ändern. Denn es ist ja nicht unser Interesse, mehr zahlen zu müssen; unser Interesse ist vielmehr, dass wir – bei aller Solidarität mit den anderen Bundesländern – in Zukunft weniger zahlen, als dies bislang der Fall ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ist der Hintergrund dessen, was Sie gerade angeführt haben. Es ist ein Gutachten gewesen, und im Rahmen dessen musste man einfach Simulationsrechnungen durchführen. Von Beschlüssen kann überhaupt keine Rede sein, meine Damen und Herren.

Was mich gewundert hat, ist, dass in den Statements von Ihnen, Herr Kollege Herrmann, wie auch von Ihnen, Herr Kollege Hauk, betont wurde, die CDU sei immer für Verhandlungen gewesen. Das stimmt nun einmal nicht. Herr Mappus hat zumindest angekündigt, dass er klagen wolle.

Auch bei Ihnen, Herr Kollege Rülke, ist nicht deutlich geworden, wann denn nun eine Klage eingereicht werden soll.

Die Landesregierung in Person des Ministerpräsidenten hat deutlich gemacht: Wir suchen den Weg der Verhandlung. Der Herr Ministerpräsident hat einen Fahrplan dazu dargestellt, wie diese Verhandlungen gemeinsam mit den anderen Bundesländern laufen sollen. Nur dann, wenn man auf dem Verhandlungsweg zu keiner Lösung kommt, muss man wirklich ernsthaft eine Klage erwägen – aber auch dies immer unter Abwägung der Chancen und Risiken.

Deshalb kann ich sagen: Wir, die Fraktion GRÜNE, haben volles Vertrauen, dass die Landesregierung im Interesse von Baden-Württemberg den richtigen Weg geht, um ein gerech-

(Edith Sitzmann)

teres Ausgleichssystem für das Land, aber auch für alle anderen Bundesländer hinzubekommen. Wir unterstützen sie in ihren Bemühungen und hoffen, dass wir mit den anderen Ländern auf dem Verhandlungsweg ein gutes Ergebnis erreichen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Claus Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns hier im Hohen Haus in der Beurteilung alle einig: Der Länderfinanzausgleich ist dringend reformbedürftig. Angesichts dessen muss man sich wundern, dass nun solch schrille Töne kamen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das war doch nicht schrill!)

– Diese Töne waren mordsmäßig schrill, vor allem die von Herrn Rülke.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schlecht geschlafen heute, Herr Kollege?)

Sie produzieren bei diesem Thema deshalb so schrille Töne, weil Sie von der Tatsache ablenken wollen, dass Sie nicht Opfer, sondern Täter sind. Sie haben doch dieses Konzept mit Ihrer damaligen Mehrheit hier durchgesetzt, und Sie haben es gelobt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Angesichts des Ergebnisses, das wir heute haben, ist es verwunderlich, wenn der Kollege Herrmann sagt, die damalige Klage, die zu dem jetzigen Länderfinanzausgleich geführt hat, sei erfolgreich gewesen. Was war denn da erfolgreich? Vorher lag die Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft bei 50 %, jetzt liegt sie bei 64 %. Das ging eindeutig zulasten Baden-Württembergs.

Der Herr Ministerpräsident hat auf Ihr Geheimgutachten hingewiesen. Das darf man ja nicht öffentlich diskutieren, aber man kann so viel sagen, dass diese 64 % nicht das letzte Wort gewesen sein müssen. Wenn das der Fall wäre, dann wäre zwar Bayern fein raus, aber Baden-Württemberg völlig im Sack.

Ihr Wunderglaube hilft da überhaupt nicht. Wenn Sie jetzt den Radikalinski spielen, hier herumschreien und fordern, jetzt einfach einmal wider Recht und Ordnung die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich um 100 Millionen € zu kürzen, dann hilft das überhaupt nicht. Wie kommt man zu einem Ergebnis? Zu einem Ergebnis auf dem Verhandlungsweg kommt man immer dann, wenn zwei etwas davon haben. Wenn nur einer etwas davon hat, dann kommt man schlecht zu einem Ergebnis, wenn man zwei braucht. Also braucht man ein Modell, bei dem auch die Nehmerländer die Erwartung haben können, dass sie sich auf mittlere Sicht besserstellen als im bisherigen Länderfinanzausgleichssystem, das heißt, dass dann, wenn sie mehr einnehmen, auch mehr bei ihnen verbleibt und sich deshalb die Anstrengung lohnt.

(Zuruf: Ja!)

Sie haben dem Ministerpräsidenten vorgeworfen, er habe kein Konzept.

(Abg. Peter Hauk CDU: Er hat ja keins!)

Da will ich einmal sagen: Ihr Konzept ist viel zu eng ausgelegt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Halt! Er sagte, der Ministerpräsident habe gar keines!)

Ihr Konzept schielt nur darauf, was aus unserem Haushalt in andere Haushalte geht. Das ist viel zu eng betrachtet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch völlig in Ordnung! Lassen Sie uns nicht über Konzepte streiten!)

Das Geld, das der Bund verteilt, kommt doch nicht aus Europa, das kommt doch aus den Ländern, auch aus Baden-Württemberg. Die Bundesergänzungszuweisungen, die genauso willkürlich auf die Länder verteilt werden, die nicht bei uns landen, sondern bei anderen Ländern, sind mit über 14 Milliarden € fast doppelt so hoch wie die über den Länderfinanzausgleich verteilten Mittel. Also ist doch das Konzept richtig, zu sagen: Lasst uns nicht nur den Länderfinanzausgleich so gestalten,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ist doch in Ordnung!)

dass alle etwas davon haben, sondern auch die anderen Verteilungssysteme, die über den Bund gesteuert werden, für die das Geld aber auch aus den Ländern kommt, mit einbeziehen, damit es insgesamt stimmiger wird. Dann macht es natürlich Sinn, zu sagen: Die Sonderlasten, die Berlin hat, müssen in den Bundesergänzungszuweisungen berücksichtigt werden und nicht im Länderfinanzausgleich.

Wenn man sich verständigen kann, auf dieser Grundlage die Gespräche zu führen, ist das allemal erfolgversprechender als der Verbalradikalismus: „Jetzt ziehen wir vor Gericht, und das gibt uns recht, weil wir die besten Argumente haben.“ Das ist überhaupt nicht sicher. Das Ergebnis des letzten Verfahrens zeigt, dass das Gegenteil der Fall sein kann.

Unterstützen Sie deshalb die Landesregierung in dem Bemühen, alle Finanzsysteme einzubeziehen, die Anreize für Geber und Nehmer gleichzusetzen. Dann sind wir sicher, dass wir in absehbarer Zeit – nicht von heute auf morgen – zu Erfolgen kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Im Übrigen ist das ja nicht nur eine FDP-Rennstrecke. Der Berliner Flughafen ist ein Bundesflughafen, und Bundesverkehrsminister Ramsauer ist der Hauptverantwortliche, wie wir mittlerweile wissen. Wenn Sie sich also darüber austoben wollen, was bei diesem Flughafen schiefläuft, zeigt vielleicht ein Finger auf die Regierung in Berlin und einer auf die in Brandenburg,

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

aber es zeigen drei Finger auf die Bundesregierung, und das sind Sie.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja etwas ganz Neues!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht der Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid.

(Abg. Peter Hauk CDU: Der darf jetzt auch was sagen!)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum wiederholten Mal diskutiert das Hohe Haus über den aktuellen Länderfinanzausgleich und über seine Defizite. Die Kritikpunkte, die auch in der vorangegangenen Legislaturperiode fraktionsübergreifend mehrfach festgestellt worden sind, sind die Kritikpunkte, die von allen vier Fraktionen des Landtags einvernehmlich in die Verhandlungen zur Föderalismusreform II eingebracht worden sind. Ich will aber trotzdem vorweg noch auf eines hinweisen: Der Länderfinanzausgleich in der aktuellen Form ist nicht unser Länderfinanzausgleich, sondern Ihr Länderfinanzausgleich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn Sie sich jetzt darüber beklagen, man hätte versäumt, für die Länder, die sich unzureichend an der Haushaltskonsolidierung beteiligen, Sanktionen in das Ausgleichssystem einzubauen, muss ich Sie darauf hinweisen: Sie haben diesen Länderfinanzausgleich verhandelt, und Sie haben es eben nicht geschafft, solche Sanktionen hineinzuverhandeln.

Ich will Ihnen zugutehalten, dass es sich hier im Unterschied zu den europäischen Vereinbarungen um Verfassungsrecht handelt

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

und dass es für ein einzelnes Land eben nicht möglich ist, solche Sanktionierungen durchzusetzen. Das ist der große Unterschied zur europäischen Ebene. Dort war es möglich, dass Deutschland aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips bei völkerrechtlichen Verträgen – darauf beruht das gesamte europäische Sanktionierungssystem – als einzelnes Land beim Neuaufbau eines solchen Systems auf der Basis von völkerrechtlichen Verträgen eine solche Sanktionierung durchsetzen konnte.

(Abg. Peter Hauk CDU: War das jetzt gut oder schlecht?)

Das geht in einem bestehenden verfassungsrechtlichen System zwischen Bund und Ländern in Deutschland eben nicht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht!)

Beim Neuaufbau eines Teilsystems im deutschen Verfassungsrecht, nämlich bei den Konsolidierungsbeihilfen, die aufgrund der Verhandlungen der Föderalismuskommission II eingeführt worden sind, ist das übrigens gemeinsam gelungen. Das war jedoch nur möglich, weil es sich um ein zusätzliches Element gehandelt hat.

Insofern geht die ganze Argumentation, man solle das einfach so wie auf europäischer Ebene machen, völlig fehl, weil dies an den verfassungsrechtlichen Voraussetzungen völlig vorbeigeht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das geht nicht!)

Wenn Sie es gewollt hätten, hätten Sie es bei den letzten Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich durchsetzen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb sage ich: Die Linie der Landesregierung ist klar. Herr Ministerpräsident Kretschmann hat sie noch einmal ausführlich erläutert. Ich muss sagen: Ich bin froh, dass wir einen Ministerpräsidenten haben, der das Gaspedal nicht immer gleich wie ein Wilder voll durchdrückt, sondern den Wagen umsichtig steuert. Das ist besser, als ein finanzpolitischer Geisterfahrer zu sein, wie wir Sie heute wieder erlebt haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Für die Geisterfahrt haben wir ja den Finanzminister! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Für die Schulden!)

Die Linie ist von Anfang an klar. Sie entspricht dem, was auch die SPD vor der Wahl immer gesagt hat. SPD und Grüne haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass wir eine tief greifende Reform der Finanzausgleichsbeziehungen und der Bund-Länder-Beziehungen in Finanzangelegenheiten anstreben – kurz gefasst: eine Föderalismuskommission III.

(Abg. Peter Hauk CDU: Gibt es jetzt Verhandlungen?)

Wir haben auch – Herr Rülke, das haben Sie zu Recht festgestellt – darauf hingewiesen, dass ein wichtiges Element dieser Verhandlungen sein muss, die Steuerautonomie der Länder zu verstärken. Auch das steht schon im Koalitionsvertrag.

Gleichzeitig war die Linie bezüglich der Frage einer Klage gegen den Länderfinanzausgleich auch immer glasklar. Wir haben gesagt: Wir setzen auf Verhandlungen. Sie haben übrigens wortwörtlich auch das zitiert, was die SPD-Fraktion hier einmal vorgetragen hat.

Aber die Klagedrohung bleibt auf dem Tisch, weil wir das als Drohkulisse aufrechterhalten. Wir haben die Klagedrohung nie vom Tisch genommen, haben aber gesagt: Wir wollen den Verhandlungsweg beschreiten, und zwar aus den Gründen, die verschiedentlich diskutiert worden sind, nämlich dass eine Klage

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

nicht einen neuen Länderfinanzausgleich, sondern nur Verhandlungen bringen wird.

Deshalb ist es richtig, dass der Herr Ministerpräsident auf seiner Ebene, der Ministerpräsidentenkonferenz, und ich als Finanzminister auf meiner Ebene, der Finanzministerkonferenz, für diesen Verhandlungsweg geworben haben. In den anderthalb Jahren unserer Regierungszeit sind wir schon vorangekommen. Es war dem Verhandlungsgeschick von Herrn Kretschmann zu verdanken, dass jetzt ein klarer Fahrplan verhandelt und vereinbart worden ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber er wird doch hinfällig, wenn die Klage kommt! Das hat er doch selbst gesagt! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Jetzt ist die Finanzministerkonferenz am Zug. Sie legt den Verhandlungsrahmen fest. In dieser Phase, sehr verehrter Herr Hauk, wäre es völlig fatal, wenn wir jetzt mit einem Konzept für die Reform allein des Länderfinanzausgleichs im engeren Sinn auftreten würden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ach so! Also jetzt doch kein Konzept! Er will ein Konzept, Sie wollen kein Konzept!)

Nein, der Verhandlungsrahmen betrifft die Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern insgesamt,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

also alle Stufen des Finanzausgleichssystems: die Steuerverteilung, den Länderfinanzausgleich im engeren Sinn und die Bundesergänzungszuweisungen. Darüber hinaus geht es um Themen, die auch schon in der Föderalismuskommission II angesprochen worden sind, wie die Steuerautonomie und „andere Finanzflüsse zwischen Bund und Ländern“. Dies ist der Verhandlungsrahmen, der in diesem Jahr abgesteckt wird.

Jeder weiß, dass es erst nach der Bundestagswahl in einem nächsten Schritt zu politischen Verhandlungen kommen wird. Unser Ziel ist es, dass wir dann die Zeit nutzen, um im Wege einer Föderalismusreform III all diese Dinge zu besprechen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Es ist ganz wichtig, dass wir nicht nur den Länderfinanzausgleich im engeren Sinn in den Blick nehmen, sondern insgesamt die Verteilungen der Finanzströme und der Steuereinnahmen zwischen Bund und Ländern angehen.

Übrigens müssen wir in der jetzigen Phase eher darauf achten, dass bestimmte Länder nicht versuchen, auch noch weitere Verteilungssysteme, z. B. die Frage „Wer profitiert von bestimmten Steuervorteilen?“, nach Ländern aufgeteilt, in das System hineinzumischen. Das heißt, in der jetzigen Phase ist es entscheidend, den Verhandlungsrahmen abzustecken.

Eines ist völlig blauäugig – das will ich in dieser Runde auch einmal deutlich sagen –: Wer meint, Verhandlungen parallel zu einer Klage führen zu können, der weiß nicht, wie das politische Geschäft bei diesem Thema läuft.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber die Klage kommt doch jetzt! Sie widersprechen sich doch selbst!)

Es wird keine Verhandlungsbereitschaft der anderen Länder geben, wenn gleichzeitig eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig ist. Deshalb: Warten wir einmal ab, wann die Klage wirklich eingereicht wird. Ich weise darauf hin, dass in der zweiten Jahreshälfte in Bayern und Hessen Landtagswahlen stattfinden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aha!)

Wir brauchen für eine Verhandlungslösung auch nicht zwingend den Druck einer Klage.

(Abg. Peter Hauk CDU: Vorhin sagten Sie, Sie wollten den Druck!)

Der Druck ergibt sich schon aus dem Auslaufen des Solidarpakts im Jahr 2019.

(Abg. Peter Hauk CDU: Diesen Druck kennen wir vom Thema Haushalt!)

Das heißt, die Deadline ist gesetzt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sechs Jahre lang so belassen, das kann es doch nicht sein!)

Der Druck ist vorhanden. Eine Klage wird nicht zu Veränderungen des Länderfinanzausgleichs vor 2019 führen. Wer das behauptet, streut den Menschen Sand in die Augen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt will ich noch einmal auf die Klagerisiken eingehen. Mit diesem Thema sollten wir sehr verantwortungsvoll umgehen. Es ist ja bezeichnend, dass Sie, als Sie noch in der Verantwortung waren, zwar die Klage groß angekündigt hatten, sie aber nicht eingereicht haben. Wer sich die Grundzüge des Gutachtens von Professor Seiler anschaut, der weiß auch, warum. Wer dann noch das vertrauliche Schreiben dazunimmt, das Professor Seiler an die damalige Ministerialdirektorin im Finanzministerium gerichtet hat, der wird sich ein eigenes Bild darüber machen können, weshalb die Klage nicht eingereicht worden ist.

Ich beziehe mich nur auf die in der Öffentlichkeit bekannten Grundzüge der Argumentation des Gutachtens. Der erste Angriffspunkt war damals, die Einwohnerveredelung sei nicht mehr zeitgemäß,

(Zuruf von der CDU: Ja!)

und es gebe Chancen, dass diese für verfassungswidrig erklärt werden könnte. Tatsache ist: Genau mit diesem Punkt hat sich das Bundesverfassungsgericht in seiner bisherigen Rechtsprechung auseinandergesetzt und die Einwohnerveredelung – wenn die letzte Befassung damit auch schon einige Jahre zurückliegt – nicht weiter angegriffen.

Übrigens ist diese Einwohnerveredelung, die ja dem Popitzschen Gesetz der Staatswissenschaften aus der Weimarer Zeit zugrunde liegt, nichts Neues. Elemente des gleichen Gedankens finden sich auch im System des kommunalen Finanzausgleichs, übrigens auch in Baden-Württemberg. Insofern: Wenn man meint, dass dieser Punkt bloß aufgrund des Zeitablaufs nicht mehr zeitgemäß wäre und dieser Punkt, zu dem das Bundesverfassungsgericht eine präzise Aussage in der ständigen Rechtsprechung hat, geändert werden könnte, dann wage ich einmal die Ansage: Ob das eine große Chance eröffnet, kann man bezweifeln.

Die zweite zentrale Argumentation des damaligen Gutachtens war, durch die Umkehrung der Finanzkraftreihenfolge sei das gesamte System aus den Fugen geraten.

(Abg. Manfred Groh CDU: Ja!)

Das gilt allerdings nur, wenn man alle Ausgleichssysteme – Umsatzsteuerverteilung, Länderfinanzausgleich im engeren Sinn und Bundesergänzungszuweisungen – zusammennimmt. Genau dieser Punkt wurde vom Bundesverfassungsgericht

(Minister Dr. Nils Schmid)

ebenfalls schon in der Rechtsprechung aufgegriffen. Das Bundesverfassungsgericht hat unterstrichen, dass es nur im Länderfinanzausgleich im engeren Sinn nicht zu einer Umkehrung der Finanzkraftreihenfolge kommen soll. Das heißt, auch in diesem Punkt läuft das Gutachten gegen eine bereits vorliegende präzise Entscheidung in der Verfassungsrechtsprechung an. Man kann sich die Erfolgsaussichten ausmalen. Man kann immer sagen, man wird klüger. Aber warum ausgerechnet das umgeworfen werden soll, erschließt sich nicht.

Der dritte Punkt – er ist verschiedentlich in der Öffentlichkeit schon zu Recht angesprochen worden – ist die Finanzkraft der Kommunen. Genau zu diesem präzisen Punkt gibt es noch keine Aussage in der Rechtsprechung. Das ist interessant. Man kann sagen: „Das wird so bleiben.“ Das ist das Prinzip Hoffnung. Es kann aber genauso gut sein – darauf verweisen auch verschiedene Rechtsexperten –, dass genau dieser Punkt aufgegriffen wird, weil eine 64-prozentige Anrechnung der kommunalen Finanzkraft aus der Verfassung nicht zwingend abzulesen ist. Eigentlich gilt eher das Prinzip: Entweder 0 % oder 100 %. Aber warum der anzurechnende Anteil 64 % betragen soll, ergibt sich aus der Verfassung nicht unmittelbar.

Deshalb sage ich Ihnen: Wir, die Landesregierung, sehen – gerade auch in Kenntnis der Gutachten und der Beweggründe, die offensichtlich dazu geführt haben, dass die damalige Landesregierung keine Klage eingereicht hat – diese Klagerisiken, und wir werden sehr verantwortungsvoll mit den Risiken einer solchen Klage umgehen. Wir sind auf gutem Weg, was die Verhandlungen anbelangt. Wir haben da Fortschritte erreicht und werden konsequent darauf drängen, dass dieser Länderfinanzausgleich gerechter und leistungsgerechter auch für die starken Länder wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Herrmann.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch auf ein paar wenige Punkte eingehen, die angesprochen worden sind.

Zunächst, Herr Kollege Schmiedel, sprechen Sie immer wieder an: Wie kam es zum jetzigen Länderfinanzausgleich? Es kam dazu, weil eine Klage – mitgetragen von Baden-Württemberg – erfolgreich war. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass das damalige Finanzausgleichssystem nicht verfassungsgemäß war, und hat den Ländern aufgegeben, ein neues System auszuhandeln.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Nach langen Verhandlungen ist ein Kompromiss gefunden worden, der für Baden-Württemberg zunächst besser war als das alte System. Aber im Laufe der Zeit hat sich gezeigt, dass dieses System nicht nur kompliziert und intransparent ist, sondern dass es sich bei bestimmten wirtschaftlichen Lagen auch zum Nachteil Baden-Württembergs und anderer wirtschaftsstarker Länder auswirkt.

Insofern waren die Verhandlungen damals richtig und sinnvoll. Die Auswirkungen dieses komplizierten Systems haben

sich im Laufe der Zeit jedoch anders dargestellt, als man damals meinte. Aus diesem Grund muss jetzt eine Änderung erfolgen. Hier sind wir uns ja einig.

Zweite Bemerkung: Herr Ministerpräsident, Sie haben angesprochen, dass wir Sie mit unserem im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen gestellten Antrag zum Rechtsbruch auffordern würden. Das ist völliger Unsinn. Wenn Sie die Begründung unseres Antrags gelesen hätten – ich habe sie hier –, hätten Sie erkannt, dass wir Sie aufforderten, Ihren entsprechenden Ausgabenansatz im Haushaltsjahr 2014 und nicht schon 2013 um 100 Millionen € zu reduzieren. Das war bewusst so gewählt. Wenn wir bereits vor einem Jahr Klage eingereicht hätten und wenn jetzt ein Urteil getroffen worden wäre, dann wäre es durchaus möglich gewesen, dass wir bis 2014 einen gerechteren Länderfinanzausgleich hätten, der uns mehr als die 100 Millionen € geringere Ausgaben beschert hätte. Das stand in der Begründung.

(Staatssekretär Ingo Rust: Ach was! Ach was! Das stimmt nicht! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Märchenstunde der CDU!)

Dieser Weg, den wir angegangen sind, wäre der richtige gewesen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Schmiedel und Herr Finanzminister, Ihnen konnte es doch gar nicht schnell genug gehen. Sie haben im Jahr 2010 hier im Haus beantragt, dass Baden-Württemberg spätestens bis zum 30. November 2010 klagen sollte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Richtig! Ja!)

Die Antwort, Frau Sitzmann, des damaligen Ministerpräsidenten Mappus war: „Nein, wir wollen erst alle Verhandlungsmöglichkeiten ausloten und dann Klage einreichen.“ Sie haben eben das Gegenteil behauptet. Lesen Sie es in den alten Protokollen nach.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: In den Bierzelten hat er immer etwas anderes gesagt!)

Das entsprechende Protokoll des Landtags zeigt ganz genau auf, was damals gesagt worden ist. Betreiben Sie hier keine Geschichtsverdrehung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Märchenstunde! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir erinnern uns an Mappus und die Bierzelte!)

Ein letzter Punkt: Die Klage kommt. Bayern und Hessen werden im Februar beschließen, Klage einzureichen. Herr Finanzminister, was soll dann noch die Drohkulisse, die Sie aufbauen wollen? Jetzt, nachdem Sie eineinhalb bis zwei Jahre nichts erreicht haben, gibt es nur noch die Möglichkeit, sich der Klage anzuschließen und ihr damit größere Chancen zu geben; denn wenn sich alle drei Geberländer daran beteiligen, ist es doch logisch, dass der Klage ein größerer Stellenwert zukommt, als wenn sich daran nur zwei Länder beteiligen oder ein Land beteiligt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das stimmt nicht! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

(Klaus Herrmann)

Beteiligen Sie sich an der Klage! Nur dann können auch wir einen entsprechenden Erfolg – möglicherweise schon im Jahr 2014 – für Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das glauben Sie doch selbst nicht! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Die Klage ist aussichtslos!)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

a) Zustimmung des Landtags zur Berufung von Herrn Andreas Stoch MdL zum Minister für Kultus, Jugend und Sport

b) Vereidigung des Ministers für Kultus, Jugend und Sport

Ich erteile dazu Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrtes Haus! Ich berufe den Landtagsabgeordneten Andreas Stoch zum Minister für Kultus, Jugend und Sport. Ich bitte den Landtag, dies zu bestätigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag des Ministerpräsidenten gehört. Wer der Berufung des Herrn Abg. Andreas Stoch zum Minister für Kultus, Jugend und Sport zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Berufung von Herrn Abg. Andreas Stoch zum Minister für Kultus, Jugend und Sport wurde damit mehrheitlich zugestimmt.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Herr Ministerpräsident hat nochmals um das Wort gebeten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Kommt noch ein Antrag? Sollen wir es noch einmal überdenken? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie es sich überlegt? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ferner gebe ich dem Hohen Haus bekannt, dass ich Herrn Dr. Frank Mentrup MdL im Einvernehmen mit dem Minister für Kultus, Jugend und Sport wieder zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport ernennen werde.

Ich danke Ihnen und hoffe auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit dem neuen Minister.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Der braucht eine Übergangsvorsorge! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wer war denn vorher Minister? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Wir kommen nun zur Vereidigung des Herrn Ministers. Nach Artikel 48 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg haben die Mitglieder der Landesregierung bei Amtsantritt vor dem Landtag den Amtseid zu leisten. Er lautet:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Herr Minister Stoch, ich bitte Sie, zu mir auf das Podium zu treten, die rechte Hand zu erheben und die Worte zu sprechen: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“ Auf die Beteuerung kann auch verzichtet werden.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Guido Wolf: Herr Minister Stoch, ich wünsche Ihnen alles Gute, viel Glück und Erfolg für Ihre Aufgabe, insbesondere mit Blick auf die Zukunftsperspektiven der jungen Generation. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei allen Fraktionen – Minister Andreas Stoch nimmt Glückwünsche entgegen.)

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die anschließende Ausstellungseröffnung bitte ich Sie, in der Tagesordnung fortzufahren zu dürfen.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Konversion in Baden-Württemberg – Drucksache 15/1962

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion sowie für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich erteile dem Kollegen Klein das Wort.

Abg. Karl Klein CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der großen Gratulationscour kehren wir nun zum Alltagsgeschäft des Landtags zurück.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon eine ganze Weile her, dass das Ministerium unsere Große Anfrage zur Konversion beantwortet hat. Sicherlich kann man dem Minis-

(Karl Klein)

terium dabei viel Mühe und auch viel Fleiß bescheinigen. Aber, Herr Minister Bonde – so muss man sagen –, neben vielen Allgemeinplätzen und vor allem auch unverbindlichen Willenserklärungen ist der Antwort ganz wenig Konkretes, auch ganz wenig Greifbares für die CDU-Landtagsfraktion und für die Konversionskommunen zu entnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es bleibt auch die ganz entscheidende Frage offen: Wie will die Landesregierung die Konversion in Baden-Württemberg zusammen mit den Konversionskommunen gestalten? Ihnen fehlt einfach ein mit den Kommunen abgestimmtes und schlüssiges Konversionsgesamtkonzept.

Das ist schade; denn wir haben Ihnen im Juni letzten Jahres ein Konversionskonzept vorgelegt. Dieses hätten Sie eigentlich nur mit Leben erfüllen und auch entsprechend aktiv betreiben müssen. Dies ist umso bedauerlicher für Baden-Württemberg, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil die Konversion auch von der Verfassung her ureigenste und vor allem auch vorrangige Aufgabe der Landesregierung ist und eine Landesregierung fordert, die in vielfältigen Bereichen aktiv ist.

Wie ist denn der derzeitige Sachstand? Sie führen Gespräche, machen Konversionstagungen. Das ist gut so; das hätten auch wir so gemacht. Sie haben ferner eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet. Sie haben auch die Regierungspräsidien für zuständig erklärt. Auch das ist gut so und entspricht unseren Vorstellungen und unserem Konzept.

Sie haben aber dann für viel Geld ohne Abstimmung mit den Konversionskommunen eine Wirkungsanalyse bei der Firma Prognos in Auftrag gegeben. Dazu möchte ich Ihnen sagen: Wenn Sie dies in abgestimmter Form gemacht hätten, hätten Sie wahrscheinlich schon auf viele Daten zurückgreifen können, die den Kommunen, den Bürgermeistern bereits bekannt sind. Die Erhebung der restlichen nicht bekannten Daten wäre bei den kommunalen Entwicklungskonzepten sicherlich viel besser aufgehoben gewesen.

Wenn Sie dies schon machen, hätte allerdings nicht der Fehler passieren dürfen, dass Sie Teilbereiche von Konversionsflächen außen vor lassen, und dann hätte auch nicht der Fehler passieren dürfen, dass z. B. die Standorte der US-Streitkräfte, die aufgegeben werden – Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen –, bei dieser Wirkungsanalyse ganz außen vor gelassen werden. Seit wann werden in Baden-Württemberg Kommunen in dieser Art unterschiedlich behandelt?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben dann die Förderung von Konversionsentwicklungskonzepten in Auftrag gegeben. Dazu möchte ich ausdrücklich sagen: Auch das ist ein Schritt in die richtige Richtung und entspricht unserem Konzept. Ich muss aber auch sagen: Wir hatten bereits im Jahr 2012 beantragt, dass Sie dafür Geld in den Haushalt einstellen. Damals haben Sie das abgelehnt. Beim Doppelhaushalt 2013/2014 haben Sie das nun entsprechend nachgeholt. Das ist gut so, muss ich sagen.

(Abg. Paul Locherer CDU: Jawohl! Von der CDU lernen!)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Konversionskommunen warten eigentlich auf weitere dringende Antworten der Landesregierung. Diese Antworten gibt auch der Doppelhaushalt 2013/2014 nicht. Es gibt aber auch keine Antworten von einer in unseren Augen in dieser Frage sehr zögerlichen und abwartenden Landesregierung. Nachdem der Bund, nachdem die BImA auf Drängen von uns allen ein Erstzugriffsrecht auf Konversionsliegenschaften zugesichert hat, wären die Konversionskommunen ganz dringend darauf angewiesen, zu wissen, ob die Landesregierung eigentlich eigenen Bedarf an Konversionsflächen hat. Wir hören von einem eventuell neu zu errichtenden Gefängnisstandort. Kommt dafür eine Konversionsfläche, ein Konversionsgebäude infrage, oder bauen Sie lieber auf der grünen Wiese?

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Wir hören vermehrt, dass Sie auch im Rahmen der Polizeireform mehr Gebäude brauchen, wie es jetzt aktuell in Heidelberg in der Diskussion ist. Wir wissen auch, dass Sie über einen Schul-, vielleicht auch Fachhochschulstandort nachdenken.

Zu all diesen Fragen müssten die Kommunen Informationen erhalten, damit sie sich bei ihren städtebaulichen Planungen rechtzeitig darauf einstellen können.

Auf der anderen Seite sind Sie immer für große Nachhaltigkeit. Jetzt hätten Sie endlich die Chance, im Rahmen der Konversion etwas für den Landesforst zu tun, Sie hätten die Chance, etwas für naturschutzbezogene Flächen zu tun, und Sie hätten auch die große Chance, etwas für Ausgleichsflächen zu tun, die Sie insbesondere für die Zukunft brauchen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Paul Locherer CDU: So ist es!)

Aber da, meine sehr geehrten Damen und Herren, hört man von der Landesregierung ebenfalls nichts.

Darüber hinaus warten die Konversionskommunen auf eine Antwort auf die Frage, ob sich das Land wenigstens am Erwerb dieser Konversionsflächen, dieser Konversionsliegenschaften beteiligt. Dies wäre von großem Vorteil, wenn die betreffende Kommune die entsprechende Liegenschaft erwerben könnte und für die städtebauliche Entwicklung, für die Dorfentwicklung nutzen könnte. Das wäre auch für eine solide Weiterentwicklung von Wohnungsbau- und Gewerbeflächen notwendig. So werden z. B. in Mannheim und in Heidelberg – was auch das Land, was die Landesregierung immer fordert – mehr Studentenwohnungen und mehr bezahlbare Mietwohnungen gefordert. Hier hätten Sie die Chance, aktiv etwas dafür zu tun, wenn Sie sich entsprechend beteiligen oder Maßnahmen fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auf der anderen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben auch die Kommunen Interesse, Konversionsflächen eventuell als Schutzflächen für Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete oder Biotopvernetzungen zu erwerben. Auch hier wäre eine Antwort sinnvoll, eine Antwort auf die Frage, ob sich das Land am Erwerb dieser Flächen beteiligt. Die Kommunen mit dieser finanziellen Frage alleinzulassen kann nicht sein; denn sie sind damit maßlos überfordert.

(Karl Klein)

Des Weiteren brauchen die Konversionskommunen auch Finanzierungssicherheit. Dass Sie jetzt 1 Million € für die Förderung der Konversionsentwicklungskonzepte eingestellt haben, ist gut. Aber wir sind uns sicherlich einig: Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Diese Rechnung, nur zu erklären: „Wir fördern die Konversion aus bestehenden Förderprogrammen“, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann nicht aufgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sonst müssten Sie die restlichen rund 1 000 Kommunen, die es in Baden-Württemberg gibt, für Jahre aus den entsprechenden Förderprogrammen ausschließen, oder Sie müssten dies mit zusätzlichem Geld hinterlegen, damit auch die anderen Kommunen in Baden-Württemberg nach wie vor zu ihrem Recht kommen. Wenn man weiß, dass Rheinland-Pfalz 1,7 Milliarden € aufgewendet hat, um die Konversion zu bewältigen, wissen Sie, welches Delta hier liegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, spätestens bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2013/2014 und spätestens im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit den Kommunen zum Pakt mit den Kommunen hätten Sie in entsprechende Verhandlungen mit den Kommunen eintreten müssen, damit die Kommunen in Solidarität die Konversionsaufgaben in Baden-Württemberg mitfinanzieren. Sie hätten über eine zeitlich gestreckte Anrechnung der Einwohnerverluste auf die Einkommensteueranteile verhandeln müssen, denn Sie müssen wissen: Die Konversionskommunen verlieren auf einen Schlag 17 Millionen €, und zwar nicht erst 2015/2016, sondern mit den ersten Abzügen bereits 2013/2014, was den aktuellen Doppelhaushalt betrifft.

Die Kommunen brauchen Unterstützung, und sie brauchen nach wie vor die entsprechenden Gelder, um Ihren Aufgaben gerecht werden zu können und die zusätzliche Aufgabe der Konversion bewältigen zu können. Sie hätten auch über die Schaffung eines Konversionsausgleichsstocks mit den Kommunen verhandeln müssen, denn die finanzschwachen Kommunen brauchen diese Finanzhilfe unbedingt, um die Eigenanteile, die sie beim eigenen Konversionsentwicklungsprozess, bei der Städtebauförderung und beim ELR-Programm erbringen müssen, ordentlich finanzieren zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie hätten mit den Kommunen auch über die Priorisierung von Infrastrukturmaßnahmen in den weiteren Förderprogrammen sprechen müssen. Es braucht Verständnis und die Bereitschaft anderer Kommunen, eventuell zurückzustehen, damit bei den Konversionskommunen manche Dinge vorgezogen werden können, um eine Konversion zum Gelingen zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie stehen auch vor der Frage, ob Sie mit europäischen Fördergeldern, beispielsweise mit Mitteln aus dem EFRE-Programm, auch Konversionsaufgaben bedienen. Das ist eine grundsätzliche Entscheidung. Darauf warten die Kommunen dringend. Ferner müssen sie natürlich auch die Kofinanzierung sicherstellen.

All diese Fragen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sprechen Sie einfach nicht an. Ihnen fehlt in unseren Augen

ein mit den Kommunen abgestimmtes Gesamtkonzept. Was Sie bisher gemacht haben, ist ein Anfang, ist ein Stückwerk. Vor allem bleibt es in der Unverbindlichkeit. Ihre Aussage, Herr Ministerpräsident, die Sie gemacht haben, heißt wohl: „Geld folgt Ideen.“ Das hilft den Kommunen nicht weiter, wenn sie keine Finanzsicherheit haben. Diese Aussage wird Sie meiner Ansicht nach schon in Kürze einholen, und sie wird dann wie eine Seifenblase zerplatzen.

So kann die Konversion in Baden-Württemberg nicht gelingen. Nehmen Sie unser Konzept als Grundlage, und erfüllen Sie es mit Leben. Dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, dürfen Sie sicher sein, dass Konversion in Baden-Württemberg gelingt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht der Kollege Halder.

Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es ist schon nett, ein solches Wechselbad der Gefühle zu erleben. Wir haben kurz zuvor noch über den Länderfinanzausgleich und über die Sparsamkeit gesprochen, und jetzt wird ein ganzer Strauß von Ideen dafür aufgebieten, wie Geld ausgegeben werden kann. Das ist toll.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie schmeißen doch schon
Milliarden raus!)

Ich werde trotzdem bei meinem Konzept bleiben.

Der anstehende Konversionsprozess stellt die betroffenen Kommunen vor erhebliche Herausforderungen. Dieser Prozess ist für die Konversionskommunen mit vielen Unsicherheiten verbunden. Diese Herausforderungen können wir nur gemeinsam bewältigen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Bla, bla, bla!)

Bund, Land und Kommunen müssen zusammenarbeiten.

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass die Konversionskommunen in der grün-roten Landesregierung einen verlässlichen Partner haben. Grün-Rot unterstützt die Kommunen bei der Bewältigung der Folgen der Konversion. Diese Unterstützung zeigt sich in einer Vielzahl von Maßnahmen. Das MLR hat die einzelnen Maßnahmen in der Beantwortung der Großen Anfrage detailliert aufgelistet.

Lieber Herr Kollege Klein, fehlendes Engagement können Sie der Landesregierung hier nicht vorwerfen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nachdem wir am 27. Juni 2012 im Rahmen einer Aktuellen Debatte über die Konversion in Baden-Württemberg diskutiert haben, hat mich die Große Anfrage der CDU-Fraktion doch etwas verwundert. Viele der angesprochenen Punkte müssten auch der CDU-Fraktion längst bekannt gewesen sein. Statt nochmals über das Gleiche zu diskutieren, hätte ich mehr von Ihnen erwartet. Statt immer wieder die Forderung nach

(Wilhelm Halder)

einem Konversionskonzept für Baden-Württemberg zu wiederholen, hätte ich erwartet, dass Ihre Parteikolleginnen und -kollegen in Berlin aktiv werden. Auf Bundesebene hätten Sie wirkliche Verbesserungen für die Konversionskommunen erzielen können.

(Beifall bei den Grünen)

Aber nein, auf Bundesebene wurde der von Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg eingebrachte Entwurf zur Änderung des BImA-Gesetzes abgelehnt. Mit dieser Gesetzesänderung hätten strukturpolitische Ziele bei der Verwertung ehemals militärisch genutzter Flächen stärker berücksichtigt werden können. Davon hätten vor allem die Kommunen im ländlichen Raum profitiert.

Auch in anderen Bereichen bleibt das erhoffte Engagement vonseiten des Bundes bislang aus, beispielsweise bei der Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung und bei der Aufstockung der Bund-Länder-Förderprogramme für den Konversionsprozess.

Im Gegensatz dazu ist die grün-rote Landesregierung bereits von Anfang an aktiv geworden. Wir stehen in engem Austausch mit den Konversionskommunen und bieten zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen an, auch finanzieller Art. So hat die Landesregierung die Auswirkungen der Bundeswehrreform umfassend in einer räumlichen Wirkungsanalyse untersuchen lassen. In den Regierungspräsidien wurden zentrale Ansprechpartner für Konversionsfragen benannt. Diese stehen den Konversionskommunen bei Fragen und Anliegen jederzeit zur Verfügung.

Die grün-rote Landesregierung geht im Bereich der Konversion neue Wege und unterstützt die Kommunen im ländlichen Raum bei einer nachhaltigen Regionalentwicklung. In den nächsten Jahren werden wir unter kommunaler Führung Konversionsentwicklungskonzepte erarbeiten. Das Land finanziert diese im Umfang von 80 % der Nettokosten. Auf der Grundlage einer fundierten Datenlage und umfassender Untersuchungen werden für die Konversionsräume gemeinsam mit den betroffenen Kommunen spezifische Projektideen entwickelt. Am Ende dieses Prozesses stehen tragfähige und realisierbare zivile Nachfolgenutzungen. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort werden hierbei aktiv eingebunden. So stellen wir die Akzeptanz der Projekte vor Ort sicher.

Wir haben uns bewusst für den Ansatz „Geld folgt Ideen“ entschieden. Vor Ort kommt dieser Ansatz sehr gut an.

Die Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion haben in der Vergangenheit immer wieder gefordert, den Konversionskommunen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Hier fehlen mir jedoch konkrete Ideen und Ziele. Die Landesregierung hingegen liefert zuerst Ideen und dann Mittel. Für uns hat damit Nachhaltigkeit Vorrang vor blindem Aktionismus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung nimmt sich nicht nur der Bundeswehrkonversion an, sondern auch der US-Konversion in der Metropolregion Rhein-Neckar. Hier sind wir jedoch mit anderen Voraussetzungen konfrontiert. In Heidelberg, Mannheim und Schwetzingen gibt es teilweise schon ganz konkrete Ideen zur

Nachfolgenutzung. Auch hier stehen wir in engem Austausch mit den betroffenen Kommunen. Die Landesregierung hat bereits zugesagt, die Kommunen im Rahmen der Städtebau- und Wohnraumförderung entsprechend zu unterstützen; sowohl das MLR als auch das MFW stehen in engem Kontakt mit Vertretern der BImA.

Als konversionspolitischer Sprecher der Grünen war es mir deshalb wichtig, eine Verknüpfung zwischen der Bundeswehr- und der US-Konversion herzustellen. In unserer Projektgruppe „Konversion“ diskutieren wir gemeinsam mit den zuständigen Abgeordneten und Fachleuten aktuelle Herausforderungen und die unterschiedlichen Facetten der Konversion. Hierbei ist uns auch der Austausch mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern aus den betroffenen Städten wichtig. So können wir die Anliegen der betroffenen Städte und Gemeinden aufgreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, einen solchen Austausch kann ich Ihnen nur empfehlen. Zuletzt haben Sie bei den Haushaltsberatungen eine Vorwegentnahme im FAG in Höhe von 20 Millionen € zur Unterstützung der Konversionskommunen gefordert. Bis heute ist nicht klar, was Sie mit diesem Geld machen wollten. Für mich steht fest, dass wir die Herausforderungen der Konversion nur gemeinsam meistern können. Im Mittelpunkt müssen nachhaltige und tragfähige zivile Nachfolgenutzungen stehen. Es würde mich freuen, wenn Sie die Konversionskommunen unterstützen und in diesem Prozess konstruktiv mitarbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage der CDU zum Thema „Konversion in Baden-Württemberg“ besteht aus einer Fülle von Fragen, die sehr detailliert sind und deren Beantwortung eigentlich dazu führt, dass einiges, was der Kollege Klein gerade als Mangel, als „nicht erledigt“ vorgetragen hat, sehr wohl und zum Teil auch sehr ausführlich in der Antwort ausgeführt ist. Schade, dass er die Fragen vorhin nicht in seinen Vortrag einbezogen hat.

Eine einzige Frage in dieser Großen Anfrage ist mir aufgefallen. Sie enthält einen Vorwurf. Ich zitiere die Frage Nummer 8:

Warum war sie bisher nicht in der Lage, ein Konzept zur Bewältigung der Herausforderungen, welche mit der Thematik Konversion verbunden sind, vorzulegen?

Das ist der einzige Punkt, der als Vorwurf in dieser Großen Anfrage steht.

Jetzt versuche ich etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie von der vorherigen Landesregierung haben in den letzten 20 bis 30 Jahren genügend Konversionsprojekte durchführen müssen. Sie wissen von der Thematik und um die Schwierigkeiten.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Alfred Winkler)

Sie wissen, dass das nicht so einfach ist. Deswegen wundert es mich, dass Sie hier ein Gesamtkonzept fordern, das sozusagen übergestülpt werden kann. Jede Kommune braucht ein eigenes, und zwar ein speziell auf sie zugeschnittenes Konzept. Das ist hier beantwortet. Lieber Kollege Klein, da darf ich schon schmunzeln, wenn Sie als Möglichkeiten ausgerechnet Ausgleichsflächen oder Aufforstungen sehen. Da wird sich manche Gemeinde bedanken, wenn sie mit so etwas beehrt wird. Das ist schon etwas komplizierter.

Meine Damen und Herren, von 31 Standorten in Baden-Württemberg, die von der Bundeswehrreform betroffen sind, werden vier fast komplett aufgegeben. An fünf Standorten wird Personal deutlich reduziert – oder anders gesagt: Von 25 000 zivil und militärisch Beschäftigten werden 9 500 Stellen abgebaut. Das ist über ein Drittel. Darunter sind Hardheim, Immendingen, Sigmaringen, Hohentengen und Mengen. Diese Standorte werden ganz geschlossen.

Hinter dem technischen Begriff „Konversion“, der vom Lateinischen „conversio“ stammt und „Umkehr“ bedeutet, verbirgt sich eigentlich das Thema „Folgenutzung von militärischen Einrichtungen“. Man spricht auch von Revitalisierung. Für uns bedeutet das aber mehr, nämlich auch die technische Nutzung von Gelände und Einrichtungen. Für uns Sozialdemokraten hat Konversion immer einen wichtigen sozialen Aspekt, denn wir wissen um die sozialen Einschnitte.

Konversion bedeutet für die Gemeinden tiefe Einschnitte in gewachsene, typische Strukturen, die an solchen Standorten zum Teil über 100 Jahre alt sind. Die betreffenden Kommunen verlieren nicht nur Einwohner, sondern auch Wirtschaftskraft. Das Merkmal dieser Standorte ist, dass sie in der Regel im Windschatten des Verkehrs, von strukturellen Einrichtungen und der Metropolregionen liegen.

Jetzt löst der Bund oder lösen in diesem Fall auch die Amerikaner diese Militärstandorte auf. Aber was hat der Bund als Verursacher dem eigentlich entgegengesetzt?

Deswegen müssen wir untereinander und miteinander eine umfassende Diskussion führen. Der Bund entscheidet über die Maßnahmen und generiert damit sozusagen auch Einnahmen, indem er Ausgaben einspart.

Im Frühjahr 2012 hat das Bundesverteidigungsministerium den Kommunen Zeitpläne für den Abzug zur Verfügung gestellt. Sie wurden aber im Herbst 2011 angekündigt. Also herrschte eine ordentliche Funkstille. Vorher konnten die Kommunen gar nichts machen.

Insofern ist die Frage: Kann es eine Anschlussnutzung geben, und, wenn ja, wie sieht sie aus? In dieser Hinsicht hat man zunächst einmal ein halbes Jahr verloren.

Aber die flankierenden Maßnahmen des Bundes sind, mit Verlaub, von bescheidener Qualität, und zwar deswegen, weil es für die Gemeinden ganz schwierig ist, überhaupt in den Besitz dieser Liegenschaften und Grundstücke zu kommen. Wir waren vor einigen Monaten in Münsingen und haben mit Bürgermeister Münzing gesprochen. Er hat uns in Bezug auf das dortige Gelände dargelegt, welche Schwierigkeiten er bei der Umsetzung hat und dabei, in den Besitz der Fläche zu kommen.

Der Bundesfinanzminister will seine Löcher im Haushalt stopfen und diese Einnahmen erzielen. Das bedeutet, er gibt den Gemeinden zwar ein Erstzugriffsrecht, aber in Wirklichkeit ist das keine Option für die Gemeinden. Die Dauer dieses Erstzugriffsrechts ist für die Gemeinden zu kurz, um entscheiden zu können: Was können wir brauchen, und wie sollen wir es finanzieren? Die Option verfällt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten eine verbindliche Erklärung erfolgt. Diese Frist ist zu kurz. Sie ist schon lange zu kurz, immer noch zu kurz und darf nicht so kurz bleiben.

Lieber Kollege Klein, hier muss etwas passieren. Gemeinden müssen fünf Jahre lang die Möglichkeit haben, in den Besitz dieser Flächen zu kommen. Wenn der Bund riesige Flächen und Einrichtungen aufgibt, kann er seine Einnahmen auch auf mehrere Jahre strecken und muss diese nicht in einem so kurzen Zeitraum erzielen.

Der Bund hat ebenfalls die wirtschaftliche und die strukturelle Verantwortung für die Standorte. Das ist nicht eine Angelegenheit des Landes allein. Da sind wir zwar mit drin, aber der Bund ist zuerst der Verursacher, der Geld herausholt, und wir stecken anschließend Geld hinein.

Deswegen hat der Bundesrat auf Initiative der von der Konversion am stärksten betroffenen Bundesländer Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen. Über eine Öffnungsklausel hätte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben künftig sicherstellen müssen, dass bei der Verwaltung und Verwertung der ehemals militärisch genutzten Liegenschaften die strukturpolitischen Ziele von Bund, Land und Kommunen sozusagen gleichwertig, gleichrangig nebeneinanderstehen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Winkler, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Alfred Winkler SPD: Danke.

(Heiterkeit)

Bisher gibt es zu viele schlechte Beispiele. Der Bund muss besser werden. Es ist auch Ihre Aufgabe, beim Bund für eine bessere Unterstützung bei der Aufgabe der Standorte einzutreten. Wir bitten Sie um diese Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die FDP/DVP-Fraktion spricht Herr Abg. Grimm.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Lange Anfrage der CDU, kurzer Sinn. Denn worum geht es bei der Konversion? Worum es gehen sollte, hat, denke ich, unser Fraktionskollege Dr. Bullinger im Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz schon vor ein paar Monaten mit einem Antrag deutlich gemacht. Aber die Botschaft scheint bei der derzeitigen Regierung leider noch nicht angekommen zu sein.

Die Aufhebung von Standorten der Bundeswehr und Standorten von NATO-Verbündeten wird nicht als Entwicklungschance für die betroffenen Gebiete und Kommunen verstan-

(Leopold Grimm)

den. Natürlich genügt es nicht – wie der für den ländlichen Raum zuständige Minister es gern tut –, nach mehr Biobauern und Ökowinzern zu rufen.

(Lachen des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

Hier ist ein bisschen mehr Arbeit für Minister Bonde nötig als bei der Eröffnung einer Kleintierzuchtschau.

(Zuruf des Abg. Ernst Kopp SPD)

Zurücklehnen, zuschauen und nach dem Bund rufen, wenn das Land und Ideen gefragt sind, das ist zu wenig. Daher stellt sich die Frage, ob das Land nicht sogar kontraproduktiv tätig geworden ist. Wertheim beispielsweise hat einen gewissen Ausgleich für die Aufhebung des militärischen Standorts durch die Ansiedlung der Polizeischule bekommen, aber dieser Standort wird nun aufgelöst. Tauberbischofsheim verliert Zentralität im Hinblick auf das Grundbuchamt.

Schweigen im Land statt Impulse für den ländlichen Raum durch diese Regierung. Die FDP/DVP-Fraktion vermisst weiterhin ein Konzept dieser Regierung zur Entwicklung des ländlichen Raums.

Der Ministerpräsident hat seinerzeit angekündigt, für den Erhalt jedes Bundeswehrstandorts im Land zu kämpfen. Jetzt, da bekannt ist, welche Standorte im Zuge der Bundeswehrreform aufgelöst werden, vermissen wir den Einsatz dieser Regierung für die betroffenen Menschen und Regionen.

In der Vergangenheit ist es sehr gut gelungen, beim Abzug von Truppen Konversion durchzuführen, also auch durch verschiedene Maßnahmen aufseiten des Landes einen Ausgleich zu schaffen. Warum kann dies nicht von der jetzigen Landesregierung erwartet werden?

Immendingen macht Ihnen doch nun vor, was dabei herauskommen kann, wenn Wirtschaft, Bund und Kommunen Hand in Hand zusammenarbeiten. Auf dem dortigen Kasernengelände siedelt sich die Daimler AG an.

Sind nicht auch Landeseinrichtungen als Konversionsobjekte denkbar? Das wurde auch schon angesprochen. Wird nicht immer noch nach einem Standort für eine JVA gesucht?

Ich verweise auf die Möglichkeit der Förderung durch die Programme, die verschiedentlich schon genannt wurden, etwa das ELR, das Städtebauförderungsprogramm und das Landeswohnraumförderungsprogramm. Sie müssen sie nicht neu erfinden, meine Damen und Herren von der Regierung. Greifen Sie einfach auf die seit Jahrzehnten bewährten Programme zurück. Niemand muss das Rad neu erfinden. Sie müssen nur handeln, meine Damen und Herren von der Regierung.

Aber nicht nur das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ist gefragt. Auch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

muss bei dem Thema Konversion tätig werden. Herr Minister Hermann, hier geht es leider einmal nicht um Radwege und Fahrradständer.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Doch!)

Hier geht es um die Zukunft von Menschen und die Unterstützung ihrer Heimat.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Baden-Württemberg ist vorwiegend ländlich strukturiert. Was hindert diese Regierung daran, Konzepte für die Entwicklung des ländlichen Raums zu entwickeln, und zwar nicht nur für die Regionen, in denen gerade Konversionen dringend gefordert sind? Was zögern Sie noch zuzupacken in einer Zeit, in der es der Wirtschaft gut geht? Jetzt ist schnelles Handeln erforderlich, damit Umwandlungen und Strukturmaßnahmen für potenzielle Interessenten zügig umgesetzt werden können. Ergreifen Sie die Chance, in die Entwicklung dieses Landes und seiner Infrastruktur zu investieren.

Um zu erkennen, was notwendig und möglich ist, brauchen Sie doch keine Gutachten. Sie können auf die Erfahrung früherer Regierungen und auf deren Erfolge bauen. Fangen Sie an!

Wir sprechen hier über die Aufhebung von militärischen Standorten im Zuge einer Reform, auch aufgrund der Abschaffung der Wehrpflicht. Uns allen, die wir hier im Landtag versammelt sind, empfehle ich, einmal darüber nachzudenken, was dies bedeutet. Ist die Welt so friedfertig geworden, dass unser Land, unsere Freiheit von keiner Seite mehr bedroht werden kann? Oder erleben wir nicht gerade zum wiederholten Mal, dass dieser Frieden sehr zerbrechlich ist? Ist ein Land, welches sich nicht zur Wehr setzen kann, nicht schutzlos? Muss wirtschaftliche Stärke nicht auch gesichert werden können? Gehören wir nicht zu einer Gemeinschaft freier demokratischer Staaten,

(Zuruf des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

die von uns mehr als Geld und vielleicht zwei ältere Flugzeuge als Beistand erwarten? Vielleicht sollten wir uns alle einmal Gedanken darüber machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klaus Burger CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Bonde.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten

(Abg. Wolfgang Reuther CDU: Kameraden!)

Damen und Herren! Wir diskutieren heute ein weiteres Mal über die Auswirkungen der Bundeswehrreform der schwarzgelben Bundesregierung. Ich sage das dazu, weil der Kollege Grimm offensichtlich nicht mitbekommen hat,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

wer gerade die sicherheitspolitischen Fragestellungen in der Bundesrepublik Deutschland verantwortet

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist auch schwer zu erkennen!)

(Minister Alexander Bonde)

und welche Koalition dieses Konzept der Bundeswehrreform beschlossen hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wollen Sie aufrüsten, Herr Minister? – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist von den Entscheidungen überdurchschnittlich stark betroffen. Wir sprechen heute darüber, auf welcher umfangreichen Art und Weise wir, das Land, diese Reformen in den Gemeinden abfedern müssen. Seit einem halben Jahr kennen wir die genauen Zeitpläne, wann und in welchem Umfang die Truppen an den Standorten in Baden-Württemberg abgezogen werden sollen. Die Landesregierung steht den Kommunen von Anfang an unterstützend zur Seite.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Konkret! Konkret!)

Ich finde, wir müssen an dieser Stelle über ein paar Sachen reden, die in dieser Debatte ziemlich konfus angesprochen werden.

Erstens: Die Ursache der Konversion ist eine Reform des Bundes. Die Verantwortung, die Kommunen zu unterstützen, trägt der Bund; er ist derjenige, von dem die Reform ausgeht. Wir stehen unseren Kommunen selbstverständlich unterstützend zur Seite, um die zum Teil bestehenden Schwierigkeiten, die bei den Prozessen vor Ort anstehen, abzumildern.

Ich halte es für eine Verantwortung der Landesregierung und des Parlaments, und zwar des ganzen Parlaments und nicht nur der regierungstragenden Fraktionen, sich dafür einzusetzen, dass die Rechte der Kommunen gegenüber dem Bund gewahrt bleiben.

Es funktioniert nicht, sich heute Morgen bei der Aktuellen Debatte zum Länderfinanzausgleich zu beklagen und deutlich zu machen, was wir alles einsparen müssen, und bei der Konversion, nur weil sie von den eigenen Truppen in Berlin ausgeht, Bundesverantwortung durch Landesgeld ersetzen zu wollen. Damit kommen Sie nicht raus, meine sehr verehrten Damen und Herren von Schwarz und Gelb.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Ministerpräsident hat sich dabei von Anfang an massiv eingesetzt. Auf seine Initiative hin wurden in der Ministerpräsidentenkonferenz über alle Parteigrenzen hinweg klare Erwartungen an die Bundesregierung formuliert, insbesondere hinsichtlich der Frage, welche Möglichkeiten die Kommunen haben, um die entsprechenden Flächen tatsächlich zu darstellbaren Preisen zu bekommen.

Sie alle wissen, dass sich die Landesregierung im Bundesrat mehrfach – sowohl mit Initiativen des Finanz- und Wirtschaftsministers als auch mit Initiativen aus meinem Haus – entsprechend eingesetzt hat.

Bisher sind wir damit im Bundesrat weit gekommen. Der entscheidende Punkt ist: Die Bundesregierung hat immer abgelehnt, unseren Kommunen zur Seite zu stehen. Ich erwarte ein klareres Bekenntnis zu baden-württembergischen Interessen, ein klareres Bekenntnis zu unseren baden-württembergischen

Kommunen und mehr Einflussnahme auf diejenigen, die in Berlin am Hebel sitzen, um hier tatsächlich Veränderungen herbeizuführen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was haben wir im Land getan? Wir haben, noch bevor die Reformen der Bundesregierung verkündet worden sind, mit einer interministeriellen Arbeitsgruppe losgelegt, um die Unterstützung zu organisieren.

Da die Konversion hauptsächlich die Kommunen im ländlichen Raum betrifft, liegt die Federführung hierfür beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Sie haben zu Recht angesprochen, dass auch in der Metropolregion Rhein-Neckar durch den Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte enorme Konversionsanstrengungen bestehen. Da es hier hauptsächlich um städtische Räume geht, setzt sich hierfür der Finanz- und Wirtschaftsminister intensiv ein. In den städtischen Räumen geht es um ganz andere Probleme als beim ländlichen Raum.

Im Gegensatz zur Region Rhein-Neckar haben wir im ländlichen Raum keinen Siedlungsdruck und keine massive Nachfrage nach Gewerbe- und Industriegebieten. Deswegen stehen die Kommunen im ländlichen Raum vor ganz anderen strukturellen Herausforderungen.

Wir haben in intensivem Dialog mit den betroffenen Gemeinden in drei Konversionskonferenzen sowie bei einer Vielzahl von Terminen und Gesprächen vor Ort mit den Kommunen ganz konkrete Konzeptionen entwickelt.

Das Land hat eine Untersuchung der konkreten Auswirkung ermöglicht. Über die Prognos-Studie ist es gelungen, die exakten wirtschaftlichen Auswirkungen, auch die Auswirkungen auf die Schulstandortstrukturen und Ähnliches, zu ermitteln und damit den Gemeinden eine ganz zentrale Hilfestellung zu geben. Wir haben hier Vorarbeit geleistet, finanziert durch das Land Baden-Württemberg. Wir machen mit den Gemeinden jetzt Konversionsentwicklung im Sinne einer positiven Regionalentwicklung und erstellen sogenannte Kommunale Konversionsentwicklungskonzepte für die Konversionsstandorte und die betroffenen Regionen.

Wir befinden uns da auf einem guten Weg. Richtig ist: Jetzt stellt sich die Frage, ob wir nicht nur gute Projekte entwickeln, sondern auch die Verantwortung übernehmen, die guten Projekte zu finanzieren. Dazu stehen wir. Auch dabei werden wir die Kommunen unterstützen.

Aber jetzt muss ich Ihnen auch einmal etwas sagen. Es hilft überhaupt nichts, Showanträge zum Haushalt 2011 oder zum Haushalt 2012 gestellt zu haben,

(Beifall bei den Grünen)

wenn wir über Standorte reden wie Ellwangen, wo das Militär im Jahr 2015 abgezogen werden soll. Abzug heißt noch lange nicht, dass das Gelände dann zur Verfügung steht. Sie alle kennen die Problematiken, was die Altlastenbeseitigung und Ähnliches angeht. Wir reden über Standorte wie Meßstetten und den Abzug Ende 2016 und Sigmaringen und den Abzug Ende 2015, wenn da nicht noch Bewegung hineinkommt. Am Beispiel Sigmaringen sieht man ja, mit welcher hei-

(Minister Alexander Bonde)

ßer Nadel diese Standortreform seitens des Bundes gestrickt worden ist und wo sich dann massive Wirtschaftlichkeitsfragen auftun. Dazu braucht man sich nur die Situation in Veitshöchheim anzuschauen, wohin millionenschwere Verlegungen erfolgen sollen. Ich glaube, dass da zu Recht auch der Innenminister noch einmal in Richtung Bund vorstellig wurde, um hier noch eine Überprüfung der Reform zu erreichen.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mack?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber bitte.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Minister, Sie haben den sogenannten KEK-Prozess angesprochen, den Ihr Haus in Gang gebracht hat. Zum Verständnis: Das ist ein Projekt, bei dem Unternehmensberatungen eingeschaltet sind und bei dem jetzt über zwei, drei Jahre hinweg beraten werden soll, was vor Ort gebraucht wird. Niemand sagt einem vor Ort, was man denn bekommen könnte.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Quatsch!)

Sind Sie nicht auch der Ansicht, dass dieser Prozess zu einer massiven Verzögerung führt, weil eine Kommune jetzt alles, was sie vor Ort macht – ich könnte Ihnen das konkret vorlegen –, bei einer Firma ISW immer wieder genehmigen lassen muss? Jeder Vertrag, alles, was vor Ort gemacht werden muss, muss in diesem KEK-Prozess genehmigt werden und hält die Sache unglaublich auf. Sind Sie nicht auch der Meinung, man müsste hier ein bisschen schneller vorankommen?

Dann haben Sie angesprochen, dass es um ländliche Räume geht. Zu Ihrem KEK-Prozess haben Sie gesagt, dem werde die IREUS-Studie zugrunde gelegt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frage!)

In der IREUS-Studie steht, dass den ländlichen Räumen, die jetzt von der Konversion betroffen sind, keine Entwicklung nach oben gewährleistet werden soll, weil sie keine Wachstumsperspektiven hätten.

Präsident Guido Wolf: Herr Mack, kommen Sie bitte zur Frage.

Abg. Winfried Mack CDU: Wollen Sie denn mit Ihrem Konversionsprozess diesen Standorten sagen, es gäbe keine Entwicklung nach oben?

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Da hätte man sich anders einigen müssen!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Das waren jetzt mehrere Fragen.

Herr Mack, ich fange mit der IREUS-Studie an. Sie laufen durch den Ostalbkreis, verkünden da Horrorvisionen und behaupten, die Landesregierung habe diese Studie in Auftrag gegeben und ich persönlich wolle damit die Entwicklung im Ostalbkreis beenden. Ich darf Sie jetzt bitten, Folgendes zur Kenntnis zu nehmen:

Erstens: Die IREUS-Studie hat Ihr Fraktionsvorsitzender, der damals Minister war, in Auftrag gegeben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist absolut in Ordnung! Das sagen wir immer dazu! Das ist nichts Neues!)

Zweitens: Die IREUS-Studie ist eine Studie, die Ihr Fraktionsvorsitzender Peter Hauk in Auftrag gegeben hat, um einmal quantifiziert zu bekommen, wie sich eigentlich bestimmte Standortfaktoren im ländlichen Raum auf die Zukunftsperspektiven auswirken. Er hat das anhand einer ganzen Reihe von Parametern, die er damals zusammen mit der Verwaltung definiert hat, untersuchen lassen.

Diese Studie mit Bewertungen des Gutachters, Herrn Professor Siedentop, liegt vor – wie gesagt: beauftragt von Ihrem Vormann, der gerade nicht da ist.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was ist das Problem?)

Was Sie jetzt daraus machen, ist Folgendes: Sie stellen sich hin und behaupten, die Ergebnisse dieser Studie seien eine politische Meinungsäußerung der grün-roten Landesregierung, woraufhin irgendjemand etwas nicht bekomme, also vorzugsweise Gemeinden in Ihrem Wahlkreis boshaft diskriminiert würden.

Ich sage Ihnen eines: Diese Studie ist erstens ein sinnvoller Hinweis, zweitens aber nicht handlungsleitend für die Politik oder die Entscheidungen dieser Landesregierung. Es gibt keinen Förderantrag oder irgendetwas, was irgendeiner Gemeinde bei Ihnen im Wahlkreis oder in sonst irgendeinem Wahlkreis dieses Landes aufgrund der IREUS-Studie verweigert würde. Also rüsten Sie da einmal Ihren Propagandaquatsch ab, Herr Mack. Das können wir an dieser Stelle einfach auch einmal sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nächster Punkt: Der KEK-Prozess dient dazu, die Kommunen über die Frage der Vermarktung der Standorte hinaus zu unterstützen und ihnen regionale Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, weil nicht nur die Prognos-Studie, sondern jede sinnvolle Untersuchung von Konversionsprozessen zeigt, dass der eigentliche Punkt nicht die Frage nach der konkreten Standortfläche ist, sondern die wirtschaftliche Auswirkung drumherum. Diese abzuschätzen haben wir den Gemeinden ermöglicht. Denn hierzu lagen kaum wirkliche Erkenntnisse vor. Ich habe auch keinerlei negative Rückmeldungen aus den Gemeinden bekommen. Im Gegenteil: Da war man sehr dankbar, dass wir, das Land, diesen Analyseprozess unterstützt haben.

Der KEK-Prozess macht jetzt den nächsten Schritt. Er unterstützt nämlich die Gemeinden dabei, regionale Entwicklungsprozesse zu initiieren und loszutreten.

In Immendingen hat man die Konversionslösung sozusagen schon gehabt, bevor sich die Konversionsfrage gestellt hat. Das Land hat massiv unterstützt, dass man da zu einer guten Lösung für Immendingen, für Daimler-Benz, aber eben auch für das Land Baden-Württemberg kommt, indem man vorstellig wurde und gemeinsam geradezu gebeten hat, diesen Standort entsprechend freizustellen, damit er konvertiert werden

(Minister Alexander Bonde)

kann. Da ist die Geschichte nun ganz anders, als Herr Kollege Grimm sie vorhin dargestellt hat.

Es geht doch genau darum, dass der KEK-Prozess so eine Möglichkeit, wenn sie sich bietet, nicht ausschließt. Das kann man jederzeit machen. Aber gerade weil die Standorte von ihrer Attraktivität und ihrer Vermarktbarkeit her eben nicht in der Situation sind, dass die Investoren Schlange stehen, dass sich kommunale Investitionen und anderes aufdrängen, führen wir da einen mühsamen Entwicklungsprozess durch, den man professionell begleiten muss.

Das ist, glaube ich, das, was wir hier liefern und machen. Das ist die positivste Regionalentwicklung, die positivste Unterstützung für Kommunen, die überhaupt nur denkbar ist. Das, was Sie hier daraus machen, entspricht weder der Wirkung dieser Arbeitsweise, noch entspricht es übrigens den Rückmeldungen der Bürgermeister vor Ort, die sehr positiv mit uns im Gespräch stehen und dieses Angebot aktiv wahrnehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Kollegen Mack?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber bitte.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Jetzt entschuldigt er sich! – Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Minister, Ihre Nebelkerzen sind recht und gut. Aber haben Sie ausdrücklich gesagt, dass Sie bei Ihrem KEK-Prozess die IREUS-Studie zugrunde legen? Das eine ist, eine Studie in Auftrag zu geben – es wird überhaupt nicht bestritten, dass sie von der früheren Landesregierung in Auftrag gegeben wurde –,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Für was denn?)

aber das andere ist, dass man aus einer Studie politische Schlussfolgerungen zieht und sie zur Grundlage eines Prozesses macht. Darum geht es; Sie machen dies zur Grundlage Ihres KEK-Prozesses. Erste Frage.

Zweite Frage: Ihr KEK-Prozess hält die Sache auf. Sehen Sie das denn nicht?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

Denn es geht jetzt beispielsweise bei uns um die Frage, dass wir einen Lenkungskreis haben. Jetzt verlangt Ihr KEK-Prozess einen zweiten Lenkungskreis. Alles, jeder Auftrag, jede Stellungnahme, muss mit der Unternehmensberatungsagentur, die Sie beauftragt haben, abgestimmt werden. Das führt doch zu keinem Ergebnis. Die Kommunen wollen doch vorankommen. Die Kommunen wollen doch Ergebnisse sehen. Das ist doch auch bei der Konferenz, zu der Sie uns eingeladen haben, gesagt worden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo ist denn jetzt die Frage? Die Frage, Herr Mack! – Glocke des Präsidenten)

Glauben Sie nicht, dass die Kommunen wissen wollen, wofür es am Ende Geld gibt? Das konnten Sie doch bisher gar nicht darlegen.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Mack, ich will die in Ihrem Statement nicht gestellten Fragen noch einmal beantworten. Übrigens waren Sie der einzige, der auf der Konversionskonferenz diese Frage gestellt hat, während sich alle Bürgermeister dort vor Ort

(Zuruf des Abg. Klaus Maier SPD)

positiv mit uns über das Weiterführen des Prozesses unterhalten haben. Ich sage es Ihnen noch einmal: Wir führen jetzt einen Prozess zur Unterstützung der Gemeinden durch, bei dem es darum geht, eine Antwort auf die richtig schwierige Frage zu finden: Wie bekommen wir für die Standorte im ländlichen Raum in dieser schwierigen Situation eine Entwicklungsperspektive hin? Da macht man einen geordneten Prozess, wenn man es anständig macht.

Sie waren der dickste Kumpel des Vorgängerministerpräsidenten Mappus. Ihre Handlungsweise als Fan war ja immer, mit dem schwarzen Köfferchen durch das Land zu ziehen: Der eine Bürgermeister bekommt eine Million hier, und der andere gefällt einem besser, er bekommt zwei Millionen. Diese Zeiten sind vorbei. Gewöhnen Sie sich daran, Herr Mack. Das ist durch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf von der CDU: Der tut so, als hätten wir hier eine Bananenrepublik!)

Es bringt übrigens auch keine positive Regionalentwicklung. Es bringt dem Land überhaupt nichts,

(Abg. Klaus Burger CDU: Frechheit! – Gegenruf: Ruhe!)

mit solchen Aussagen durch das Land zu ziehen und sich hier wieder die alten Systeme vorzustellen.

Was wir hier machen, ist positive Entwicklung anhand von Kriterien, ein qualitätsgesicherter Prozess, der richtige Kommunalentwicklung ernst nimmt.

Ich habe es vorhin gesagt, und ich sage es erneut: Wir, das Land, werden uns bei der Umsetzung mit unseren Programmen beteiligen. Was wir nicht machen wollen, ist, was Sie vorschlagen, nämlich neue Bürokratie aufbauen mit einem eigenen neuen Programm, neuen Förderrichtlinien, neuen EU-Zertifizierungen, neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die dann die Kommunen die entsprechenden Stellen schaffen müssen.

Vielmehr werden wir die Hilfe – da liegt die FDP/DVP-Fraktion richtig – über die bewährten Förderverfahren leisten, mit denen die Gemeinden umgehen können, mit denen die staatlichen Verwaltungen umgehen und die berechenbar zu einer Hilfe in diesem Prozess führen werden. Da gibt es klare Zusagen von uns, dass wir uns hier nicht verweigern, sondern im Gegenteil, dass wir mit den Möglichkeiten, die das Land hat, aktiv dazu beitragen wollen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Alfred Winkler SPD meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

(Minister Alexander Bonde)

Ich würde die Opposition da wirklich bitten, nicht einfach mit falschen Behauptungen vor Ort Irritationen auszulösen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Der Einzige, der falsche Behauptungen aufstellt, sind Sie!)

– Sie, Herr Mack, sind einer von denjenigen, die vor Ort versuchen, das Handeln der Bundesregierung parteipolitisch bei der Landesregierung abzuladen. Sie sind einer, der vor Ort versucht, die positiven Entwicklungsprozesse schlechztreden,

(Abg. Winfried Mack CDU: Belegen Sie das einmal!)

mit der IREUS-Studie, die sie selbst zu verantworten haben, falsche Behauptungen aufzustellen. Ich kann Ihnen nur sagen: Ihr Ostalbkreis hat von dieser Art Destruktionspolitik überhaupt nichts. Übrigens merke ich an den Reaktionen Ihrer Bürgermeister, dass man auch vor Ort findet, dass es dem Wahlkreis eher nicht positiv zugutekommt, in einer eigentlich konstruktiven Diskussionsatmosphäre einen wie Sie mit Ihren Auftritten zu haben, Herr Mack.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, es liegen zwei Wortmeldungen für weitere Zwischenfragen vor, und zwar eine vom Kollegen Winkler und eine vom Kollegen Klein. Möchten Sie diese zulassen?

(Abg. Winfried Mack CDU: Wenn einem nichts mehr einfällt, dann kommt Polemik!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Ich habe eigentlich kein Interesse, meinen Redezeitrahmen zu überreizen, will aber auch keine Fragen ablehnen.

Präsident Guido Wolf: Kollege Winkler, bitte.

Abg. Alfred Winkler SPD: Ganz kurz, um dem Eindruck etwas zu widersprechen, den die Frage des Kollegen Mack hinterlässt. Ist es richtig, dass bei den Versammlungen und Sitzungen der Gemeinden und der Landkreise mit Ihnen einzig Kritik an der Bundesregierung wegen der Abzugstermine und der zu teuren Grundstückspreise geäußert wurde und keine Kritik an der Landesregierung?

(Zuruf von den Grünen: Genau!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Ich kann bestätigen, dass die Kritik an der Bundesregierung breit geteilt wird, und ich kann bestätigen, dass wir in einem sehr konstruktiven Dialog mit den Gemeinden stehen und dass der Prozess, den wir haben, nicht infrage gestellt wird, sondern im Gegenteil sehr dankbar aufgenommen wird.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Sie bekommen das Protokoll, Herr Winkler! Das haben wir ja! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage des Kollegen Klein? – Bitte.

Abg. Karl Klein CDU: Herr Minister Bonde, wenn Sie den Bund ansprechen: Ist Ihnen bekannt, dass die Bundesregierungen – egal, welcher politischen Couleur – seit 1993 den Ländern einen Anteil von 2 % an der Umsatzsteuer auch zur Bewältigung von Konversionsaufgaben zur Verfügung stellen? Das Land Baden-Württemberg profitiert seitdem jährlich mit ca. 360 Millionen €. Wo wird dieses Geld, das der Bund im Rahmen dessen zur Verfügung stellt, eingesetzt?

Meine weitere Frage ist: Geben Sie mir recht, dass jetzt noch Verhandlungen mit den Kommunen zu führen sind, die nicht Konversionskommunen sind, dass hier Solidarität gefordert ist und geklärt werden muss, in welcher Form die Konversionskommunen unterstützt werden?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, was Sie zur Mehrwertsteuer sagen, ist richtig. Das wurde damals so entschieden. Gleichwohl wurde natürlich in der Folge – übrigens unabhängig von den Mehrheiten im Bund und in den Ländern – in weiteren Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen auch bei dem damaligen Wegfall der Konversionsnotwendigkeiten – die Bundeswehrreformen kommen ja immer in Wellen – dieses Geld für andere Verwendungen in den Ländern eingerechnet, sodass jetzt, wie schon bei der uns vorausgehenden, schwarz-gelben Regierung, die Frage des Mehrwertsteueranteils im Rahmen der Gesamtfinanzierung des Landes Baden-Württemberg zu sehen ist und an dieser Stelle nirgends ein separates Polster besteht. Genau so, wie der Bund damals in der Verantwortung war, ist er auch heute in der Verantwortung. Ich glaube, dass wir ein gemeinsames Interesse daran haben, ihn hier auch in die Verantwortung zu nehmen.

Zur Frage der Finanzierung der Programme: Es ist richtig, dass wir insbesondere bei den Programmen, die im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds finanziert werden – beispielsweise beim ELR –, selbstverständlich mit den kommunalen Landesverbänden im Gespräch sind. Ich nehme aber wahr, dass es bei den Gemeinden insgesamt – wie bisher schon in anderen Fällen – eine Bereitschaft gibt, hier auch solidarisch Finanzierungen zu ermöglichen.

Wir sind jetzt aber an einem Punkt, an dem die Ideen, die dann in die Umsetzung gehen, alle noch ein ganzes Stück von der zeitlichen Perspektive entfernt sind. Ich bin jedoch überzeugt, dass wir hier in Baden-Württemberg gemeinsam diese solidarische Leistung gegenüber den stark betroffenen Konversionskommunen hinbekommen werden.

Ich möchte Sie von der Opposition bitten, diesen Weg gemeinsam mit uns mitzugehen. Ich glaube – das sage ich zum Schluss –, das nützt uns allen im Land, wenn wir diesen Prozess gemeinsam gestalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Knapp eine Minute Redezeit hat noch die Fraktion der FDP/DVP. Kollege Dr. Bullinger bittet um das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst verwahre ich mich als ehemaliger Amtschef gegen die Aussage, bei solchen Maßnahmen wäre mit schwarzen oder gelben Köfferchen Geld verteilt worden. Denn die Beamten haben ordentlich gearbeitet und sich an das geltende Recht gehalten. Die Rechnungsabschlüsse wurden vom Rechnungshof geprüft. Die Maßnahmen sind ordentlich durchgeführt worden. Ihren Vorwurf möchte ich daher nicht so stehen lassen; ich bitte Sie daher, dies gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, die hier gemeinsam mit den Kommunen Tolles geleistet haben, zurückzunehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es gilt das Prinzip: Die bewährten Maßnahmen, die – –

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

– Frau Kollegin, ich bitte Sie, zuzuhören. Das wäre nett.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal feststellen, dass die Konversionsmaßnahmen in der Vergangenheit erfolgreich durchgeführt wurden. Man braucht keine Beispiele neu zu erfinden, sondern es genügt, sich das einmal anzuschauen. Ich erwähne aus der Ecke, aus der ich komme, nur den Industriepark Schwäbisch Hall und Crailsheim, den Drillberg in Bad Mergentheim, Wertheim – damals wurde die Polizeischule dort eingerichtet, die Sie unsinnigerweise dort jetzt wieder wegnehmen, gegen den ländlichen Raum – sowie Tübingen, wo man aufgrund des Abzugs der Franzosen tolle städtebauliche Förderungsmaßnahmen durchführen konnte, Söllingen, Lahr oder auch Freiburg-Süd, den dortigen Industriepark.

Meine Damen und Herren, das sind Beispiele, an denen man sieht, wie man es macht. Sie brauchen sich dort nur einmal zu erkundigen. Dann wissen Sie, wie es geht, meine Damen und Herren.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Kommen Sie doch in Tübingen vorbei!)

– Ja, da war ich auch,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie sind immer willkommen!)

und zwar in der Zeit, als ich noch Städtebauförderung gemacht habe. Ich war mit dem dortigen Oberbürgermeister Palmer unterwegs und habe mir die Maßnahmen angeschaut. Dabei habe ich Sie allerdings nicht angetroffen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch sagen: Es ist auch wichtig, vor allem die einzelnen Aufgaben, die derzeit auf verschiedene Ministerien verteilt sind, zu bündeln. Ich bitte Sie, Herr Minister, sich vor allem hierfür einzusetzen. Es geht um den Ausgleichstock, um die Themen Infrastruktur, Straßenbau und um die Bildungsreform, die gegen den ländlichen Raum gerichtet ist.

(Glocke des Präsidenten)

Es geht darum, hier noch stärker zu koordinieren und die entsprechenden Aktivitäten vor Ort in Gang zu setzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, Punkt 5 von der Tagesordnung abzusetzen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass gleich im Anschluss die Eröffnung der Ausstellung „... wir fahr'n nach Lodz“ stattfindet. Es handelt sich um ein Projekt der Gruppierung „Junge polnische Malerei“.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Ausstellung umfasst 53 Kunstwerke von Absolventinnen und Absolventen der Kunstakademie in Lodz. Zu Gast sind die bereits heute Morgen vom Herrn Vizepräsidenten begrüßten Herren aus Polen, Herr Marschall Stepien und Kollege Mazur, der Vorsitzende des dortigen Parlaments.

Ich möchte Sie bitten, nach Möglichkeit auch dieser Ausstellung durch Ihren Besuch die Ehre zu erweisen.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 30. Januar 2013, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:43 Uhr